

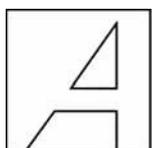
IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 15 - JUNI 2004

AUS DEM INHALT

- *Auswärtige Kulturpolitik*
- *„Entflechtung“*
- *Kulturpolitik in der Presse*



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 15 - Juni 2004

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	4
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i> 4	
<i>Aus den Ländern</i> 23	
■ Kulturpolitik in der Presse	28
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i> 28	
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i> 44	
<i>Kulturpolitik im Bund</i> 48	
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i> 48	
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i> 51	
<i>Kulturpolitik im Ausland</i> 57	
<i>Aus kulturpolitischen Beiträgen</i> 59	
<i>Personalien</i> 59	
<i>Zitate</i> 60	
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	61
■ Rezensionen	64
■ Dokumentation	67
■ Letzte Nachrichten*	77
■ Hinweis der Redaktion	78

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-441
Telefax (02241) 246-555
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantwortl.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

EDITORIAL

Das Schlimmste scheint vom Tisch zu sein, die von Außenminister Fischer ursprünglich genannten Kürzungen „ins Mark“ der Auswärtigen Kulturpolitik, nämlich Kürzungen von über 30 %. Allerdings ist die derzeitige Situation schon schlimm genug: Im Jahr 2004 erreicht der relative Anteil der Auswärtigen Kulturpolitik am Gesamthaushalt des Bundes mit derzeit 0,22% seinen Tiefststand. Bezeichnend für die Situation ist auch, dass von den 1,5 Milliarden Euro aus dem „Anti-Terror-Paket“ gerade einmal 5,1 Millionen Euro für die Auswärtige Kulturpolitik zur Verfügung gestellt wurden, weniger als ein halbes Prozent, obwohl z.B. die Bedeutung des Ausbaus des Dialogs mit dem Islam auch durch die Bundesregierung immer wieder betont wird. Die Mittel für die Sprachförderung wurden von 51,1 Mio. • auf 24,3 Mio. • halbiert, obwohl die Nachfrage nach deutschen Sprachkursen nach wie vor ansteigt. Die Mittel für die allgemeine Programmarbeit, die das kulturelle Deutschlandbild im Ausland prägen soll, wurden von 118,2 Mio. • (1993) auf nun 51 Mio. • reduziert. Aber mindestens ebenso gravierend wie diese Kürzungen war der Tenor, mit dem diese Diskussion eingeleitet wurde. Das Stichwort lautete „Subvention“. Als ob es nie einen Konsens darüber gegeben hätte, dass Ausgaben für die Auswärtige Kultur-

arbeit keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft sind. Ist daher das Beschwören der „dritten Säule“ der deutschen Außenpolitik, der der Bundesaußenminister als besonderen Akzent auch noch Krisenprävention und -bewältigung zuschreiben will, nur Sonntagsgerede?

Die CDU/CSU-Fraktion hat in ihrem Antrag vom 9. März 2004, der in dieser Ausgabe dokumentiert wird, unter der Überschrift „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken“ die notwendigen und möglichen Leistungen der Auswärtigen Kulturförderung deutlich beschrieben: dem ist hier nichts hinzuzufügen.

Was aber generell Sorge bereiten muss, ist der allgemeine Trend in der öffentlichen Kunst- und Kulturförderung, der sich auch in der Auswärtigen Kulturpolitik immer deutlicher abzeichnet: dass nämlich Kunst und Kultur zum Einsparpotential werden. Die Geringschätzung von Kunst- und Kultur, die hier - wie übrigens auch beim Bildungswesen - zu Tage tritt, ist es, was Kulturpolitik, Kulturpolitiker und Kulturszene auf den Plan rufen muss. 1998 hat der erste Kulturstaatsminister der Regierung Schröder die Bundesrepublik Deutschland als „kulturelle Sahelzone“ bezeichnet, die die Ära Kohl kulturpolitisch hinterlassen habe. Die Zahlen aus dieser „Sahelzone“ sahen

folgendermaßen aus: Die Aufwendungen des Auswärtigen Amtes wurden durch die damalige Bundesregierung von 700 Millionen DM im Jahre 1982 auf 1,2 Milliarden DM Mitte der 90er Jahre, also um 70%, gesteigert. Rechnet man die Ausgaben anderer Ressorts hinzu, so betragen die Gesamtausgaben für die Kulturarbeit im Ausland mehr als 3,5 Milliarden DM. Damals hatte die Auswärtige Kulturpolitik hohe Priorität. Es wäre hohe Zeit, dass sich die amtierende Bundesregierung wieder an einer solchen Prioritätensetzung orientiert.

*Anton Pfeifer, MdB,
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum November 2003 bis Mai 2004

Aus der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

1. Kulturarbeit nach § 96 BVFG

a) Das gemeinsame historische Erbe für die Zukunft bewahren (Antrag vom 30. März 2004)

Der Bundestag stellt fest:

Der § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) verpflichtet Bund und Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit, das Kulturgut der Vertriebungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Bibliotheken und Museen zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kulturschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern.

Gemäß § 96 BVFG haben Bund und Länder Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, zu unterstützen sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.

Der Bundestag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis:

- dass die Bundesregierung die Verpflichtung des § 96 BVFG mit der Umsetzung der vom

Bundeskabinett am 20. September 2000 beschlossenen "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" (Bundestagsdrucksache 14/4586) nicht mehr in dem vom Gesetz vorgesehenen Maße nachkommt,

- dass die Bundesregierung den organisatorischen Rahmen des § 96 BVFG, die Kultureinrichtungen der Vertriebenen, zunehmend ignoriert und die Vertriebenen, ihre Organisationen und Kultureinrichtungen zunehmend von der Förderung ausschließt,

- dass die Bundesregierung die Kulturarbeit nach § 96 BVFG in insgesamt zu geringem Umfang fördert und damit ihren Teil der Verpflichtungen, die sich aus dem § 96 BVFG für den Bund ergeben, nicht erfüllt,

- dass die Bundesregierung mit der Umsetzung ihrer "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" das kulturelle Erbe des deutschen Ostens zunehmend den Museen überantwortet, statt gerade angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union eine zukunftsgerichtete auf eine Weiterentwicklung des kulturellen Erbes gerichtete Förderung zu betreiben,

- dass die Änderung der

Rechtsanwendung des § 96 BVFG lediglich durch Kabinettsbeschluss über die "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" (Bundestagsdrucksache 14/4586) nicht dem Stellenwert eines hochrangigen Rechts entspricht, wie es der § 96 BVFG durch seine Festschreibung im Einigungsvertrag darstellt.

Der Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

- eine neue Konzeption zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG dem Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen, die Wesen und Inhalt des § 96 BVFG entspricht,

- eine Konzeption zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG dem Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen, die unter Einbeziehung der kulturschaffenden Einrichtungen der Heimatvertriebenen Maßnahmen beinhaltet, im grenzüberschreitenden Austausch mit den Partnern in Europa das gemeinsame kulturelle Erbe des deutschen Ostens zu sichern und zukunftsgerichtet weiter zu entwickeln,

- die Förderstruktur nach § 96 BVFG bezogen auf die geförderten Institutionen und bezogen auf das Fördervolumen wieder herzustellen, die bis zum Inkrafttreten der Konzeption im Jahre 2000 bestanden hat,

- den weiteren Vollzug der "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" (Bundestagsdrucksache 14/4586) vom 20. September 2000

solange auszusetzen und den Status quo ante wieder herzustellen, bis eine Neuregelung erfolgt ist,

- sicherzustellen, dass im Haushalt der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien frei werdende Mittel, etwa durch die Kündigung der Beteiligung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder, dazu verwendet werden, Kunst und Kultur von nationalem Rang zu fördern und zu bewahren.

Begründung:

Kultur und Geschichte der Herkunftsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sind Bestandteil unserer nationalen und europäischen Kultur. Die Pflege dieser Kultur nach § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) ist im zusammenwachsenden Europa mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten aktueller denn je. Sie ist Auftrag und Verpflichtung für Bund und Länder und richtet sich an unser ganzes Volk.

Die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen waren in den vergangenen mehr als 50 Jahren wesentliche Träger der Kulturarbeit nach § 96 BVFG.

Kulturarbeit nach § 96 BVFG dient dem Brückenschlag zu den jüngeren Generationen in Deutschland und zu dem benachbarten Ausland.

Die bis in die fünfziger Jahre zurückreichenden Rahmenbedingungen für die Kulturpflege nach § 96 BVFG haben sich geändert:

Wiederherstellung der Einheit Deutschlands,

Fall des eisernen Vorhangs und Öffnung unserer östlichen und südöstlichen Nachbarländer, Erweiterung der Europäischen Union nach Osten, Verlust von authentischer Erinnerung.

Diese tief greifenden Veränderungen fordern eine in die Zukunft ausgerichtete Neuausrichtung der Kulturpflege.

Mit der Kulturförderung nach § 96 BVFG kommt auch ein Bekenntnis zur historischen Verantwortung gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen zum Ausdruck. Daraus folgt eine angemessene Unterstützung ihrer kulturellen Belange. Die seit dem Jahr 2000 deutlich verminderte Kulturförderung trägt dem Auftrag des § 96 BVFG nicht mehr ausreichend Rechnung.

Europa ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Kultur und Geschichte der Mitgliedsländer sind tragende Säulen dieser Gemeinschaft. Dazu gehören die kulturelle Überlieferung der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und ihrer Geschichte.

Weiterer Ausbau grenzüberschreitender Kontakte mit den Herkunftsgebieten, Länder übergreifende Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Erforschung ihres Kulturguts, Patent- und Partnerschaften und gezielte Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit sind Bausteine einer auf ein weiteres Zusammenwachsen in Europa und einer auf Völkerverständigung ausgerichteten Kulturpflege.

b) Aus der Erklärung von Erwin Marschewski, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Vertriebene und Flüchtlinge", und von Günter Nooke, MdB, Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit der Einbringung des Antrages zur Bewahrung des gemeinsamen historischen Erbes fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Kurswechsel in der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG). Damit bekennt sich die Union zu ihrer Verantwortung für die Bewahrung und Fortentwicklung der Kultur der Heimatvertriebenen und ihrer Heimatgebiete.

Dieser Verantwortung ist die rot-grüne Bundesregierung seit Jahren nicht gerecht geworden. Die von der rot-grünen Bundesregierung im September 2000 beschlossene "Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa" hat Rot-Grün in den vergangenen vier Jahren lediglich dazu genutzt, den Gesetzesauftrag des § 96 BVFG zu unterlaufen.

Die Kulturpolitik von Rot-Grün nach § 96 BVFG ist im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet,

- dass die Kultureinrichtungen der Vertriebenen und ihre Organisation aus der Förderung nach § 96 BVFG ausgeschlossen werden.

- dass das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und ihrer Heimatgebiete zunehmend in die Museen verbannt wird.

- dass die Kultur der Heimatvertriebenen nicht mehr als lebendiger Teil der deutschen Kultur verstanden und fortentwickelt wird.

Dem gegenüber verstehen CDU und CSU den § 96 BVFG als ein hochrangiges Recht, was schon aus seiner Festschreibung im Einigungsvertrag deutlich wird. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, endlich die sich aus dem Wesensgehalt des § 96 ergebenden Verpflichtungen Ernst zu nehmen und die Kulturarbeit nach § 96 BVFG neu zu konzipieren.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf:

- eine neue Konzeption zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG vorzulegen, die dem Wesen und Inhalt des Gesetzes entspricht,
- in die neue Konzeption zur Förderung der Kulturarbeit die kulturschaffenden Einrichtungen der Heimatvertriebenen einzubeziehen,
- die Förderstruktur und das Fördervolumen, wie es bis zum Inkrafttreten der Neukonzeption im Jahre 2000 bestanden hat, wieder herzustellen,
- im grenzüberschreitenden Austausch mit den Partnern in Europa das gemeinsame historische Erbe zu sichern und zukunftsgerichtet weiter zu entwickeln.

Mit der bisherigen Politik von Rot-Grün, die den § 96 BVFG in den letzten Jahren lediglich als Verhandlungsmasse für Haushaltsoperationen verstanden hat, muss Schluss sein. CDU und CSU fordern die Bundesregie-

rung auf, zu einer Politik zurückzukehren, die dem hochrangigen Stellenwert dieses Gesetzes entspricht.

2. Die Zukunft der Auswärtigen Kulturarbeit

a) Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

(Antrag vom 9. März 2004)

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die "dritte Säule" der Auswärtigen Politik. Sie dient über die Stärkung der Kulturbeziehungen und den Dialog der Kulturen hinaus der Förderung ureigenster politischer und außenwirtschaftlicher Interessen. Die Bedeutung der Kulturpolitik ist nicht zuletzt durch die geistige Auseinandersetzung mit der islamistischen Herausforderung und durch die Initiativen für den weiteren Nahen und Mittleren Osten unterstrichen worden. Die Ziele, die mit Hilfe der Mittlerorganisationen und anderer Akteure der deutschen Kultur- und Bildungspolitik erreicht werden sollen, sind vor allem:

- Interesse an Deutschland, seiner Geschichte, Kultur und Politik zu wecken und damit die Voraussetzungen für enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnern zu schaffen,
- die Aufgeschlossenheit für die kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands zu fördern,
- ein realistisches, facettenreiches, positives Bild Deutschlands als Kulturnation zu vermitteln,
- die Prinzipien von Demokra-

tie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten und kultureller Vielfalt zu vermitteln,

- den Dialog der Kulturen zu stärken bzw. dort zu öffnen, wo bislang Sprachlosigkeit geherrscht hat,
- die deutsche Sprache im Ausland zu vermitteln und zu fördern,
- Bildungs- und Aufstiegschancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern,
- Orte der Begegnung, des kulturellen Austausches und der Vermittlung deutscher Kultur zu schaffen,
- die Wissenschaftskooperation auszubauen,
- unter anderem durch erfolgreiche Bildungsarbeit für den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu werben.

Der Deutsche Bundestag versteht Auswärtige Kulturpolitik dabei nicht als Einbahn-, sondern als Zweibahnstraße, sie dient auch dazu, unsere Aufmerksamkeit Kulturen anderer Länder zu schenken. Er verkennt nicht, dass auf dem Feld der Kultur, Bildung und Wissenschaft der Erfolg der Auswärtigen Politik von der Attraktivität des Standortes Deutschland abhängt und hier die Bundesregierung mit gefordert ist.

Trotz der Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik für Deutschland und den Standort Deutschland ist kein Bereich der Auswärtigen Politik in den vergangenen Jahren so vernachlässigt worden wie der der Auswärtigen Kultur- und Bildungspoli-

tik. Im Zuge der Haushaltseinsparungen hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in den letzten Jahren fast ein Drittel ihres Wertes - gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt und am Bundeshaushalt - verloren. Das Engagement des Bundes für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unter den Stand der alten Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung gefallen.

Im Jahr 2004 erreicht der relative Anteil der Auswärtigen Kulturpolitik am Gesamthaushalt des Bundes mit derzeit 0,22% seinen Tiefststand. Es ist bezeichnend, dass von den 1,5 Milliarden Euro aus dem "Anti-Terror-Paket" nur 5,1 Millionen Euro für die Auswärtige Kulturpolitik zur Verfügung gestellt wurden, mithin weniger als ein halbes Prozent, obwohl die Bedeutung des Ausbaus des Dialogs mit dem Islam immer wieder betont wird. Eine Folge der bisherigen, kontinuierlichen Kürzungen ist, dass sich die Mittel für die Sprachförderung von 51,1 Mio. Euro auf 24,3 Mio. Euro halbiert haben. Eine weitere Folge ist, dass die Mittel für die allgemeine Programmarbeit, die das kulturelle Deutschlandbild im Ausland prägen soll, von 118,2 Mio. Euro (1993) auf nun 51 Mio. Euro reduziert sind.

Diese Zahlen beziffern jedoch nur einen vorläufigen Tiefstand. Anfang März 2004 hat Bundesaußenminister Fischer schmerzhaft Einschnitte "ins Mark" der Auswärtigen Kulturpolitik angekündigt. Ständen bis vor kurzem noch Neueröffnungen von Goethe-Instituten in Shanghai, Tehe-

ran und Algier im Vordergrund, werden nun durch die weiteren umfangreichen Sparmaßnahmen Schließungen von Goethe-Instituten und deutschen Schulen im Ausland unabwendbar. Diese Entwicklung beeinträchtigt das Ansehen Deutschlands in der Welt, und sie schadet mittel- und langfristig den deutschen Interessen.

Anders als vom Außenminister dargestellt, ist nicht der deutsche Föderalismus Grund für die Haushaltslage des Auswärtigen Amtes und auch kein Wettbewerbsnachteil gegenüber Staaten, in denen die Kultur eine nationale Aufgabe darstellt. Auswärtige Kulturpolitik ist auch in Deutschland eine Angelegenheit des Bundes. Damit liegen die Verantwortung für den Haushalt und dessen Prioritäten beim deutschen Außenminister.

Die "Konzeption 2000", die der Außenminister nach seinem Amtsantritt zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorgelegt hat, ist in weiten Teilen aufgrund der bereits erfolgten erheblichen finanziellen Einschnitte als Grundlage für die künftige Entwicklung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht mehr tragfähig. Die Kürzungen beeinträchtigen schon jetzt die Erfüllung der Aufgaben der Auslandsschulen und der Mittlerorganisationen erheblich. Um ihre Arbeit langfristig sicherzustellen und zu stärken, müssen neue Grundlagen formuliert werden. Dazu gehört es auch, eine strategische Planung zu erarbeiten, mit welchen Instrumenten und Einrichtungen in welchen Regionen und

Orten der Welt welche Ziele erreicht werden sollen.

Erfolgreiche neue Modelle wie beispielsweise das Hochschulmarketing deutscher Universitäten sind zu unterstützen. Einzelne deutsche Universitäten genießen im Ausland einen ausgezeichneten Ruf und haben dort Ableger gegründet. Den positiven Effekt dieser Wissenschaftskooperation im Ausland wie auch in Deutschland gilt es herauszustellen.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands muss in ihrer Bedeutung erkannt und gestärkt werden sowie entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Auswärtigen Amt und im Rahmen der Auswärtigen Politik zu stärken;

eine aufgabengerechte Ausstattung der Mittler und anderen Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik langfristig sicherzustellen;

darzustellen, mit welchen Maßnahmen ein effizienter Einsatz der Mittel langfristig sichergestellt werden kann;

die über verschiedene Bundesbehörden verstreuten Elemente der Auswärtigen Kulturpolitik und Haushaltstitel konsequenter in wenigen Ressorts zu bündeln, um der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mehr Schlagkraft zu geben sowie eine bes-

sere Kohärenz der Politik und einen effektiven Ressourceneinsatz zu erzielen;

die Struktur und Aufstellung der Mittlerorganisationen und ihre Einbindung in die Arbeit der Träger deutschen Auswärtigen Politik zu überprüfen, gegebenenfalls, wo geboten, eine Neustrukturierung bzw. bessere Vernetzung herbeizuführen;

die Fusionierung einzelner Mittlerorganisationen, die bereits begonnen wurde, konsequent zu Ende führen;

die Vernetzung von Mittlerorganisationen, Trägern weiterer Kultureinrichtungen und -angebote und Deutscher Welle voranzutreiben, auf mögliche Effizienzsteigerungen zu überprüfen und die Rolle der Einrichtungen zu stärken;

nach der Evaluierung langfristig eine der Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entsprechende und angemessene Ausstattung der Mittler sicherzustellen;

die Mittlerorganisationen aufzufordern, kontinuierlich die Zielgruppen ihrer Projekte zu überprüfen und ihre Arbeit gemäß der Analyse entsprechend zu optimieren;

im Zusammenhang mit der Zielgruppenanalyse eine differenzierte Angebotspolitik sicherzustellen, die auch in schwierigen Märkten, wie z.B. in den Vereinigten Staaten von Amerika, mit einem Spitzenangebot an Kultur langfristig nachhaltige

Resultate erzielen kann;

Modelle zu entwickeln und zu erproben, die qualifizierte private Initiativen im Bereich der Kultur und der Bildung jenseits der Mittlerstruktur unterstützen helfen;

die Ausstrahlung und Nachhaltigkeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik durch Anpassung der Angebotspalette zu optimieren und dabei verstärkt auf "Marken" und Wiedererkennung zu setzen, wie z.B. das Hochschulmarketing. Diese Initiativen gilt es zu unterstützen;

die Wissenschaftskooperation zu stärken und dabei verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften zu setzen wie z.B. beim chinesisch-deutschen Hochschulkolleg in Jongji/ China;

ein Konzept vorzulegen, in dem Rolle und Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und ihrer Mittler im Rahmen der Krisenprävention beschrieben werden;

nach der Evaluierung langfristig eine der Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entsprechende und angemessene Ausstattung der Mittler sicherzustellen;

die vom Bundestag beschlossene Verwendung der Fusionsrendite für die Programmarbeit der Goethe-Institute sicherzustellen;

ein Konzept für die Entwicklung der Goethe-Institute im

Ausland sowie ihrer Verzahnung mit der Arbeit deutscher Auslandsvertretungen vorzulegen, aus dem auch hervorgeht, welchen Grad von Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit für ihre Haushalte und ihre inhaltliche Arbeit die Institute in Zukunft haben sollen;

ein Konzept für die Entwicklung der Auslandsschulen und insbesondere der Verbreitung der deutschen Sprache vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Rolle sie in der Auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft spielen sollen;

eine Strategie für die Entwicklung der Wissenschafts- und Stipendienprogramme, der Förderung der deutschen Sprache im Ausland, der weiteren Programmaktivitäten und Förderungen vorzulegen;

ein Konzept für Bauvorhaben vorzulegen, in dem auch mögliche Kooperationsmodelle mit Bauvorhaben anderer EU-Länder, anderer Kultur- und Sporteinrichtungen sowie anderer Bildungseinrichtungen des jeweiligen Gastlandes Berücksichtigung finden.

b) Ansehen Deutschlands in der Welt nimmt massiv Schaden

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB; 13. Februar 2004)

(...) In kaum einem, vielleicht in keinem Bereich der Politik herrscht fraktions-, partei- und institutionenübergreifend ein derart solider Konsens wie in der

Frage nach dem Sinn und dem Wert der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik! (...) In keinem Bereich der Politik haben sich die Ansprüche, die an ihn gestellt werden, in den vergangenen fünf Jahren derart rapide, in geradezu Schwindel erregende Höhen entwickelt wie in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik! (...) Kein Bereich der Auswärtigen Politik ist in den vergangenen Jahren so beschämend vernachlässigt worden wie die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik!

(...) Wie in anderen Bereichen rot-grüner Politik ist auch bei der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik das krasse Missverhältnis von der Ankündigung immer größerer Ziele einerseits und immer weniger Realitätsbezug insbesondere zu den Haushaltszahlen zu beklagen (...) Vertrauen entsteht so nicht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden verunsichert. Aber noch viel schlimmer: Das Ansehen Deutschlands in der Welt nimmt massiv Schaden!

Wir reden bei der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik von Mitteln, deren Höhe z. B. an den Tischen der Maut-Verhandlungen allenfalls Heiterkeit hervorruft. Aber so wie Bundesregierung und deutsche Wirtschaft sich mit dem Mautdebakel international lächerlich machen, genauso machen wir den hervorragenden Ruf der Mittler auswärtiger Kulturpolitik in der Welt kaputt - im Grunde für peanuts.

Der Außenminister hat im

Ausschuss für Kultur und Medien in der vergangenen Woche in geradezu tränentreibender Weise erklärt, es werden weitere schmerzliche Einschnitte auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zukommen. Nicht mehr nur ins Fleisch, nein, dieses Mal "ins Mark". ("Knochenmark" hat er sogar gesagt, was den Tod des Patienten bedeuten könnte, doch dieses verräterische Bild will ich nicht dem Willen Außenministers zurechnen, sondern seiner mangelnden medizinischen Kenntnis.)

Und er sagte noch, dass er da leider, leider auch nichts gegen tun könnte.

Der Außenminister ist Vizekanzler und wohl immer noch eine ernstzunehmende Stimme des grünen Koalitionspartners: Wer, wenn nicht er, kann denn Prioritäten setzen?

Es besteht der Verdacht - und hier spreche ich nicht nur im Namen meiner Fraktion - es besteht der Verdacht, dem Außenminister ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik -freundlich gesagt - nicht einen Pfifferling wert (...)

Es geht um Interesse an Deutschland und um deutsche Interessen. Es tut uns allen gut, wenn wir gute Beziehungen zu unseren Partnern in der Welt haben. Was über Jahrhunderte gewachsen ist; darf nicht aus Desinteresse und unüberlegter Pauschalkürzung - übrigens auch bei Koch-Steinbrück - geopfert werden. Und wir brauchen auch gute Beziehungen zu denen, die vielleicht noch nicht unsere Partner sind, aber ein besonderes Inter-

esse an Deutschland haben und diese Beziehungen ausbauen wollen.

Es geht bei der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik um Kultur aus Deutschland, aber in besonderem Maße auch um deutsche Kultur und um Deutschland als Kulturnation mit all ihrer Vielfalt.

Es geht um Informationen aus Deutschland, aber auch um Informationen in deutscher Sprache. Das Interesse an der deutschen Sprache ist im Ausland oft größer als hierzulande. Deutsch hat in vielen Ländern große Chancen als zweite Fremdsprache, deutsche Dichter und Philosophen im Original zu lesen ist für viele ein großer Anreiz.

Es geht bei der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, um einen weiteren Punkt zu nennen, um die Darstellung Deutschlands als ein weltoffenes Land. Aber es geht auch um die Einladung der Welt, sich dieses schöne Land vor Ort anzusehen.

All diese eben aufgezählten Punkte haben auch immense positive Auswirkungen auf langfristige Wirtschaftsbeziehungen und damit auf den deutschen Anteil an Märkten in Wachstumsregionen.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll nicht gemacht werden, weil sie sich mittel- und langfristig rechnet. Aber wenn sie den Außenminister schon nicht interessiert, sollte er wenigstens dieses Argument kennen (...) Problematisch vor dem Hintergrund kontinuierlich zusammengestricherter Mittel ist das in zunehmendem und erschrecken-

dem Maße inhaltsfrei werdende Gerede vom "Dialog der Kulturen", von der Rolle der Kultur als "Konfliktprävention". Der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik geradezu die Sicherung des Weltfriedens aufzubürden, ist nicht nur angesichts der dürren Zahlen abenteuerlich.

Der Anteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik am Gesamthaushalt hat mit derzeit 0,22% einen deprimierenden Tiefstand erreicht. Wir brauchen mehr Realismus und Pragmatismus, der dem Auftrag der Mittler auswärtiger Kulturpolitik entspricht.

Auf der dünnen Basis der genannten 0,22% ist langfristiges Planen kaum möglich. Projekte, die mit Sondermitteln realisiert werden, wie die Stabstelle "Dialog mit der islamischen Welt" können nicht langfristig angelegt sein. Doch alle Erfahrung in der Auswärtigen Kulturpolitik hat gelehrt, dass nur in der Kontinuität der Erfolg liegt, dass über lange Zeiträume hinweg Vertrauen aufgebaut werden muss und dass die Verlässlichkeit einer Partnerschaft sich erst nach vielen Jahren beweist. Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit braucht gerade beim interkulturellen Dialog Beharrlichkeit. Sie ist keine schnelle Eingreiftruppe! Aus dem anfänglichen Scheitern eines begonnenen Dialogs darf nicht mit betriebswirtschaftlicher Logik der Abbruch der Beziehungen geschlussfolgert werden.

Die Anerkennung und der Ruf der Mittlerorganisationen ist hierzulande, wo die Einrichtun-

gen häufiger im Zusammenhang mit Haushaltskürzungen genannt werden als im Zusammenhang mit ihren Projekten, nicht annähernd mit dem Ruf zu vergleichen, den sie im Ausland genießen. Dieser Ruf im Ausland wird in einem Maße gefährdet, wie wir uns das in Deutschland oft gar nicht vorstellen können. Als Beispiel nenne ich die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die sich mit dem weltweiten Wissenschaftler-Austausch beschäftigt.

Mag sein, dass manchem solch eine Einrichtung etwas zu gediegen erscheint, aber wir brauchen in Deutschland nicht über Eliten zu reden, wenn wir im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht sicherstellen, dass ein internationaler, hochkarätiger Austausch von Wissenschaftlern stattfindet. Das wird gern unterschätzt. Aber der Wissenstransfer auf höchstem Niveau ist von zentraler Bedeutung. Wenn Deutschland mit seinen Spitzenwissenschaftlern nicht präsent ist im Ausland, ist Deutschland auch nicht attraktiv für Spitzenwissenschaftler aus aller Welt. Gleiches gilt für die Nachwuchsförderung: für Studenten, angehende Wissenschaftler, aber auch für Künstler (...)

Wenn man in Mexiko hört, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung wird kaputt gekürzt, denn denkt dort keiner nur an den Wissenschaftleraustausch, sondern dann werden viele dort meinen, in Deutschland herrscht Kulturbarbarei.

Deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat noch -

nicht nur in Mexiko - einen guten Ruf. Aber Deutschland bekommt immer stärkere Konkurrenz. In Deutschland wird das weniger bemerkt als vor Ort Großbritannien und Frankreich zum Beispiel segeln mit enormem staatlichem Rückenwind neben uns. Deutschland hat dagegen permanenten staatlichen Gegenwind. Absurd! Und jetzt wirft - um im Bild zu bleiben - der stellvertretende Steuermann auch noch den Anker aus (...)

Bezeichnend ist, dass die Koalition die Auslandsschulen in ihrem Antrag ganz vergessen hat. Haben Sie die schon aufgegeben? Aufgefallen ist Ihnen allenfalls, dass der "Schulfonds" stabil ist. Das ist nicht viel, denn nicht der Schulfonds macht Auswärtige Bildungsarbeit, sondern die Aktiven an fast 120 deutschen Auslandsschulen. Die Bildungspolitik ist auch im Antragstitel der Koalition weggekürzt.

Wer kürzt, muss wissen, was und wohin er will. Wir sehen keinerlei Konzept der Bundesregierung bei diesem Thema. Auch die vorliegenden Berichte aus den Jahren 2001 und 2002 geben darüber keine Auskunft (...)

c) Die Auswärtige Kulturpolitik steht leider nicht mehr im Mittelpunkt des politischen Ringens in Deutschland

(Aus der Rede von Dr. Klaus Rose, MdB; 12. März 2004)

(...) Als Mitglied nicht des Ausschusses "Medien und Kultur", sondern des Auswärtigen Ausschusses betone ich: die 3. Säule der Außenpolitik, nämlich der

Kulturaustausch, hat nach dem 11. September 2001 eine zusätzliche Bedeutung gewonnen. Ich möchte der Bundesregierung durchaus zugestehen, dass sie im Rahmen des neuen Kulturkonzepts "Konzeption 2000" bemüht ist, eine effektive Auswärtige Kulturpolitik zu erzielen. Gemessen an den hehren Tönen, die ich noch aus früheren Zeiten im Ohr habe, muss ich aber leider feststellen:

Es wird nur mehr mit Wasser gekocht.

Die Auswärtige Kulturpolitik steht leider nicht mehr im Mittelpunkt des politischen Ringens in Deutschland.

Der Ton wird wieder härter, was nicht unbedingt falsch sein muss.

Da brauche ich bloß die nackten Haushaltszahlen aufzuzeigen: von 2001 bis 2003 gab es eine Einsparung von ca. 23 Mio. Euro. Der Bericht der Bundesregierung von 2001 gibt selbst zu, was das bedeutet: "Einschnitte in einigen Bereichen der Auslandskulturarbeit bis an die Grenze dessen, was ohne Substanzverlust geleistet werden konnte". Das ist aber euphemistisch, höflich beschrieben. Die Wirklichkeit ist anders, vor allem jetzt in 2004:

Der Budgetanteil der Auswärtigen Kulturpolitik AA am Bundeshaushalt ist von 1993 genau 0,27% auf 0,22% in 2004 zurückgegangen.

Das Auslandsschulwesen - von den 117 Auslandsschulen habe ich etwa 50 besucht - muss mit rückläufigen Mitteln auskommen (Zahlen des Schul-

fonds: 2000=183 Mio., 2001=178 Mio., 2002=175, 2003 etwas mehr).

Es gibt kaum mehr eine Schule, die nicht betroffen ist. Sie können sich vorstellen, welche Freude in vielen Orten der Welt gegenüber Deutschland aufkommt. Da nützen auch punktuelle Sondermaßnahmen nichts. Die verdienstvollen Mittlerorganisationen wie DAAD, AvH oder DFG, besonders aber GoetheInterNationes, müssen nicht bloß Programme zusammenstreichen, nein, sie müssen viel Zeit aufwenden, um über Sponsoring ans schnöde Geld zu kommen. Ich höre geradezu die früheren FDP- oder SPD-Kollegen Hamm-Brücher oder Freimut Duve, wie sie sich aufgeregt hatten, dass die Kohl-Regierung private Trägerschaften bei Kultur- und Schulprojekten anregte, wohlgermerkt zusätzlich, nicht anstatt des öffentlich geförderten Bereichs. Heute geht es ohne stärkere private Finanzierung nicht mehr. So muss man manchmal vom hohen Ross herab. So musste Außenminister Fischer kürzlich schmerzhaft Einschnitte ins Mark der Auswärtigen Kulturpolitik ankündigen.

Genug der Kritik, obwohl ich den ganzen Vormittag Kritikwürdiges zitieren könnte. Wir haben gemeinsam orientierte Anträge eingebracht und es wird anders als in den 80er Jahren, die deutsche Sprache nicht mehr als nationalistisches Kampfinstrument beschimpft, sondern als Kernaufgabe und als Zukunftschance für alle, die Deutsch als Muttersprache oder als 1. Fremdsprache benutzen. Das sind in

der EU immerhin 91 Millionen plus 36 Mio. Zweitsprachler. Und natürlich als Chance für junge Leute in aller Welt, Kulturdialog zu pflegen und deutsche Wirtschaft anzukurbeln (...) Die gestiegene Bedeutung der internationalen Kulturbeziehungen braucht die richtige Antwort: parlamentarisch, finanziell, inhaltlich. Ringen wir weiterhin um die beste Lösung.

c) Marketing für ein modernes Deutschland als Wirtschafts- und als Bildungsstandort

(Aus der Rede von Vera Lengsfeld, MdB; 12. März 2004)

Ein großzügig bemessener Etat für die auswärtige Kulturpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, das reichlich ramponierte Ansehen Deutschlands als Industrie- und Kulturnation in der Welt wiederherzustellen. Trotz dieser unbestreitbaren Bedeutung und des Erfolges der auswärtigen Kulturpolitik für den Standort Deutschland ist (...) tatsächlich kein Bereich der auswärtigen Politik in den vergangenen Jahren so vernachlässigt worden wie gerade die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Ich finde es bezeichnend, dass unser Außenminister von nationaler Kultur- und Bildungspolitik als der dritten Säule der auswärtigen Politik nicht viel hält. Wie könnte er sonst solch drastische Kürzungen im Etat zulassen? (...) Sie (werden) feststellen, dass unter Ihrer Verantwortung der Anteil der auswärtigen Kulturpolitik am Gesamtetat des

Auswärtigen Amtes von 33 Prozent auf 25 Prozent gesunken ist (...) Im Übrigen muss ich auch feststellen, dass es sich während der Zeit der Regierung Kohl der Außenminister sowieso, aber auch der Bundeskanzler niemals nehmen ließen, bei den Debatten über auswärtige Kulturpolitik anwesend zu sein. Das zeigt, welche Prioritäten die Regierung Kohl gesetzt hat. Wir sehen jetzt an den gähnend leeren Plätzen auf der Regierungsbank, welche Prioritäten diese Regierung setzt. Damit korrespondiert, dass der Anteil der Mittel für die auswärtige Kulturpolitik am Gesamtetat mit derzeit 0,22 Prozent einen bisher nie dagewesenen Tiefstand erreicht.

Eine Folge der kontinuierlichen Kürzungen ist, dass sich zum Beispiel die Mittel für die Sprachförderung halbiert haben. Eine weitere Folge ist, dass die Mittel für die allgemeine Programmarbeit, die das Bild prägen soll, das von der Kultur Deutschlands im Ausland besteht, von 118 Millionen Euro auf 51 Millionen Euro reduziert worden sind. Betroffen von den Sparplänen sind neben dem Goethe-Institut auch der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung. (...) Mit dem derzeitigen Gerede vom Bildungsstandort Deutschland oder dem erklärten Willen zur Eliteförderung, die Sie propagiert haben, meine Damen und Herren von der Koalition, hat das alles nichts zu tun. Wort und Tat passen nicht zusammen. Man kann nicht den Bildungsstandort Deutschland för-

dern wollen und gleichzeitig die Ausgaben für die auswärtige Bildungspolitik zurückfahren (...) Wir brauchen keine Greencard, sondern ein Marketing für ein modernes Deutschland als Wirtschafts- und als Bildungsstandort; denn internationale Firmen und Studierende aus dem Ausland kommen am liebsten in ein Land, von dem es in der Welt ein positives Bild gibt.

d) Auswärtige Kulturpolitik wird zur Groteske

(Erklärung von Günter Nooke, MdB, zum Gespräch mit dem Außenminister über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Ausschuss für Kultur und Medien am 3. März 2004)

In einem ist dem Außenminister zuzustimmen: Fehlende Mittel für die Auswärtige Kulturpolitik sind ein "Jammer". Diese Einsicht wird leider nicht erträglich, wenn man sie schon vor eineinhalb Legislaturperioden hatte - bei seitdem kontinuierlich sinkenden Mitteln.

Während die Gesamtausgaben des Auswärtigen Amtes im Zeitraum von 1993 bis 2003 um 20% gestiegen sind, verringerte sich der Anteil des Kulturhaushalts von 32,8% auf 25%. Eine Folge: Seit 1993 haben sich die Mittel für die Sprachförderung von 51,1 Mio. auf 24,3 Mio. halbiert.

Der Anteil der Auswärtigen Kulturpolitik am Gesamthaushalt des Bundes sinkt kontinuierlich und hat mit derzeit 0,22% seinen deprimierenden Tiefstand

erreicht. Auch von den 1,5 Milliarden Euro aus dem "Anti-Terror-Paket" wurden ganze 5,1 Millionen Euro für die Auswärtige Kulturpolitik reserviert - weniger als ein halbes Prozent.

Vollkommen grotesk wird die Situation jetzt durch die Mitteilung des Außenministers, die Träger der Auswärtigen Kulturpolitik seien nunmehr auch für den Weltfrieden zuständig, denn Auswärtige Kulturpolitik trage zur Krisenprävention und -bewältigung bei.

Statt aber den Mittlern Handlungsspielräume zu eröffnen, werden Institutsschließungen angekündigt. Es ist absurd, den Anspruch immer höher zu schrauben und zugleich den Geldhahn zu.

Eine schlechte Auswärtige Kulturpolitik ist ein abstellbares Übel. Eine unglaubliche und folgenlose aber ist fatal.

3. Sportförderung

Sportförderung des Bundes im Ausland stärken und als Teil der Auswärtigen Kulturpolitik begreifen

(Antrag vom 2. März 2004)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sport ist in seiner Breite, seiner Spitze und seiner Vielfalt ein hervorragender Botschafter unseres Landes, ist Sympathieträger weltweit und erleichtert die Verständigung von Menschen unterschiedlicher Nationa-

litäten und Kulturen. Sport steht für Fairness, Toleranz, friedlichen Wettkampf, Leistung und Internationalität und leistet einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer friedlicheren und besseren Welt.

Internationaler Sportförderung kommt damit eine weitaus größere Dimension zu, als ihr häufig in der öffentlichen Meinung und auch im politischen Raum zugemessen wird.

- Begegnungen von Sportvereinen und -Organisationen auf internationaler Ebene führen Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit, unterschiedlicher Weltanschauungen und Kulturkreise zusammen. Der Sport fördert die Vertrauensbildung zwischen den Menschen und den Völkern. In dem er zu friedlichem und fairem Wettbewerb einlädt, kann der Sport seinen Teil beitragen, Konflikte zu bewältigen und diese sogar zu verhindern.

Seit Jahrzehnten haben der Sport und seine Organisationen die Sportentwicklung in Entwicklungsländern gefördert. Weitgehend unbeachtet von öffentlicher Aufmerksamkeit ist Sport für viele Menschen in den Entwicklungsländern - insbesondere für traumatisierte Kinder und Jugendliche - oft die einzige Möglichkeit, den tristen Alltag aufzuhellen, Gemeinschaft zu erleben, Selbstbewusstsein zu entwickeln und eine Lebensperspektive zu entwerfen. Sport hat in diesen Ländern einen entscheidenden Anteil an mehr Bildung und stärkt das Bewusstsein für eine gesün-

dere Lebensweise. Sportförderung in der Entwicklungszusammenarbeit soll den Menschen unter Beachtung der vorhandenen traditionellen Bewegungskulturen Hilfe zur Selbsthilfe sein und zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Sport leistet somit in den jeweiligen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag für die dort lebenden Menschen.

Die Entsendung von Experten durch den Sport und die Ausbildung von Übungsleitern, Sportlehrern, Vereinstrainern und Organisationsleitern vor Ort sollen langfristig sportliche Infrastrukturen für Vereine und Organisationen in diesen Ländern und damit dauerhafte sportliche Betätigung sichern. Dabei kommt der Aus- und Weiterbildung ausländischer Sportlerinnen und Sportler sowie Sportfunktionäre in unserem Land eine hohe Bedeutung zu. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch hat zu nennenswerten Ergebnissen geführt: die sportliche Infrastruktur in zahlreichen Entwicklungsländern hat sich gefestigt, Sportlerinnen und Sportler aus diesen Ländern bringen Spitzenleistungen und diese Länder sind immer häufiger in den internationalen Gremien des Sports vertreten.

Deutlich sichtbar werden die Internationalität und die friedliche, völkerverbindende Kraft des Sports durch Sportgroßveranstaltungen. Sie sind auch herausragende Anlässe, unser Land als weit- und kulturoffen, gast- und fremdenfreundlich zu präsentieren, als ein Land, in dem

die Leistungen seiner Sportlerinnen und Sportler auch Ausdruck des Leistungswillens seiner Menschen sind und dort gesellschaftlich Anerkennung finden. Dies trägt zu einem sympathischen Bild unseres Land und seiner Menschen bei.

Den Auslandsvertretungen und den Mittlerorganisationen der Bundesrepublik Deutschland kommt bei der internationalen Sportförderung eine besondere Verantwortung zu. Sie haben den Sport und deren Organisationen vor Ort tatkräftig zu unterstützen. Sport ist als Sympathieträger stärker in Anspruch zu nehmen; um u.a. für die Vergabe internationaler Sportgroßveranstaltungen nach Deutschland zu werben.

Die Sportförderung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch als ein Mittel Auswärtiger Kulturpolitik außerordentlich erfolgreich erwiesen. Diese seit Jahrzehnten erfolgreiche Arbeit und Sympathiewerbung darf nicht durch kurzfristige Maßnahmen gefährdet werden.

Die Bundesregierung hat die Mittel für die internationale Sportförderung seit der Regierungsübernahme kontinuierlich zurückgeführt.

Die Mittel des Auswärtigen Amtes für die Sportförderung im Rahmen auswärtiger Kulturpolitik sind seit 1998 von rd. 3,2 Mio. Euro auf 2,7 Mio. Euro im Jahr 2003 gekürzt worden. Das heißt, es sind seit 1999 rd. 2 Mio. Euro weniger verausgabt worden.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (BMZ) hat die Sportförderung für die Arbeit in der Dritten Welt von 250 T Euro in 1999 auf 34 T Euro im Jahr 2004 zurückgeführt. 2005 soll die Förderung ganz eingestellt werden. Seit 1999 sind für die Sportförderung in der Entwicklungszusammenarbeit rd. 650 T Euro weniger aufgewandt worden.

Die Bundesregierung hat für die internationale Sportförderung seit 1999, gemessen am Niveau von 1998, bis 2004 rd. 2,7 Mio. Euro weniger aufgewandt. Diese drastischen Kürzungen verdeutlichen, dass die Bundesregierung der internationalen Sportförderung im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit nur geringe Bedeutung zumisst.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

der Verantwortung der Sportnation Deutschland für die internationale Sportförderung gerecht zu werden und die dafür erforderlichen Mittel beim Auswärtigen Amt und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in angemessener Höhe zu veranschlagen,

der Bedeutung der internationalen Sportförderung für den Sportstandort Deutschland durch Verlässlichkeit Rechnung zu tragen und die internationale Sportförderung konzeptionell und nachhaltig weiterzuentwickeln,

den deutschen Sport und seine Organisationen bei ihren Be-

mühungen beim Aufbau einer Infrastruktur in den Entwicklungs- und Schwellenländern tatkräftig zu unterstützen,

die Entsendung deutscher Sportexperten in die Entwicklungsländer zu intensivieren und mehr Ausbildungsplätze für ausländische Experten, Sportlerinnen und Sportlern in Deutschland bereitzustellen,

die deutschen Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen in den Stand zu setzen, den Anforderungen einer gezielten und anspruchsvollen internationalen Sportförderung gerecht werden zu können und Sport als Mittel der Sympathiewerbung verstärkt in ihre Arbeit einzubeziehen. Dabei sind Bewerbungen der Städte Leipzig und Rostock um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2012 von den Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen als nationale Aufgabe zu begreifen und in herausragender Weise zu unterstützen.

4. Deutsch als Arbeitssprache

a) Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene - Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland

(Antrag vom 1. April 2004)

Derzeit sprechen über 100 Millionen EU-Bürger Deutsch, davon etwa 91 bis 92 Millionen als Muttersprache. Damit spricht fast jeder dritte EU-Bürger (32%) Deutsch. Englisch als Muttersprache sprechen 62,2

Millionen EU-Bürger, Französisch 62,7 Millionen.

Nach der geplanten EU-Osterweiterung wird sich die Zahl der EU-Bürger, die Deutsch sprechen, noch deutlich erhöhen, da Deutsch in Osteuropa als Fremdsprache traditionell sehr stark verbreitet ist. Dennoch bekommt Deutsch im Betrieb der EU und ihrer Kommissionen noch immer nicht den gleichen Status als gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch.

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

1. Der Bundestag begrüßt, den bisherigen Einsatz der Bundesregierung, die deutsche Sprache auf europäischer Ebene zu stärken, insbesondere durch die gemeinsame deutsch-französische Sprachanweisung aus dem Jahre 2000 und das Beharren darauf, dass bei Treffen auf EU-Ebene auch dann ins Deutsche gedolmetscht wird, wenn dies durch die jeweilige Ratspräsidentschaft nicht vorgesehen war.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich über die bisherigen Bemühungen hinaus noch stärker für die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung von Deutsch als Dritter Arbeitssprache neben Englisch und Französisch einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass Deutsch bei allen Veröffentlichungen, Datenbanken, Standards, Konferenzen und Ausschreibungen den Sprachen Englisch und Französisch gleichgestellt wird.

3. Die Bundesregierung soll verstärkt dafür Sorge tragen, dass der Verbreitung und Pflege der deutschen Sprache im Ausland ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Förderung der deutschen Sprache zum Nutzen des Studien- und Wirtschaftsstandortes Deutschland zu stärken. Hierzu gehört auch, dass in den Programmen der Deutschen Welle (Hörfunk und DW-TV) die deutsche Sprache als Vermittlungsinstrument und Kulturträger nicht reduziert, sondern gestärkt wird.

Begründung

*“Wir müssen unsere Sprache schützen wie unsere Gewässer“
(Botho Strauss)*

Ein vereintes Europa hat nur dann eine Chance, wenn sich die Menschen mit ihm identifizieren und sich gegenseitig verstehen und verständigen können.

Ein entscheidender Faktor hierbei ist die Sprache. Es muss das Ziel sein, auf europäischer Ebene Sprachen zu etablieren, die von möglichst vielen Menschen gesprochen werden. Es gibt in Europa etwa 130 Millionen Menschen, die Deutsch sprechen. Deutsch ist die mit Abstand am meisten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union. Die Deutsche Sprachgemeinschaft ist wirtschaftlich derzeit die drittstärkste der Welt und die wirtschaftlich stärkste in Europa.

Nach Englisch ist Deutsch die wichtigste zweite Fremdsprache Europas. Nach dem politischen

Umbruch nimmt die deutsche Sprache in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südeuropas sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine wichtige Brückenfunktion zur Europäischen Union ein. Dem gegenüber ist die Berücksichtigung der deutschen Sprache auf EU-Ebene nicht angemessen.

1. Deutsch als Arbeitssprache in der EU

Nach Artikel 1 der Verordnung Nr. 1 des Rates zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist Deutsch neben Dänisch, Englisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Schwedisch und Spanisch offizielle Amtssprache. Das bedeutet, dass die Vertreter jedes Staates zunächst das Recht haben, in ihrer Muttersprache zu sprechen und Texte aus anderen Sprachen in ihre Muttersprache übersetzen zu lassen. Gleichzeitig kann sich jeder Bürger und jeder Staat in einer der Amtssprachen an die Gemeinschaftsorgane wenden und hat Anspruch auf Antwort in der gleichen Sprache. Auch werden alle Verordnungen und Schriftstücke der Gemeinschaft sowie das Amtsblatt zeitgleich in allen Amtssprachen publiziert. Dadurch soll die Gleichbehandlung aller EU-Bürger zum Ausdruck gebracht werden.

In der Praxis existiert jedoch durch die Verwendung von Englisch und Französisch als (inoffizielle) Arbeitssprachen häufig eine Ungleichbehandlung, die sich auch zuungunsten der am meisten verwendeten Mutter-

sprache auswirkt.

In der externen Kommunikation der EU-Organe tritt eine Benachteiligung von deutschsprachigen EU-Bürgern - muttersprachlich oder fremdsprachlich - auf, wenn sie nicht auch fließend Englisch und Französisch sprechen, und dies obwohl sie die größte Sprachgruppe der EU bilden. So werden wirtschaftsrelevante Daten fast ausschließlich in Englisch und Französisch veröffentlicht. Die EU-Wirtschaftsdatenbanken arbeiten vorwiegend mit diesen Sprachen und selbst die 240.000 Ausschreibungen der EU-Kommission erscheinen zunächst nur in Englisch und Französisch. Hier sind kleine und mittlere Betriebe stark benachteiligt, weil sie die umfangreichen und mit schwierigen Fachwörtern versehenen Texte in der Regel erst kostenpflichtig übersetzen lassen müssen, um am Verfahren teilzunehmen.

Wenn es Ziel der Europäischen Union ist, mehrere viel gesprochene Sprachen so zu etablieren, dass sie von möglichst vielen EU-Bürgern beherrscht werden, so kann und darf dies nicht zur Konsequenz haben, dass die meist gesprochene EU-Sprache hierbei nur eine völlig untergeordnete Rolle spielt. Schon derzeit sprechen 32% der EU-Bürger Deutsch. Damit sprechen schon vor der EU-Erweiterung so viele Menschen Deutsch wie Spanisch (15%) und Italienisch (18%) zusammengekommen. Gerade ein sich erweiterndes Europa muss daher die deutsche Sprache den Sprachen Französisch und Englisch ausnahmslos gleichstellen.

Wenn Französisch, das von 28% der EU-Bürger als Mutter- oder Fremdsprache gesprochen wird, Arbeitssprache ist, muss dies für Deutsch, insbesondere in Blick auf die bevorstehende Erweiterung durch die osteuropäischen Beitrittskandidaten, bei denen Deutsch traditionell als Fremdsprache sehr verbreitet ist, auch gelten.

Begrüßenswert ist es, dass die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern die Zahl der Plätze in Sondersprachkursen für EU-Mitarbeiter und Spitzenbeamte erhöht hat und dass auch für Beamte auch den Beitrittsländern Sprachkurse angeboten werden. In Anbetracht der Tatsache, dass derzeit nur ein Prozent der Kommunikation von EU-Beamten nach außen auf Deutsch geführt wird müssen die Bemühungen, die Zahl der Deutsch sprechenden EU-Beamten zu erhöhen dennoch deutlich verstärkt werden. Die Bundesregierung ist hier gefordert, nach geeigneten Möglichkeiten zu suchen.

2. Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland

Die Verbreitung von Deutsch als Fremdsprache im Ausland ist von ganz zentraler Bedeutung. Durch die Sprache wird eine Beschäftigung mit dem Land, den Menschen und der Kultur erreicht. Die Sprachkenntnis steigert das Verständnis zu unserem Land und weckt Interesse, dieses Land auch kennen zu lernen, wovon nicht nur die Tourismusindustrie profitiert.

Ein ausländischer Geschäftsmann wird eher und leichter ein Geschäft mit einem Deutschen Unternehmen abschließen, wenn er sich in der Sprache seines deutschen Geschäftspartners verständigen kann.

Wenn die Integration für Zuwanderungsberechtigte sinnvoll und erfolgreich sein soll, muss das Erlernen der deutschen Sprache so früh wie möglich beginnen, nach Möglichkeit also schon im Heimatland. Deshalb müssen die Angebote für Zuwanderungsberechtigte und Einwanderungswillige in wesentlich stärkerem Umfang angeboten werden, als dies bisher der Fall ist.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU "Verbreitung, Förderung und Vermittlung der Deutschen Sprache" (Bundestags-Drucksache 147/5835) hat die Bundesregierung erklärt, es bestehe nach wie vor Interesse am Erlernen von Deutsch als Amtssprache. Insbesondere in den osteuropäischen Staaten sei die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, sehr hoch. Dem hingegen sei das Interesse an Deutsch innerhalb der EU-Staaten auf das Niveau Ende der 80er Jahre gesunken. In Frankreich sei die Zahl sogar weiter gesunken. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen ist dieser Rückgang besorgniserregend.

Die Bundesregierung ist laut Antwort auf die Große Anfrage (Drs. 14/5835) daran interessiert, dass möglichst viele Men-

schen in möglichst vielen Ländern Deutsch lernen. In besonderem Maße gelte dies für Länder, mit denen Deutschland besonders enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflege. Sollte sich diese Auffassung nicht geändert haben, ist es unbedingt geboten, gerade auch innerhalb der Europäischen Union noch stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um Deutsch als Fremdsprache zu stärken und zu verbreiten.

b) Lernen von Deutsch in Europa und im Ausland fördern (Aus der Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB; 1. April 2004)

(...) Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Bitte an die Bundesregierung richten, (...) dass die Bundesregierung auch die Forderung prüft, dass jeder neu eingestellte europäische Spitzenbeamte oder zumindest jeder Beamte oder Angestellte des höheren Dienstes als Einstellungs voraussetzung - wie es früher war - zwei Fremdsprachen können muss. Denn die Reduktion auf eine Fremdsprache führt logischerweise zu einer Präferenz für Englisch und Französisch. Wir glauben, dass dieses Verlangen den Beamten absolut zumutbar ist.

Das Goethe-Institut hat im Rahmen einer großen Kampagne bezüglich des zweiten Teils unseres Antrags, nämlich das Lernen von Deutsch in Europa und im Ausland zu fördern, einen Katalog von zehn Gründen vorgelegt (...), die wichtigsten sind sehr einprägsam: Deutsch-

land ist das wichtigste Exportland der Welt. Deutsch ist die meistgesprochene Sprache in der Europäischen Union. 18 Prozent aller Bücher weltweit erscheinen in Deutschland. Viele internationale Unternehmen haben ihren Sitz in Deutschland. Deutsch ist die zweithäufigste Sprache in der Wissenschaft auf der Welt. Wer Deutsch spricht und versteht, lernt die Kultur besser kennen und verbessert seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Deutschen sind in vielen Ländern die wichtigsten Touristen.

Ich glaube, dass in den Forderungskatalog aufgenommen werden muss, Deutsch als Einstellungsvoraussetzung im Ausland mehr zu fördern. Bei der Reise des Kulturausschusses nach Prag ist vor den Mitgliedern des Kulturausschusses von tschechischen jungen Germanisten und Germanistikstudenten beklagt worden, dass deutsche Firmen im Ausland nicht mehr - wie früher ganz selbstverständlich - deutsche Sprachkenntnisse als zusätzliche Einstellungsvoraussetzung präferieren, sondern dass deutsche Sprachkenntnisse der ausländischen Bewerber unserer Wirtschaft wegen angeblicher Dominanz des Englischen gleichgültig geworden sind.

Ich habe (...) zur Vorbereitung auf diese Sitzung noch einmal beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag nachfragen lassen. Dort wurde uns mitgeteilt: Englisch ist bei der Einstellung für uns die wichtigste Sprache am Markt. Daran orientieren wir uns. - Das ist eine un-

Entwicklung. Es ist die Aufgabe eines Parlaments, das sich als Interessenvertretung des eigenen Landes versteht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

In unserem Antrag sehe ich, wenn Sie so wollen, eine Einladung an die Verantwortlichen, sich um dieses Thema in seiner Gesamtheit zu kümmern. Das gilt auch für die ungute Entwicklung, dass ganz bestimmte Großinstitutionen meinen, sie müssten sich von Deutsch als Firmensprache verabschieden. Das ist nicht nur ein sprachliches Problem, sondern letzten Endes auch ein Problem der Gesetzeskontrolle und des Gesetzesvollzugs. Als Beispiel nenne ich eines der auf der ganzen Welt berühmtesten deutschen Unternehmen bzw. Bankinstitute, die Deutsche Bank.

Der Unverdächtigkeit halber sei auf den "Spiegel" verwiesen, der vor wenigen Wochen in einer großen Dokumentation berichtet hat, dass es immer mehr gelingt, sich der deutschen Bankenaufsicht durch Verlagerung ins Ausland, durch fremdsprachigen Schriftverkehr, durch fremdsprachige Aktenführung und Ähnliches zu entziehen. Ich glaube, dass wir, so wie wir es auch hinsichtlich des Schutzbereichs anderer Gesetze tun, eine Vernetzung herstellen müssen, um das in diesem Antrag formulierte Anliegen der Förderung der deutschen Sprache durchzusetzen. Wir verlangen ein Weiteres (...)

Ich glaube, die Forderung ist richtig, dass auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Si-

cherheitspolitik der Europäischen Union auf das bewährte, Dreisprachenregime - Englisch, Französisch und Deutsch - zurückgegriffen und nicht mehr nur Englisch und Französisch gesprochen werden soll.

Ein letzter Gesichtspunkt. Aus Gründen der Unverdächtigkeit verweise ich auf eine Aussage der Staatsministerin Weiss, die bei der Eröffnung eines Generalsekretariats des Deutschen Musikrats in Berlin mehr deutsche Musikproduktionen in deutschen Rundfunksendern forderte.

Auch das gehört letzten Endes zu diesem Thema.

Kein geringerer als Herr Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat die Rundfunksender vor wenigen Tagen, am 29. März 2004, aufgefordert, mehr deutsche Musik zu spielen.

Sollte dies nicht freiwillig geschehen, müsse über eine Quotenregelung diskutiert werden.

Die deutsche bzw. europäische Kultur müsse sich gegen die Allmacht des amerikanischen Kulturimperialismus durchsetzen (...)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die bemerkenswerte Protokollerklärung aller Ministerpräsidenten zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, in der es heißt: Die Länder erwarten von den Hörfunkveranstaltern, insbesondere von den in der ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten und dem Deutschlandradio, eine stärkere Berücksichtigung von deutschsprachiger Musik und deshalb

eine Förderung auch neuerer deutschsprachiger Musikangebote durch ausreichende Sendeplätze in den Programmen. (...) Die "Los Angeles Times" hat vor nicht allzu langer Zeit geschrieben - auf Englisch -, warum die Deutschen ihre eigene Sprache zu wenig benutzen. Die Amerikaner hoffen, dass die Deutschen ihre Stimme wieder finden, wenn sie dazu ermutigt werden. Dieser Ermutigung dient unser heutiger Antrag.

5. Kulturverträglichkeit

Kulturverträglichkeitsprüfung

(Kleine Anfrage vom 2. März 2004)

Nach der Bundestagswahl im Jahre 2002 hat die Bundesregierung angekündigt, für Gesetzentwürfe eine "Kulturverträglichkeitsprüfung" vorzusehen. Demnach sollen alle Gesetze, die im Kabinett verabschiedet werden sollen, zuvor daraufhin überprüft werden, ob direkt oder mittelbar durch die Neuregelung eines Bundesgesetzes Schaden für die Kultur und die Kulturförderung entstehen könnte. In der Bundestagsdebatte am 12. Februar 2004 hat die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien ausgeführt, dass sich "das Projekt der Kulturverträglichkeitsprüfung, die auf die neue Gesetze angewendet wird (...), bereits in den ersten anderthalb Jahren mehrmals segensreich bewährt hat." Ein Verfahren der Überprü-

fung ist bislang nicht vorgestellt worden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gesetzentwürfe hat die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien der "Kulturverträglichkeitsprüfung" unterzogen?

2. Um wie viel Prozent der Gesetzentwürfe - gemessen an der Gesamtzahl seit der Einführung der "Kulturverträglichkeitsprüfung" - handelt es sich dabei?

3. Wie wird sichergestellt, dass der Staatsministerin alle Gesetzentwürfe zur "Kulturverträglichkeitsprüfung" vorgelegt werden, und wie viel Zeit wird ihr für die Überprüfung eingeräumt?

4. Werden neben Gesetzentwürfen auch andere Initiativen, die das Kabinett passieren, der "Kulturverträglichkeitsprüfung" unterzogen, und wenn nein, warum nicht?

5. Wie ist die Überprüfung organisiert, auf welche Sachverhalte wird besonders geachtet, und wie wird im Falle auftretender Differenzen mit den beteiligten Ministerien eine einvernehmliche Regelung herbeigeführt?

6. Welche Institutionen, Verbände und sonstigen Ratgeber wurden als Sachverständige bei "Kulturverträglichkeitsprüfungen" befragt?

7. Wie oft und in welchen Fällen wurden Gesetzentwürfe aufgrund der "Kulturverträglichkeitsprüfung" durch die Staatsministerin abgelehnt, angehalten und/ oder verändert, und aus welchen inhaltlichen Gründen erfolgte der Einspruch?

8. Welche inhaltlichen Änderungen wurden nach Einsprüchen der Staatsministerin in den beanstandeten Gesetzentwürfen durchgesetzt, wo blieben Einsprüche folgenlos? Um welche Gesetzentwürfe und welche Änderungen handelt es sich genau, bei denen sich nach den Worten der Staatsministerin "das Projekt der Kulturverträglichkeitsprüfung" bereits „mehrmals segensreich bewährt" hat?

9. Wie bewertet die Staatsministerin die Aussage des erfahrenen Kulturpolitikers und langjährigen Mitglieds des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes, Prof. Dr. Olaf Schwencke, dass "anders als in jeder nationalen Gesetzgebung (...) jede Entscheidung der EU einer so genannten Kultur-Verträglichkeitsklausel unterworfen" wird (Sächsische Zeitung vom 23. Januar 2004), und wie beurteilt die Bundesregierung die Überprüfung auf EU-Ebene?

10. Sind der Bundesregierung Überprüfungen auf die Kulturverträglichkeit bei Gesetzentwürfen oder anderen Initiativen in den Bundesländern bekannt, und wenn ja, wie beurteilt sie diese?

6. Kulturstiftung der Länder

a) Beteiligung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder

(Kleine Anfrage vom 27. Januar 2004; s. die Antwort der Bundesregierung vom 13. Februar 2004; Drs. 15/2523)

Die Kulturstiftung der Länder

(KSL) wurde 1987 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet und hat 1988 in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Der Stiftungszweck ist die Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur nationalen Ranges. Im Rahmen des so genannten Errichtungsabkommens, dem nach 1990 auch die Neuen Länder beitraten, beteiligen sich alle sechzehn Länder der Bundesrepublik Deutschland an der Finanzierung der Stiftung.

Im Rahmen des so genannten Mitwirkungsabkommens obliegt der Kulturstiftung die Förderung von überregional und international bedeutsamen Kunst- und Kulturvorhaben mit Mitteln des Bundes als eigene Aufgabe. In Wahrnehmung dieser Zielvorgabe betreut die Kulturstiftung unter anderem vier Fonds (Kunsthilfefonds, Literaturfonds, Fonds Soziokultur, Fonds Darstellende Künste), sowie die Förderung von insgesamt rund 30 Institutionen, Veranstaltungen und Initiativen.

Nach der nicht zustande gekommenen Fusion der Kulturstiftung der Länder mit der im Jahr 2002 gegründeten Kulturstiftung des Bundes (KSB) mit Sitz in Halle an der Saale hat die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte für Kultur und Medien das Mitwirkungsabkommen bei der Kulturstiftung der Länder gekündigt. Unmittelbar nach Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2004 wurden in der Kulturstiftung des Bundes Beschlüsse über die Bereitschaft zur Übernahme von Förderungen herbeigeführt, die Auswirkungen auf

den Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien bereits im Jahr 2004 haben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Auf welche Summe beläuft sich der Anteil des Bundes an der Kulturstiftung der Länder im Rahmen des Mitwirkungsabkommens?

2. Welche Institutionen, Veranstaltungen und Initiativen werden in welcher Höhe im Rahmen des Mitwirkungsabkommens durch den Bund finanziert?

3. Welche Förderungen von Institutionen, Veranstaltungen und Initiativen werden nach Ablauf des Mitwirkungsabkommens am 31. Dezember 2005 - und in welcher Höhe - der Kulturstiftung des Bundes zur Finanzierung aus dem Haushalt der KSB übertragen?

4. Wird die Kulturstiftung des Bundes im Zuge der Übertragung von Förderungen die bisher für die Kulturstiftung der Länder aufgewendeten oder andere zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, und wenn ja in welcher Höhe?

5. Zu welchem Zeitpunkt beginnt die Förderung derjenigen Institutionen, Veranstaltungen und Initiativen, zu deren Förderung der Stiftungsrat der KSB seine Bereitschaft bereits am 2. Dezember 2003 erklärt hat, aus Haushaltsmitteln der Kulturstiftung des Bundes?

6. Welche Institutionen, Veranstaltungen und Initiativen wird die Bundesregierung nach Ablauf des Mitwirkungsabkommens am 31. Dezember 2005 auch weiterhin - nicht über die

Kulturstiftung des Bundes - fördern und in welcher Höhe, welche nicht?

7. Welche Planungen bestehen bei der Bundesregierung hinsichtlich der durch die Übertragung von Förderungen an die Kulturstiftung des Bundes nach Ablauf des Mitwirkungsabkommens frei werdenden Mittel, und um Mittel in welcher Größenordnung handelt es sich?

b) Weiss streicht über 3,2 Mio. Euro im Kulturretat

(Erklärung von Günter Nooke, MdB, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Beteiligung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder; 12. März 2004)

Im Haushalt der Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragten für Kultur und Medien, Dr. Christina Weiss, werden schon in diesem Jahr und dauerhaft fast 3,3 Millionen Euro gekürzt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Union hervor. Es handelt sich dabei um die Mittel, mit denen der Bund - bislang über die Kulturstiftung der Länder - die documenta und die vier Kulturförderfonds finanziert hatte.

Diese Förderungen in Höhe von 3,273 Mio. Euro übernimmt schon 2004 die Kulturstiftung des Bundes - aus ihrem laufenden Etat. Weitere 2,3 Mio. Euro dürften dazukommen, wenn die Kündigung des Mitwirkungsabkommens durch den Bund an der Kulturstiftung der Länder rechtswirksam wird.

Dass Frau Weiss dieses Streichkonzert heimlich, still

und leise über die Bühne bringen wollte, wiegt noch schwerer als die Lücke im Etat. Die Politik der Staatsministerin ist nicht ehrlich und daher unglaublich unwürdig.

7. Soziale Lage

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage "Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der künstlerischen Berufe und des Kunstbetriebs in Deutschland"

a) Warten ist die hohe Kunst dieser Regierung

(Aus der Rede von Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"; 12. Februar 2004)

"der Berg kreite und - gebar eine Maus". Dieser Vers von Horaz drängt sich nach der Lektüre der Antwort der Bundesregierung auf.

Horaz war ein Satiriker. Die Satire ist reizvoll - an ihrem Platz. Die Politik sollte ihr keine Bühne geben. Genau das hat die Bundesregierung aber getan. Ihre Antworten sind durchweg kleine und an vielen - leider an zu vielen - Stellen keine.

So war gefragt nach den durchschnittlichen Einkommen angestellter Künstlerinnen und Künstler. (Frage 5) Antwort: "Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor." (Seite 6)

Gefragt war nach der derzeitigen Rentensituation bei selbstständigen Künstlerinnen und

Künstlern. (Frage 24 e) Antwort: "... liegen der Bundesregierung keine gesicherten Erkenntnisse vor." (Seite 17) (...) Nur die Begrenzung der Redezeit hindert mich daran, diese Aufzählung fortzuführen.

Eine Serie von Fehlanzeigen - dabei versteht die Bundesregierung es doch als ihre Aufgabe - ich zitiere: "... , die wirtschaftliche und soziale Lage im Kulturbereich zu beobachten". (Seite 2)

Beobachten wollen und sich dann mit der stereotypen Formel begnügen "Es liegen keine Erkenntnisse vor." Das ist Satire.

Denn diese Leerformeln sind kein einmaliger Kunstfehler im Programm, sie sind das Programm. Und dies bekennt die Bundesregierung auch offen:

Zweck der Anfrage war es, aussagekräftige Daten zur Kulturstatistik zu erhalten. Antwort der Bundesregierung - ich zitiere:

"Eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler hätte (...) umfassende Ermittlungen und Erhebungen erfordert."

Ja, richtig. Genau. Umfassende Ermittlungen und Erhebungen. Was, wenn nicht diese, waren denn Sinn und Zweck der ganzen Übung?

Offensichtlich hat die Bundesregierung nie an eine ernsthafte Beantwortung der Großen Anfrage gedacht. Anstrengungen hat sie dafür jedenfalls kaum unternommen.

So haben alle Experten auf dem Gebiet der Kulturstatistik im Rahmen eines öffentlichen

Hearings im Dezember erklärt, nicht von der Bundesregierung befragt worden zu sein.

Wer nicht fragt, erhält keine Antworten - und hat dann eben auch keine Erkenntnisse.

Verzeihung. Ein wenig hat die Bundesregierung ja gefragt. Bei der Wiedergabe der Antworten nimmt sie es dann aber nicht immer so genau.

So erklärt die Bundesregierung zur Entwicklung des deutschen Kunstmarktes im Vergleich zu den Märkten anderer Länder einmal mehr, dass keine Erkenntnisse vorliegen würden. (Frage 33 a, Seite 23).

Damit verschweigt sie die anderslautende Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Kunstverleger. Dieser weist expressis verbis auf Wettbewerbsvorteile u.a. in England, in der Schweiz, auf das massive Engagement der dortigen Politik hin.

Getreue Wiedergabe einer Antwort? Wohl nicht. Ebenso, wenn es um die Frage geht, wie deutschen Künstlern und Galerien der Zugang zum ausländischen Kunstmarkt erleichtert werde (Frage 50 b, Seite 30).

Die Bundesregierung deutet blumenreich eigene Initiativen an. Das hört sich beim Bundesverband Deutscher Kunstverleger vollkommen anders an - ich zitiere: "Derartige Initiativen gibt es bedauerlicherweise nicht."

Keine Antworten, nicht ganz wortgetreue. Oder ganz verblüffende Einsichten:

Gefragt war nach den Plänen zur Einrichtung von speziellen Berufsberatungsprogrammen

für Künstlerinnen und Künstler (Frage 22). Solche gibt es bei der Bundesagentur für Arbeit bislang nicht.

Nach dem Willen der Bundesregierung wird sich das auch künftig nicht ändern, weil sich derartige Programme - ich zitiere - "... einschränkend auf die berufliche Neuorientierung auswirken könnten". (Seite 15/6)

Alle Achtung! Nach der Erkenntnis der Bundesregierung steht also eine Berufsberatung durch die BA einer beruflichen Neuorientierung im Wege.

Meine Damen und Herren, das was uns hier von der Regierung geboten wird, kann nicht ernst gemeint sein -es kann auf keinen Fall ernst genommen werden.

Dazu passt auch der wiederholte Hinweis, im Übrigen erwarte die Bundesregierung mit Interesse die Erkenntnisse der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland". Sie weiß, dass der Bericht der Kommission erst in 2 Jahren vorliegen wird. Und er entlässt nicht aus eigener Verantwortung. Denn die mit der Beantwortung der Großen Anfrage sollte ja gerade eine Grundlage für die Arbeit der Kommission geschaffen werden. Aber daran zeigt sich einmal mehr, dass nicht Handeln, sondern Warten die hohe Kunst dieser Regierung ist.

Wenn der Bundesregierung die Kulturschaffenden und ihre Interessen wirklich ernst sind - alle Mitglieder der Enquetekommission "Kultur in Deutschland" sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit (...)

Denn wir stehen alle in der Pflicht, für eine nachhaltige Entwicklung von Kunst und Kultur in Deutschland Sorge zu tragen. Darum müssen wir uns gemeinsam und ernsthaft bemühen.

Die Bundesregierung wird dem jedenfalls mit ihrer Antwort nicht gerecht. Die Kritik an diesem Opus kann nicht besser als mit Marcel Reich-Ranicki auf den Punkt gebracht werden: "Vorhang zu, wir sind betroffen, und - alle Fragen offen!"

b) Belastungen von Künstlern, Schriftstellern, Galerien, Verlagen usw. steigen

(Aus der Rede von Renate Blank, MdB; 12. Februar 2004)

Unsere Anfrage zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der künstlerischen Berufe wurde doch deshalb gestellt, weil die soziale Lage der Mehrheit der Künstler in Deutschland in der Tat alarmierend ist. Der Ausdruck "brotlose Kunst", den man ja hier im Hause und in der Bevölkerung von der Arbeit der Bundesregierung immer öfter hat, erhält dabei eine ganz praktische Bedeutung. Wobei ich keinesfalls künstlerische Kreativität mit der Arbeit der Bundesregierung vergleichen möchte, denn dann würde ich allen Künstlern im Lande unrecht tun. Denn Kunst und Kultur sind interessant, was man von der Arbeit der Bundesregierung absolut nicht behaupten kann.

Eigentlich wären bei dem Thema "soziale Lage von Künstlern" SPD und Grüne mit ihrer Kulturstaatsministerin gefordert,

sich der wirtschaftlichen Belange der künstlerischen Berufe anzunehmen. Hier könnte doch die Staatsministerin mit neuen Ideen usw. punkten - aber Fehl-anzeige. Sie kümmert sich stattdessen lieber um die Präsentation der Sammlungen Flick und Newton und vernachlässigt dabei junge Künstlerinnen und Künstler!

Die Antworten der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage sind schon sehr enttäuschend. In der Einleitung betont die Bundesregierung zwar, dass sie die Lage der Kulturschaffenden kontinuierlich beobachtet und durch die Kulturverträglichkeitsprüfung sicherstellen will, dass sich Gesetzesvorhaben nicht nachteilig für den Kulturbereich auswirken - aber das ist auch schon alles.

Wenn man halt das Thema vernachlässigt, hat man keine Zahlen und Fakten. Außerdem vermisste ich die Bereitschaft, auf unsere Fragen einzugehen. Nur mit der Frage 20, Bereich Hochschulen, hat man sich lange befasst. Obwohl man keine Zuständigkeit hat, wurde trotzdem ausführlich geantwortet. Aber das ist typisch: keine Bundeszuständigkeit, aber immer den Versuch unternehmen, den Ländern in die Kulturhoheit hineinzureden. Das Ziel der Bundesregierung sollte doch sein, natürlich nur dort wo der Bund Zuständigkeiten besitzt, zeitgemäße Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Kunst- und Kultureinrichtungen erlauben, im Sinne der freien künstlerischen Gestaltung zu arbeiten.

Ein schlechtes Beispiel ist hier die Zusammenlegung der Berliner Balletteinrichtungen.

Es ist schon sehr erstaunlich, dass die Bundesregierung es auch entschieden ablehnt, die soziale Lage der Künstler durch Maßnahmen in der Sozialgesetzgebung zu verbessern. Die Jahreseinkommen der Künstler betragen rund 11.100 Euro. Demgegenüber verdienen andere in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte rund 29.000 Euro im Jahr. Viele Künstler haben schon während ihrer aktiven Berufszeit zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Als Rentner werden sie dann, wie die Bundesregierung bestätigt, auf die soziale Grundsicherung angewiesen sein. Zudem wird die Zahl der arbeitslosen Künstler immer größer (...)

Die wirtschaftliche Lage der Schriftsteller, Übersetzer, Autorinnen und Autoren sowie die Entwicklung des Buchmarktes wurde (...) vollkommen außen vor gelassen. Heute müssen sich doch auch bekannte Schriftsteller bei Verlagen anstellen, um für die Herausgabe ihrer Bücher zu kämpfen und müssen kleine und kleinste Startauflagen in Kauf nehmen. Wie schwierig ist es dann erst für einen Neuling in der Branche.

Ich erinnere die rot-grüne Bundesregierung in diesem Zusammenhang an ihre Zusage, Kultur einen neuen Stellenwert zu geben: Die Regierung Schröder ist mit dem Grundsatz angetreten, der Kultur in der Bundespolitik einen neuen Stellenwert zu geben. In der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998

wurden verschiedene Themenkomplexe genannt, in denen die Bundesregierung die Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur verbessern will. Davon war bislang wahrlich wenig zu spüren.

Auch im damals viel besprochenen Blair/Schröder-Papier, das ja längst wie so vieles anderes in ihrer Regierung groß angekündigt und dann im Papierkorb gelandet ist, ist die Rede davon, Kulturschaffende zu fördern. Momentan geschieht genau das Gegenteil. Die Belastungen von Künstlern, Schriftstellern, Galerien, Verlagen usw. steigen.

Man könnte es auch anders formulieren: Deutschland versteht sich zwar als Kulturnation, wir werben weltweit mit unserer kulturellen Vergangenheit, mit den großen Namen der großen Künstler, die hier gelebt haben, wir achten aber nicht darauf, dass diejenigen, die heute in unserem Land künstlerisch tätig sind, auch nur halbwegs ihr Auskommen finden. Uns genügt offenbar die große Geschichte - mit der muss man sich ja auch nicht mehr auseinandersetzen, die ist in ihrer Anerkennung weltweit gesichert.

Nachdenklich stimmen allerdings die boulevard-spektakulären TV-Demoskopien des ZDF vom vergangenen November. Sie standen unter der Frage: wer ist der beste Deutsche? Als geborene Nürnbergerin fiel mir dabei auf, dass Albrecht Dürer, der Weltkünstler der Renaissance, bei diesem Kulturevent

unter den 100 genannten Deutschen nur auf Platz 91 zu finden war. Die Boulevard-Jury der Deutschen repräsentierte das klägliche Niveau der an der Auswahl beteiligten Fernsehkonsumenten. Diese hielten Beate Uhse und Dieter Bohlen für bedeutsamer und besser als den Meister der Apokalypse und der Aposteltafeln. Hier wäre die Kulturstaatsministerin dringend gefordert, um Kunst und Kultur unter die Leute zu bringen.

Übrigens: Trotz der gleichen Startbedingungen, was die "Spielregeln des Kunstmarkts" angeht, stehen jedoch Künstlerinnen im Unterschied zu ihren Kollegen sehr schnell schlechter da. Weshalb können sich Künstlerinnen schlechter auf dem Kunstmarkt platzieren als ihre männlichen Kollegen? Die Gründe hierfür zu erforschen, wäre Aufgabe der Ministerin in Zusammenarbeit mit der Bundesfrauenministerin.

Kunst braucht aber auch Gunst - die Gunst des Publikums und die Gunst der Förderer! Was wäre die reiche kulturelle Landschaft Deutschlands ohne die großzügigen Sponsoren überall im Land? Privates Mäzenatentum war zu allen Zeiten Lebensquell und finanzieller Rückhalt von Kunst und Kultur. Das bedeutet jedoch nicht, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlasten. Wir brauchen beides: staatliches und privates Engagement. Der Kern der Verantwortung muss jedoch weiterhin beim Staat liegen. Kulturförderung ist in erster Linie Aufgabe des Staates.

Kunst und Kultur sind mehr als nur "weiche Standortfaktoren". Sie sind mehr als nur Kulissen unseres Lebens. Kunst und Kultur bestimmen maßgeblich unsere Sozialisation und als Folge das Klima unseres sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Unsere Gesellschaft braucht den schöpferischen Geist der Künstler.

Jetzt muss sich erweisen, ob die Bundesregierung es wirklich ernst meint mit dem neuen Stellenwert von Kultur in der Bundespolitik. Kulturpolitik ist mehr als die direkte Kulturförderung, die in der Verantwortung der Staatsministerin liegt. Kulturpolitik wird in entscheidendem Maße auch vom Finanzminister und vom Wirtschafts- und Arbeitsminister gemacht.

Fördern wir also unsere kreativen Künstlerinnen und Künstler, denn Kunst und Kultur sind keine Zutat, sondern der Sauerstoff einer Nation!

*Information: Günter Nooke, MdB,
Sprecher für Kultur und Medien der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
e-mail: guenter.nooke@bundestag.de*

Aus den Ländern

Bayern

Ziel: Kunst fördern und die Vielfalt der Kultur in Bayern pflegen
Aktivitäten und Erfolge:
(Rückblick der CSU-Fraktion)

Die CSU-Fraktion hat über die ganze Legislaturperiode zum Ausdruck gebracht, dass Kunst und Kultur wesentliche Faktoren für die Identität unseres Landes sind. Sie sind Standortfaktoren für den Wirtschaftsstandort Bayern und gewinnen in Zeiten raschen Wandels zunehmend an Bedeutung. Orchester und Theater von Weltrang haben in Bayern ihre Heimat. Für seine Schlösser und Museen ist der Freistaat weit über seine Grenzen bekannt. Im Vergleich zu anderen Ländern gibt der Freistaat am meisten Mittel für Kunst und Kultur aus - jährlich etwa 545 Mio. Euro. Das sind ca. 1,6 % des Staatshaushalts.

Bayern ist geprägt von einer einzigartigen kulturgeschichtlichen Vielfalt in seinen Landesteilen. Der Verfassungssatz "Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat" wurde von der Fraktion konkret mit Leben erfüllt. Dies beweisen die Förderung von Bibliotheken, Archiven, Denkmalschutz, Theatern, Museen, Kunst- und Musikhochschulen und zahlreiche weitere Einrichtungen der Kulturpflege im ganzen Land.

- Aufgrund eines Dringlichkeitsantrags der Fraktion (Land-

tagsbeschluss Februar 2003) hat die Staatsregierung einen umfassenden und umfangreichen Bericht über Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns abgegeben. Das Konzept soll weiter verfolgt und die Bemühungen um Ausleihe bzw. Austausch von Exponaten und Depotbeständen verstärkt werden.

Die aus Mitteln der Offensive Zukunft Bayern errichteten neuen Museen in Nürnberg und in Schweinfurt, die Einrichtung von über 40 Zweigmuseen und -galerien der staatlichen Museen und Sammlungen (12 in Franken, 11 in Schwaben, 3 in der Oberpfalz, 6 in Niederbayern und 9 in Oberbayern), 45 Schlösser, Burgen und Residenzen der Bayerischen Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen und insbesondere die Landesausstellungen in Kulmbach oder Bamberg waren äußerst erfolgreich.

- Aus der Offensive Zukunft Bayern flossen über den regulären Haushalt hinaus seit 1994 Privatisierungserlöse in Höhe von rund 188 Mio. Euro in die Museen Bayerns. Die Neubauten für das "Neue Museum - Staatliches Museum für Kunst und Design" in Nürnberg, die Pinakothek der Moderne in München, das Museum der Phantasie in Bernried oder das Museum für die Sammlung Schäfer in Schweinfurt sind bundesweit einmalig. Mit rund 1100 Museen hat der Freistaat Bayern eine der reichsten Museumslandschaften Europas und liegt bundesweit mit ca. 20 Mio. Besuchern an der Spitze. Die Fraktion hat sich für diese Projekte

eingesetzt und sie begleitet. Ziel ist, das Interesse an unseren Museen und Ausstellungen zu wecken und damit auch die Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur zu fördern. Im Rahmen von zwei Anträgen wurde daher freier Eintritt in staatlichen Museen und Sammlungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Landtagsbeschluss Mai 2003) und für Kunststudenten (Landtagsbeschluss Mai 2003) gefordert. Weiteres Anliegen ist die Stärkung der Museumspädagogik.

- Der aus Privatisierungserlösen eingerichtete Kulturfonds ermöglicht jährlich die Förderung von Kulturinvestitionen und Projekten in ganz Bayern.

- In einer Anhörung am 15. Mai 2003 hat sich die Fraktion intensiv mit dem schulischen und außerschulischen Musikleben in Bayern befasst. Über die Anhörung wurde eine Dokumentation erstellt:

Im Bereich der Musik fördert der Freistaat mit Unterstützung der Fraktion Veranstaltungen, musikalische Ausbildung auf allen Ebenen von den Sing- und Musikschulen bis zu den Musikhochschulen, Musikwissenschaft und Laienmusik. Er unterstützt die nichtstaatlichen Orchester wie die Bamberger Symphoniker, die Nürnberger Symphoniker, die Hofer Symphoniker, das Philharmonische Orchester Bad Reichenhall, das Kammerorchester Schloss Werneck, die Münchner Symphoniker. Als erstes Land hat Bayern 1978 einen Bayerischen Musikplan zur Fortentwicklung des Mu-

siklebens herausgegeben, der inzwischen Vorbild für fast alle Länder ist.

Auf Initiative der Fraktion konnten die staatlichen Zuschüsse für die allgemeine Musikpflege von 4,1 Mio. Euro 1978 auf etwa 34 Mio. Euro im Jahr 2002 gesteigert werden. Die neue Musikakademie in Alteglofsheim mit einem Investitionsvolumen von 28 Mio. Euro hat im Herbst 2000 ihren Betrieb aufgenommen.

Weitere wichtige Ergebnisse der Arbeit der Fraktion im Bereich der Musikpflege waren unter anderem die Gründung der Musikhochschule Nürnberg-Augsburg, die Förderung der nichtstaatlichen Orchester, insbesondere die Unterstützung der Bamberger Symphoniker und der Bayreuther Festspiele nach dem Rückzug des Bundes aus der Förderung (Landtagsbeschluss Juni 1999) und die Erhöhung der Fördermittel für die Sing- und Musikschulen im Haushalt 2003/2004.

- Mit Fragen des Denkmalschutzes hat sich die Fraktion intensiv im Rahmen ihrer Interpellation zum Denkmalschutz (Interpellation Mai 2000) auseinandergesetzt. Wichtigstes Ziel war die Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Denkmalpflege in Bayern. Auch in mehreren Anträgen wurden Fragen des Denkmalschutzes aufgegriffen, etwa das Problem der Nutzung von Metalldetektoren (Landtagsbeschluss Oktober 2002) durch Hobby-Sondengänger, die Schätze suchen und dabei Boddendenkmäler zerstören.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes (Landtagsbeschluss Juli 2003) wurden im wesentlichen Änderungen im Bereich der Baudenkmalpflege vorgenommen: U.a. wurde bei der Behandlung von Veränderungen im Ensemblebereich das denkmalschutzrechtliche Erlaubnisverfahren gelockert, Verfahrensbestimmungen des DSchG wurden mit denen des Baurechts harmonisiert.

- Neben den staatlichen Theatern war auch die Förderung der zahlreichen nichtstaatlichen Theater, freien Theatergruppen, Festivals etc. Anliegen der Fraktion, die hier in den Haushaltsberatungen Akzente gesetzt hat. Auf Initiative der Fraktion hat sich der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur in einer Anhörung ausführlich mit der Lage der nichtstaatlichen Theater befasst (März 2001).

Zu den Erfolgen der Fraktionsarbeit zählt auch die Wiedereinführung der Investitionsförderung für kommunale Theater im Rahmen der Reform des kommunalen Finanzausgleichs (Landtagsbeschluss April 2003).

- Auch zeitgenössische Kunst und künstlerischer Nachwuchs wurden besonders gefördert. Zu erwähnen sind das Atelierförderprogramm und die Förderpreise für junge Nachwuchskünstler.

*Information: Dr. Ludwig Spänle,
Kulturpolitischer Sprecher
der CSU-Fraktion im Landtag Bayern
Tel.: (089) 412 62 537;
e-mail: ludwig.spaele@t-online.de*

Bremen

Bericht der CDU-Fraktion

Kulturpolitik bedeutet viel mehr als die bloße Pflege der bestehenden Kultureinrichtungen. Ein lebendiges und vielfältiges kulturelles Angebot unterstreicht nicht nur Bremens Funktion als "Oberzentrum" im Nordwesten der Bundesrepublik, sondern ist zudem ein nicht zu unterschätzender Imagefaktor für das kleinste Bundesland. Die CDU-Fraktion will der Kulturlandschaft in Bremen und Bremerhaven die gesellschaftliche Anerkennung geben, die sie für ihre wertvolle Arbeit verdient und den finanziellen Rahmen für eine auch in Zukunft lebendige, kreative und attraktive Kulturlandschaft ermöglichen.
(...)

Kulturmeile

Die weitere Aufwertung der Kulturmeile in der Bremer Innenstadt geht voran. Von der Glocke über die Kunsthalle bis hin zum gerade in der Modernisierung befindlichen Goethe-Theater reicht das Angebot. Hinzukommen wird noch die Zentralbibliothek im Polizeihaus Am Wall.

Sanierung von Kultureinrichtungen

Viele Kultureinrichtungen sind bereits modernisiert worden und bieten den Besuchern aus Bremen und dem Umland ein zeitgemäßes Ambiente. Gearbeitet wird am Goethe-Theater und im Übersee-Museum. Das Focke-Museum ist bereits fertiggestellt. Auch die Kunsthalle ist modernisiert worden. Zuletzt wurden

dort bauliche Maßnahmen im Rahmen der Van-Gogh-Ausstellung finanziert.

Planungssicherheit für die Kulturschaffenden

Von großer Bedeutung für alle kulturellen Bereiche ist die finanzielle Absicherung und politische Verlässlichkeit. Mit der Haushaltsgesetzgebung 2002/2003 wurde die erforderliche Planungssicherheit für die Kulturtreibenden gewährleistet.

Kulturangebot in Bremerhaven

Vieles ist von Bremen auch auf Bremerhaven anwendbar - wobei gerade in Bremerhaven die Einbeziehung des maritimen Flairs den besonderen Reiz ausmacht. Mit der Sanierung des Stadttheaters und der Instandsetzung des Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven kann die Seestadt ihre Aufgaben als überregionales, kulturelles Zentrum wahrnehmen.

Privatisierung in der Kultur

Die CDU-Fraktion beschreitet auch innovative Wege, wenn es darum geht, die Kultur für unser Bundesland "fit für die Zukunft" zu machen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Privatisierung des Philharmonischen Staatsorchesters. Bremen ist das einzige Bundesland, in dem es gelungen ist, ein Staatsorchester zu privatisieren. Das Orchester hat nun eine flexiblere Grundlage, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Chorolympiade

Wir freuen uns, dass Bremen im Jahr 2004 die Chorolympiade

ausrichten kann, zu der ca. 100.000 Besucher und 20.000 Teilnehmer erwartet werden.

Bewerbung zur Kulturhauptstadt

Bremen wird sich für die Ausrichtung der "Kulturhauptstadt" im Jahr 2010 bewerben. Das Vorhaben bedeutet für die Bremer Kulturszene eine große Chance und ist Ansporn für die Kultureinrichtungen zugleich. Zur Zeit wird an den Bewerbungsunterlagen gearbeitet, damit Bremen sich bei der Abgabe im Frühjahr 2004 optimal präsentieren kann. Dabei sollen alle Kulturverantwortlichen aus Bremen, Bremerhaven und dem Umland einbezogen werden.

Hilfe zur Selbsthilfe

Ziel der CDU-Fraktion ist es, Kultureinrichtungen so auszurichten, dass auch Gewinne erzielt werden können. Mit Unterstützung der kulturmanagement bremen GmbH (kmb) sollen strukturelle Veränderungen, zusätzliche Investitionen und steigende Einnahmen durch ein publikumswirksames Programm ermöglicht werden. Eine solche Umstrukturierung hat zum Beispiel das Bremer Waldau Theater wieder auf ein solides finanzielles Fundament gestellt.

Synergien suchen und nutzen

Die CDU-Fraktion setzt sich für institutionelle und regionale Zusammenlegungen und Nutzungen ein. Durch die Schaffung von gemeinsamen Funktionen und Zuständigkeiten könnten Sparten und Kategorien von gleichartigen kulturellen Einrichtungen oder Institutionen

vielfältige Synergieeffekte erzielen. Das bedeutet nicht die Einsparung der Einrichtungen, sondern vielmehr die Optimierung der Verwaltungsabläufe zu Gunsten des Erhalts der kulturellen Vielfalt. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist die Zusammenführung verschiedener Einrichtungen im Schwankhallen-Bereich.

Information:
Sigrid Koestermann MdB,
Kulturpolitische Sprecherin der
CDU-Fraktion in der Bremer
Bürgerschaft
e-mail: sikoe@web.de

Niedersachsen

Attraktivität einiger Museen in Niedersachsen deutlich steigern

“Niedersachsen ist reich an vielen kulturellen Schätzen in allen Landesteilen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese wieder mehr zur Geltung kommen. Denn Aufgabe der Kulturpolitik ist eben auch, möglichst vielen Kultur näher zu bringen”, so die Kulturexpertin der CDU-Landtagsfraktion, Britta Siebert. Museen seien nicht nur ein Ort der Bewahrung unseres kulturellen Erbes, sondern immer auch Dienstleistungseinrichtungen, die vom steuerzahlenden Bürger finanziert und damit einem Legitimationsdruck ausgesetzt seien. Die CDU-Kulturexpertin weiter: “Zahlreiche Beispiele in Niedersachsen zeigen, wie attraktiv Museen gestaltet werden können und dies durch ein Anstieg der Besucherzahlen entsprechend dokumentiert wird.” Konstruktive Kritik schade nicht, sondern

sei der Ausgangspunkt für Verbesserungen: “13 Jahre SPD-Regierung sind das einzige, was den Museen wirklich geschadet hat”, so Britta Siebert (12. März 2004).

*Information: Katrin Trost, MdL,
Kulturpolitische Sprecherin
der CDU-Fraktion im Landtag
Niedersachsen,
Tel. (0511)30 30 4103;
e-mail: trost-os@t-online.de*

Rheinland-Pfalz

Kulturstiftungen

Die CDU-Fraktion sieht die Kulturstiftungen des Landes als ein wichtiges Instrumentarium zur Förderung von Kunst und Kultur in Rheinland-Pfalz an. Dieses gilt es zu stärken und auszubauen. Gerade deshalb müssen die vom Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz bei seiner Prüfung der Kulturstiftungen aufgedeckten und im Jahresbericht 2001 dargelegten Mängel von der Landesregierung beseitigt werden. Wir haben die Landesregierung daher mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, der Kritik des Landesrechnungshofes Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass Erhöhungen des Stiftungskapitals entsprechend den Regelungen der Landeshaushaltsordnung erfolgen und somit als solche für den Haushaltsgesetzgeber und die Öffentlichkeit transparent und damit nachvollziehbar gemacht werden, die Aufgaben der Kulturstiftungen und der Landesverwaltung klar voneinander abgegrenzt und Einzelmaßnahmen besser aufeinander abgestimmt, die Vorstands- und Aufsichts-

funktion durchgängig voneinander getrennt und die Kontrollmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung des Parlaments gestärkt und verbessert werden. Dieser Antrag wurde von den Mehrheitsfraktionen im Landtag abgelehnt.

(Entschließungsantrag der CDU-Fraktion “Konsequenzen aus dem Bericht des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz zu Mängeln im Bereich der Kulturstiftungen ziehen”, Drs. 14/830 vom 7. März 2002).

Kulturwirtschaftsbericht notwendig

Bereits seit Beginn der 90er Jahre werden in Nordrhein-Westfalen seitens der dortigen Landesregierung Forschungsaufträge vergeben, die eine systematische Untersuchung der verschiedensten Aspekte der Kulturwirtschaft zum Inhalt haben. Inzwischen liegen dort mehrere “Kulturwirtschaftsberichte” vor, die eine klare Standortbestimmung der Kulturwirtschaft als Basis für neue Strategien und Handlungsempfehlungen zur Förderung und Stärkung von Kultur, Kulturwirtschaft, Wirtschaft und Beschäftigung ermöglichen. Andere Bundesländer sind diesem Beispiel gefolgt und haben hierfür auch eine Förderung durch die Europäische Kommission erhalten. Aus Sicht der CDU-Fraktion liegen in der Kulturwirtschaft erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist daher notwendig, sich mit diesem Feld unter dem Aspekt der Ausschöpfung regionaler Potenziale, als Standortfaktor für andere Wirtschaftsbereiche, und als Quelle zukünftiger Arbeits-

plätze - insbesondere auch im Zusammenhang mit der Tourismuswirtschaft - intensiv zu befassen. Wir haben diese Frage daher mehrfach gegenüber der Landesregierung thematisiert und damit an die Ergebnisse unserer Großen Anfrage "Kunst und Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor und ihre Bedeutung als Impulsgeber für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz" aus der 13. Wahlperiode angeknüpft. Da die Landesregierung dieses Thema trotz aller Bemühungen der CDU-Fraktion nur sehr zurückhaltend und verzögernd behandelt, werden wir diesbezüglich auch künftig initiativ werden.

Kunst in der CDU-Landtagsfraktion

Nach der sehr erfolgreichen Ausstellung des Neustadter Künstlers Norbert Mayer im Jahr 2001 haben wir die Geschäftsstelle der CDU-Landtagsfraktion auch im Jahr 2002 zu einem Raum gemacht, in dem Kunst für die Öffentlichkeit zu sehen ist. Vom 28. August bis zum 25. September 2002 wurden Werke der "Gruppe 2000" aus dem Kreis Altenkirchen gezeigt, die der Kunsthistoriker Peter Lübben als ein Kompendium der wichtigsten Entwicklungsstufen der Kunst des 20. Jahrhunderts bezeichnete.

Die "Gruppe 2000" repräsentiert verschiedenste Ausprägungen zeitgenössischer Kunst und führt unterschiedlichste Themen, Techniken und Stilrichtungen zu einem spannungsgeladenen Ganzen zusammen. Bronzen und Arbeiten aus Polyester, Frottagen und Aquarelle,

Acrylmalerei und Collagen sowie Montagen, die in den Raum hineinragen, fügen sich zu einer Synthese moderner Kunst und vermitteln dem Betrachter einen Begriff von Kunst, ihrer Möglichkeiten und Aktualität.

Neben der von Norbert Mayer freundlicherweise zur Verfügung gestellten Dauerausstellung, sollen auch künftig wechselnde Ausstellungen in den Räumlichkeiten der CDU-Landtagsfraktion stattfinden.

Information: Lutz Frisch, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Tel. (06321) 8 06 70

Sachsen-Anhalt

Kultursenat: Sachsen-Anhalt braucht Köpfe die wirken und werben

Als "Chance für einen Quantensprung in der Kulturpolitik Sachsen-Anhalts" hat der stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Reiner Schomburg, den Beschluss des Landtages, einen Kultursenat in Sachsen-Anhalt zu errichten, bezeichnet. Nun müsse mit der Zusammenstellung eines attraktiven Personaltableaus der nächste Schritt gemacht werden.

"Der Erfolg des Kultursenats wird zu einem großen Teil von der Auswahl geeigneter Mitglieder abhängen. Dies hat das Beispiel Sachsen gezeigt, wo es schon seit Jahren einen Kultursenat gibt. Es müssen unabhängige Persönlichkeiten gefunden werden, die um das Zusammenspiel von Kultur, Politik und Wirtschaft wissen. Wir brauchen

Köpfe, die für das Kulturland Sachsen-Anhalt nach außen werben und nach innen wirken. Anders als in Sachsen sollen deshalb in Sachsen-Anhalt auch Fachleute aus anderen Bundesländern für den Kultursenat gewonnen werden.

Der Kultursenat soll dazu beitragen, Sachsen-Anhalt bundesweit ein positiveres Image zu verschaffen. Wir erwarten einen enormen Zugewinn an unabhängigem Rat und Sachverstand.

In Sachsen hat es sich bewährt, dass die Mitglieder ihre Nachfolger selbst auswählen und deshalb keine Verpflichtungen gegenüber der Politik bestehen. Mittlerweile gilt es im Freistaat als besondere Ehre, in den Kultursenat berufen zu werden.

Gerade in finanziell schwierigen Zeiten kann das angesehene Expertengremium die notwendigen Spardiskussionen sachlichen und der Kultur eine gewichtige Stimme geben. Die Leitlinien der Kulturpolitik können einmal jenseits der Verbandsinteressen diskutiert werden. Besonders beeindruckt bin ich davon, dass es dem sächsischen Kultursenat gelungen ist, das ehrenamtliche Engagement der Bürger zu steigern", sagte Schomburg.

Information: Reiner Schomburg, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Tel. (0391) 5 60 21 02, e-mail: Reiner.Schomburg@t-online.de

Thüringen

Kulturelle Vielfalt bewahren (Rückblick der CDU-Landtagsfraktion)

Diesem Ziel hat sich die CDU-

Fraktion in der Vergangenheit intensiv gewidmet. Thüringen verfügt über eine reichhaltige Theater- und Orchesterlandschaft, die den Freistaat über seine Grenzen hinaus für Kunstinteressierte attraktiv macht. Die CDU-Fraktion hat sich stets für den Erhalt dieser Vielfalt eingesetzt. Den Abschluss der mittelfristigen Verträge des Freistaates mit Theatern und Orchestern, die diesen klare Rahmenbedingungen gewähren, haben wir aktiv unterstützt. Thüringen verfügt damit auch weiterhin über die deutschlandweit höchste Kulturförderung.

Am 15. Mai 2004 wurde in Sondershausen die 2. Thüringer Landesausstellung unter dem Motto "Neu entdeckt - Thüringen, Land der Residenzen" eröffnet, die den Wurzeln des heutigen Thüringen in seinen zahlreichen Residenzen nachspüren

und Verbindungslinien offen legen wird. Damit empfiehlt sich ein Besuch nicht nur Thüringern und Touristen von nah und fern, sondern auch Schülern und Erwachsenenbildnern.

In dieser Legislaturperiode gelang es der Landesregierung, sich mit den Thüringer Fürstenhäusern in strittigen Eigentumsfragen gütlich zu einigen. In intensiven, komplizierten Verhandlungen konnte Rechtssicherheit erzielt werden. Damit ist sichergestellt, dass einzigartige Kulturgüter der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich gemacht werden können.

Am 25. November 2003 fand in der Weimarer Bauhaus-Universität im Rahmen der auswärtigen Fraktionssitzung ein Forum zum Thema "Kultur und Wissenschaft in der Mitte Thüringens" statt. Podiumsteilneh-

mer waren Prof. Dr. phil. Walter Bauer-Wabnegg (Rektor der Bauhaus-Universität Weimar), Hellmut Seemann (Präsident der Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen), Prof. Dr. Ing. habil. Dagmar Schipanski (Thüringer Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst), Jörg Schwäblein, MdL (Sprecher des Arbeitskreises für Wissenschaft, Forschung und Kunst), Prof. Dr. Jens Goebel, MdL (Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst), Prof. Dr. Volkhard Knigge (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora) und Dr. Felix Leibrock (Stadtkulturdirektor Weimar).

*Information: Jörg Schwäblein, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Thüringen
Tel.: (0361) 377 22 50;
e-mail: schwaeblein@cdu-thueringen*

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum November 2003 bis Mai 2004

Deutschland Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Dass die Deutschen gerne über sich jammern, ist alltägliche Erfahrung. So erklärte etwa der Deutsche Kulturrat: "2003 war kein gutes Jahr für die Bundeskulturpolitik" (FAZ, 30.12.2004): Fusion Bundeskulturstiftung – Kulturstiftung der Länder im zweiten Anlauf gescheitert, Auslaufen des Investitionspro-

gramms "Kultur in den neuen Ländern" und des Denkmalschutzprogramms: "Dach und Fach". Positiv immerhin: die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" und das Scheitern der GATS-Verhandlungen. Aber es wird sicher nicht besser, die Kultursubventionen gehen weiter zurück: der Arbeitskreis Kulturstatistik prognostiziert, dass bis 2007 die Kulturausgaben von derzeit 8,9 auf 7,48 Euro sinken werden. (Das Parlament, 29.12.

2003). Dennoch rät die SZ vom 2. Januar 2004 zu mehr Realitätssinn: "Wer dem Greinen der Kultursachverwalter zuhört, der weiß: das Ende ist nahe. Und danach wird alles noch schlimmer. Man kann es nicht hören." Worüber man freilich immer wieder reden muss, ist, was eigentlich Kunst und Kultur ist, und diese Frage bleibt natürlich wie auch früher auch nur durch die Vielfalt dessen beantwortbar, was sich darunter so alles prä-

sentiert. Daher auch hier wieder die übliche Tour d' horizon durch das vergangene halbe Jahr. Es gab den Skandal, nicht nur in Kreuzberg, sondern auch in Stockholm: dort fand der Israelische Botschafter Zvi Mazel an einer Installation, die eine palästinensische Selbstmordattentäterin zeigte, keinen rechten Gefallen. Er zog den Stecker der Scheinwerfer heraus und warf einen ins Wasser. Dazu Israels Premier Ariel Sharon: "Ich habe ihm dafür gedankt, dass er gegen einen zunehmenden Antisemitismus aufgestanden ist. Ich habe ihm gesagt, dass die Regierung hinter seinem Handeln steht" (WELT vom 19.01.2004).

Es gibt natürlich Themen, die so kommen, aber letztlich desinteressant bleiben: ob etwa die Love Parade in Berlin bleibt oder nicht, Martin Walser den Verlag wechselt (zu Rowohlt, s. auch den Kommentar von Tilman Krause in der WELT, 28.02.2004; Spiegel, 11/2004).

Gleiches gilt für die Frage, ob "Die Wölfe" in Erlangen die ganze Aufregung wert war (s. den Rückblick in der FAZ vom 18.11.2003) oder ob und in wie weit Nabokovs Roman "Lolita" bereits einen Vorgänger hatte in der Erzählung von Heinz von Lichberg "Lolita" (1916), die die FAZ vom 19.03.2004 abdruckt ("Nabokov ist sicher besser").

Oder ob der neue "Harry Potter" gar jugendgefährdend sein soll: Lt. Münchener Jugendamt soll "Harry Potter und der Orden des Phönix" ein Brutalobuch sein und rufe bei jungen Lesern schlimmste Ängste hervor (Fokus 48/2003); Kardinal Josef

Ratzinger hat vor der "subtilen Verführung" durch Harry Potter gewarnt, "die unmerklich und gerade dadurch tief wirken und das Christentum in seiner Seele zersetzen kann" (WELT, 12.11.2003).

Ob man zudem noch wie der Bürgermeister von Dieter Bohlen Heimatgemeinde Tötensen, Werner Stemmann, ein "Dieter-Bohlen-Haus" als Kulturbegegnungsstätte brauche, sei ebenfalls dahin gestellt (Fokus, 48/2003).

Dabei darf natürlich auch Günter Grass nicht fehlen und sein Vorschlag, doch eine Lübecker Kirche zu einer Moschee umzuwidmen. "Man könnte doch das Günter Grass Haus zur Moschee machen", so Bischof Hans Christian Knuth zum neuesten Einfall des Nobelpreisträgers.

Dazu der Spiegel 8/2004: "Günter Grass ist nicht nur Schriftsteller, sondern auch gern hinter und vor etwas, ohne genau zu wissen, worum es dabei eigentlich geht. Ob Waldsterben oder Weltfrieden, Ozonloch oder Osterweiterung, Globalisierung oder Grundrechte – es gibt nichts hierzulande, das in der Lübecker Ein-Mann-Lichterkette unbehelligt diskutiert werden kann. Vor seiner Solidarität ist keiner sicher."

Wichtiger ist schon die Diskussion, ob Gunther von Hagens plastinierte Leichen Kunst und Kultur sind; er soll Hingerichtete aus China bezogen haben; WELT, 07.11.2003; FAZ vom 20.01.2004: "Viel zu lange hat man hierzulande das Geschäft

mit den Toten zugelassen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass unter dem unverfänglichen Titel der Kunst alles Mögliche auch zu dulden ist. Aber diese Gesellschaft braucht den Mut, den Frevel beim Namen zu nennen. Sie braucht die Energie und das Selbstbewusstsein etwas oder jemanden auszuschließen. In diesem Fall Gunther van Hagens. Sonst wird man eines Tages die Lampenschirme von Buchenwald ausstellen und ein 8-jähriges Mädchen wird ins Gästebuch schreiben, dass sie bisher gar nicht gewusst habe, wie die menschliche Haut aussieht." (s. auch FAZ, 21.01.2004).

Oder ob man Hitlers "Mein Kampf" in Deutschland straffrei vertreiben dürfte (Rafael Seligmann ist dafür, Michel Friedman dagegen). Manches bleibt uns auch weiterhin erhalten, so das Thema "Bücher vor Gericht"; s. die Berichte in der FAS vom 23.11.2003: "Verbot macht erfinderisch"; Fokus 49/2003: "Eine neue Geschäftsidee: wie Anwälte Verlage und Buchhandlungen abzocken." Und erwartungsgemäß geht der Streit um Maxim Billers "Esra" in die nächste Runde. Bisher ist er auch in einer entschärften Fassung verboten. Das hat das Oberlandesgericht München am 6. April 2004 beschlossen. Kiepenheuer & Witsch will jetzt vor den Bundesgerichtshof ziehen (WELT, 10.04.2004).

Immerhin sind zwei neue Stücke zu vermelden, die im Vorfeld unheimlich Furore machten und sich hinterher als überflüssig erwiesen: Rolf Hoch-

huths Theaterstück "McKinsey kommt", dazu die Kritik im Spiegel 7/2004: "Für Aufregung sorgt vor allem ein sprödes Sonett im Laufe des ersten Aktes, in dem es um einen möglichen Mord an Joseph Ackermann geht, dem Vorstandschef der Deutschen Bank – unter seiner Ägide hat das Unternehmen etliche Arbeitsplätze eingesparrt."

Und das Stück "Die zehn Gebote" in Bremen, dazu die WELT vom 20. Dezember 2003: "Dabei kam in Bremen doch nur ein Konzept unter die Räder, das in Geschmacklosigkeit bereits einen künstlerischen Wert erkennen will. Die Zeiten haben sich offensichtlich geändert." (vgl. auch SZ, 20.12.2003); die WELT vom 24. Januar 2004: "Das von allem sakralen akribisch entblößte Innere des protestantisch weißgekalkten Gotteshauses mit der Aura einer Turnhalle wurde nicht geschändet. Alles jugendfrei. Leider ist man versucht zu sagen: Denn was sich da als politische Provokation, avantgardistische Tabuverletzung oder suggestiver Zwang zur moralischen Reflexion lauthals in Szene setzte, entpuppte sich schlicht als Verletzung eines Gebotes der etwas anderen Art: 'Du sollst dich im Theater nicht langweilen!' Was wir nämlich zu sehen kriegen ist nichts weiter als simples Stadttheater."

Wobei die Promotion auf den Trend "Pornographie und Kultur" verwies, das diesmal in verschiedenen Facetten die Feuilletons beflügelte. Angesichts der darstellerischen Vergangenheit

von Sibel Kekilli, der Hauptdarstellerin des mit dem Goldenen Bären ausgezeichneten Films "Gegen die Wand", war zu erwarten, dass das zur entsprechenden Betrachtung führen würde. Zumal die Herstellungsfirma Magnafilm dazu eine Sonderedition angekündigt hat.

Die SZ vom 21.02.2004 konstatiert, dass sich zwischen dem geschichtsträchtigen Verhältnis von Kunst und Pornographie einiges verändert habe. Pornographie sei nicht mehr ein Paralleluniversum, sie habe das Ghetto verlassen und behaupte sich als selbstbewusste Dienstleistungsbranche. Am weitesten sei die Pornographie in Frankreich in den Mainstream eingesickert. "Hier zapft die Kunst, die sich in ihrer Geschichte so oft gegen den Verdacht der Pornographie zur Wehr setzen musste, bereits seit einigen Jahren die Hardcoreiconographie an. Es ist als wollten beide Sphären ihre Seelen tauschen."

Daher ist natürlich auch nicht verwunderlich, dass auch der "Kulturspiegel" 2/2004 sich ebenfalls dem Thema "Hautnah" widmet. Darstellt Juli Zeh: "'Sex sells' denkt der Markt mit Seitenblick auf leere Theaterkassen, übervolle Büchertische und ganze Jahreszeiten übergreifendes Sommerloch der Inhalte und Ideen. Und macht nach, was die Werbung schon seit Ewigkeiten vormacht. Mit Hintern, Brust und Keule kann man sogar Rentenversicherungen verkaufen. Warum also nicht Garnichts?"

Das gilt auch für Thor Kunkels Roman "Endstufe", der blendend promotet wurde, zumal der

Zusammenhang von NS und Pornofilm bislang noch nicht in den Blick gekommen war: Zuerst hat Rowohlt zurückgezogen, dann hat es Eichborn übernommen (siehe auch die Kritik im Spiegel 7/2004), und jetzt wurde sogar kolportiert, die infragestehenden Filme seien gar nicht im 3. Reich produziert worden, sondern Nachkriegsware, was die Sache noch pikanter machen würde (WELT, 17.04.2004).

"Ein Ekelreigen" meint jedenfalls die SZ vom 3. April 2004. Und das Buch sei "keine Geschmackssache". Und schließlich: ob man im Kunstraum Kreuzberg eine Pädophilieschau gezeigt hat oder nicht, das trägt auch noch einmal zur Frage bei, wo die Grenzen von Kunst und Kultur eigentlich liegen (siehe SZ vom 10.04.2004 und Frankfurter Rundschau ebenfalls vom 10.04.2004).

Wichtigere Kulturereignisse waren jedoch zwei Filme: "Luther", der im Oktober 2003 groß Furore gemacht und die Feuilletons beschäftigt hat, vergleiche etwa SZ vom 29.10.2003, aus katholischer und evangelischer Sicht; die Wertung in der WELT vom 29.10.2003: "Eine Mischung aus Jesus und Dutsche".

Und natürlich "Passion" von Mel Gibson. Der Film lief Aschermittwoch in den Kinos der Vereinigten Staaten an und wurde ein, auch finanziell, glänzender Erfolg. Nach 5 Tagen Spielzeit lag der Film bei 117,5 Mio. Dollar, was dem letzten Teil der Ringe-Trilogie sehr nahe kommt, der in den ersten 5 Ta-

gen 124,1 Mio. Dollar eingespielt hatte; in Italien liegt er bereits davor (WELT, 10.04.2004). In Australien ist der Passionsfilm vor allem bei männlichen Muslimen zwischen 20 und 30 Jahren beliebt (WELT, 12.03.2004). Sogar die Vereinigten Arabischen Emirate haben als erstes islamisches Land die Auf-führung des Films erlaubt. Er wird dort ab 31. März in den Kinos gezeigt (FAZ, 23.03.2004). Auch in Israel wird er gezeigt (FAZ, 26.04.2004).

Der Papst hat den Film gesehen. Der zugeschriebene Kommentar: "Es ist wie es war."; wurde allerdings dementiert (vgl. FAZ/SZ, 21.02.2004); beide Kirchen in Deutschland sind dagegen (vgl. WELT, 02.03.2004; 06.03.2004), die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war mehrheitlich für das Prädikat "Meisterwerk", die Feuilletons sind bis dato gespalten: s. die Berichterstattung in der FAS vom 14.03.2004. Michel Friedmann schrieb "Antisemitismus, der unter dem Deckmantel eines Films daher kommt"; aber immerhin hat Mel Gibson das Zitat "Da rief das ganze Volk: das Blut komme über uns und unsere Kinder!" aus seinem Film herausgestrichen (SZ, 07.02.2004).

Im nächsten Quartal dürfte es "Troja" von Werner Petersen das Filmereignis werden.

Enden wollen wir mit drei Ausblicken und einem Grundsatzartikel:

- mit der Behörde der Ausländerbeauftragten Marie-Luise Beck (Die Grünen), in der eine Praktikantin (!) die keinem ge-

ringeren als Walter Benjamin und seiner "Aufklärung für Kinder"(ca. 1930!) Rassendiskriminierung unterstellte – er hatte noch von "Zigeunern" gesprochen (Spiegel, 18/2004).

- mit der Kolumne von Georg Kreisler in "Konkret" 2. Februar 2004 über den aktuellen Zustand unserer Theater: "Zugegeben es gibt auch Leute und Zeitungskritiker, die parteigebundene Zeitungen vertreten, die sagen: Ist doch toll. Alles spielt im Heute, sogar Shakespeares Wotan mit Aktentasche, Nora erschießt ihren Mann statt davonzulaufen, wie bei Ibsen, recht geschieht ihm, genial, Figaro ist kein Frisör sondern spekuliert an der Börse, ach, Mozart, stimmt gar nicht mehr? Who cares? Romeo ist schwul, und alle sind nackt, alle bumsen, war früher verboten, aber das Leben ist doch so. Traviata ist 'ne richtige Nutte, zeigt alles. Der alte König Lear ist eine junge Frau, Faust ist debil, Othello spielt im Boxring, Zauberflöte im Zirkus, Hamlet im Brausebad, ja, das ist Kunst, das ist modernes Theater! (...)

Natürlich weine ich Opas Theater keine Träne nach. Das Theater muss mit der Zeit gehen, aber nicht mit der Zensur oder mit der Schmiere und vor allem: Sehen Sie doch endlich ein, auch wenn es die Theatermacher leugnen oder verdrängen, dass Kulturpolitiker und Theatermacher dieselbe Mutter haben, und die heißt nicht Demokratie, sondern Macht." Immerhin klarer als Robert Manesse, der das deutsche Theater generell für "tot" erklärt (SZ, 08.04.2004).

- mit einer Bewertung einer Runde mit Kunstsammlern Hans Berggruen und Christian Flick im Kanzleramt unter dem Motto "Kunst sammeln: Leidenschaft oder Verpflichtung?" in der FAZ vom 14.11.2003: "... es stellte sich, als die hundert geladenen Gäste später in der Schröderschen Skylobby herumsaßen und Brötchen mit Gurke und Harzer Käse aßen, die Frage wozu diese Veranstaltung überhaupt gut sein sollte". Das möchte man manchmal auch wissen.

Und schließlich setzt sich in der "Zeit" vom 12. Februar 2004 Thomas Schmidt noch einmal grundsätzlich mit der Funktion von Kunst und Kultur auseinander:

Wir schlittern in eine Epoche, die uns lehren wird, wieder das Knie zu beugen. Viele hungern nach Perspektiven, in denen gesellschaftliche Wirklichkeit in einem Licht höher als alle Vernunft erscheint. Von dieser Warte aus ist Rechtfertigung - oder auch Kritik - möglich, an der sämtliche Einsprüche einfach abperlen.

Die Religion ist wieder ein ernst zu nehmender Zufluchtsort, aber auch die Kunst. So groß ist das Unbehagen an der Welt, dass der Verfall der Moral, die Verhässlichung der Welt durch die globale Wirtschaft, der Irrsinn der Wissenschaft, die Verblödung der Massen, kurz: unsere umfassende Sinnlosigkeitsvermutung anscheinend nur noch durch eine Rhetorik des Hochheiligen oder des Letztgültigen im Zaum gehalten werden kann.

Linksliberalismus und Inquisition reichen in Gestalt von Habermas und Ratzinger endlich einander die Hände. Nichts hält mehr den Zug der westlichen Kultur auf in eine Zeit abstoßender fundamentalistischer Scharmützel um geringfügige Prinzipienfragen.

Inmitten dieses gleitenden Übergangs in ein Klima des Antisäkularismus markiert die Kunst eine Grenze. Sie ist weltlich, aber es umgibt sie mehr denn je ein Nimbus die Gegenwart überschreitender Wahrheit. Immer noch bildet sie das Gravitationszentrum des geltenden Kulturbegriffs, und auch das deutsche Verständnis von "Bildung" enthält seit Schiller eine robuste ästhetische Komponente. (...)

Nie hatten so viele Menschen die Gelegenheit, als Künstler zu leben, nie war ihre Chance größer, über die Medien ein Publikum zu erreichen. Die Freiheit der Kunst ist durch das Grundgesetz geschützt, der Staat ist ästhetisch ehrgeizlos. Theoretisch müssten wir in einem goldenen Zeitalter leben, tatsächlich leben wir aber nicht einmal in einem eisernen Zeitalter, sondern in einem des Trompetenblechs. (...)

Denn der überwiegende Anteil an der zeitgenössischen Kunst ist nichts anderes als Kunstgewerbe. Es wird hergestellt, um den Markt der Bücher und der Galerien zu bedienen, oder auch nur, um den Kulturbetrieb in seiner jetzigen Form am Leben zu erhalten.

Durchschnittskunst hat eine klare soziale Funktion, aber keine besonders weiten Sinnhorizonte. Um darin ein Goldkörnchen Transzendenz aufzufinden, muss man schon eine Menge Fantasie mitbringen. (...)

In einem Land, in dem es um nichts anderes mehr geht als den Erhalt eines komfortablen Status quo plus ein kleines bisschen Wachstum, lädt sich die Kultur notgedrungen mit solchen Erlösungserwartungen auf.

Utopien, Träume, Bilder einer anderen Welt, Antworten auf die Frage „wozu?“, alles Kultur. Kultur ist das exklusive Spielfeld der Experten für die "letzten Fragen", die in den gesellschaftlichen Subsystemen sinnlos geworden sind. Darüber ist Kultur selbst zu einem Subsystem geworden. Keine Überraschung, dass es ausgerechnet Gerhard Schröder war, der Kultur einen Platz im Bundeskabinett einräumte - Schröder, der den Pragmatismus zum verpflichtenden politischen Stil erhob, was 1998 Charme hatte, weil es die Traditions-SPD aufmischte, aber inzwischen sein hässliches, sein sozialtechnokratisches Gesicht zeigt. Nie war mehr Bedarf an Kompensation durch Kultur. Wo soll Schröders Innovationsgranate zünden? Natürlich im Wunderreich der immateriellen Werte.

Die Kultur soll uns in unserem so durch Sachzwänge eingegengten Leben mittels grenzüberschreitender Kommunikation vorm klaustrophobischen Überschnappen bewahren. Sozialtechnisch gesehen, ist die Begründung dieser Hoffnung-

simpel: Die Kunst liefert anschlussfähige diskursive Ereignisse in ausreichender Zahl, welche das Kommunikationsmedium Kultur in Arbeit halten. Künstlerische Provokationen und ästhetische Kontroversen sind nötig, aber bloß, um gelegentlich die Leitsemantik auszuwechseln. Darin besteht die "kulturelle" Funktion des Ästhetischen. Solange Kultur funktioniert - als öffentlich sichtbare Bestätigung, dass überhaupt noch Sinn produziert wird, dass die Gesellschaft palavert und nicht Blut fließt -, sind auch Politik und Wirtschaft beruhigt: So schlimm sieht's gar nicht aus. (...)

Wäre es daneben denkbar, dass die Kunst, die ernst gemeinte, die große, richtige, nicht das Kunstgewerbe und auch nicht die Kulturbetriebskunst, von jedweder sozialer Zuständigkeit meilenweit entfernt ist? Und dass Kunst überhaupt kein kulturelles Pharmakon ist, welches den Diskurs erregt und die Gesellschaft gleichzeitig beruhigt? Die Stimmung unter Künstlern ist nicht gut. Ratlosigkeit ist verbreitet, und das ist ausnahmsweise einmal ein günstiges Zeichen (...)

Die Wahrheit ist: Kunst und Kultur sind zwei vollkommen unterschiedliche Formen des Lebens. Kultur ist für sich auch wichtig, aber sie ist weiß Gott nicht die Schiene, auf der die Kunst in die Gesellschaft flutscht und mit ihr der vermisste Sinn des Ganzen. Außerdem ist Kunst etwas, das nur selten vorkommt, viel seltener, als die meisten ver-

muten. Und sie macht das Leben auch nicht leichter für den, der sich auf sie einlässt, sondern eher schwieriger.

Bedeutende Kunst steht in einem Verhältnis misstrauischer, wenn nicht aggressiver Gleichgültigkeit zur heutigen Gesellschaft. Die Welt soll ja gar nicht mehr ästhetisiert werden, die Träume der Avantgarden sind ausgeträumt. Jede politisch geschürte Kampfeslust der Künste hat sich verbraucht, sie wickeln einem sublimen Distanzbedürfnis. (...)

Bestenfalls geht es in der Kunst ums geistige Überleben, um eine andere Weise wahrzunehmen, zu fühlen, vielleicht auch zu denken. Man kann nicht einmal benennen, worin die "Belohnung" des Ästhetischen für denjenigen besteht, der sich ihm ausliefert - in einer Freiheit womöglich -, aber wozu genau?, in einer Leere oder in einem Ungesehenen, Ungefühltem, in einer Verstörung oder in etwas "Inkommensurablen", wie es bei Goethe hieß?

Große Kunst bleibt für den gegensäkularen Zeitgeist eine schlechte Verbündete, und zwar nicht nur, weil sie vollkommen weltlich, sondern auch, weil sie radikal individualistisch ist. Man möchte in ihr einen Vorschein von Transzendenz erspähen, gemeint ist aber eine harmlose und sozial verträgliche, im besten Fall sogar: mehrheitsfähige Transzendenz. Aber weder verspricht noch beansprucht Kunst gesellschaftliches Glück. Kulturwerte, ob sie nun "kommunika-

tive Gesellschaft" oder "sinnstiftende Religiosität" heißen, bleiben ihr fremd. Ihr Vorbehalt gegenüber der Gegenwart - genauso wie gegenüber der Zeitkritik - ist unbegrenzt. Kunst redet von Flucht, nicht von Utopie. Für die gute Gesellschaft bleibt Nietzsches Satz ein Skandal:

„Lieber sterben, als hier leben.“

Architektur

Abbau

In der FAZ vom 7. Februar 2004 widmet sich Dieter Bartetzko "Denkmäler in Zeichen schrumpfender Städte" und kommt zu dem Schluss: "Der Städtebau unserer Tage heißt Abbau: kein Geld im Osten um die leerstehenden Altstadtquartiere zu sanieren, keine Menschen um sie zu beleben, aber Bundesgelder, um die Abrisse zu finanzieren. Kein Geld im Westen, um die wenigen geradezu denkmalreifen, gediegenen guten Bauten des Wiederaufbaus gegen Verwerter zu schützen, die sie beseitigen wollen um entweder Kopien verschwundener Wahrzeichen oder kurzlebige modische Neubauten an ihre Stelle zu setzen. Die demographischen Daten und die ökonomischen Prognosen sagen, dass wir erst am Anfang eines dramatischen Wandels stehen, an dessen Ende die geschrumpften und überalterten Städte nicht wiederzuerkennen sein werden."

In die Schule

"Das Thema "Architektur" gehört in die Schule" fordert die SZ vom 29. Dezember 2003. Dabei

müsse es das Ziel des Unterrichts sein, nicht "kleine Architekten" zu erziehen, sondern Verständnis von der Gestaltbarkeit der gebauten Umwelt zu wecken. Immerhin hätten in Finnland mehr als 60% der Schulkinder Architektur als Pflichtfach. Dafür gebe es in Helsinki auch kaum Graffitis an den Wänden.

Ausstellung

RAF-Ausstellung

Die Macher der umstrittenen RAF Ausstellung (s. *Kulturpolitische Umschau Nr. 14, S. 14*) wollen die Schau jetzt ohne Bundesmittel realisieren. Die bisher gewährten Zuschüsse von 100.000 Euro werden freilich nur zu einem kleineren Teil zurückgefordert: die Berliner "Kunst-Werke" müssen nur noch 45.000 Euro zurückzahlen obwohl die Ausstellung um ein Jahr verschoben und das ihrer Bewilligung zugrunde liegende Konzept zurückgezogen worden war (FAZ, 28.10.2003). Sie soll jetzt im Winter 2004/2005 gezeigt werden und durch Spenden und eine Edition finanziert werden. Zuvor hatte der FDP-Abgeordnete Koppelin im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages beantragt, die Vergabepaxis des Hauptstadtkulturfonds zu überprüfen. Der FDP-Abgeordnete Otto regte eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof an und kritisiert, dass in der Struktur des Hauptstadtkulturfonds "weder eine Entscheidungsbeteiligung noch eine Kontrollmöglichkeit des Deutschen Bundestages" vorgesehen sei.

Wehrmachtsausstellung

Wertende Rückblicke von Michael Jeismann in der FAZ vom 31. Januar 2004: "Unsere Notwahrheiten" und Ulrich Speck in der FR vom 28. Januar 2004: "Von der Provokation zur Historisierung".

Buch

Bohlen, Bertelsmann und der Buchhandel

Eine Betrachtung über Bohlen, Bertelsmann und den Buchhandel ("Lauter Kettenhunde") bringt die FAZ vom 25. Oktober 2003 und kommt zu dem Schluss: "Hier Cäsarenwahn, dort Idealismus, hier Marktkraft, oder Kulturauftrag – die Klischees vom Gemischtwarenkonzern und seinem guten Bücher-menschengegner sind immerhin die Begleiter dieses Konflikts. Jenseits der Frage künftiger Vertriebsform zeigt sich doch, dass diese Art von Diskursherrschaft, die sich mit dem verharmlosenden Aufkleber 'ist doch nur Unterhaltung' tarnt, die Banalisierung einer bis zum äußersten entschlossenen Amüsiergesellschaft beschleunigt. Das macht den Sinn des Wortes Verwertungskette doppelt bedrohlich."

Einfach umgeschrieben

"Die Dichterin vor dem Tribunal der Didaktiker" überschreibt die FAZ vom 17. Februar 2004 einen Bericht über Kürzungen in Schulausgaben, konkret an Kürzungen in der "Judenbuche" von Annette von Droste Hülshoff (Cornelsen 2003) und kommt zu dem Schluss: "Es fehlt nicht nur gänzlich am Verständnis und am

Respekt vor einem großen Kunstwerk, sondern auch an Gefühl, was man einem jungen Leser anbieten darf, zumuten oder erläutern kann. Vielmehr scheint man ihn da abholen zu wollen, wo ihn sein Lese- und Leistungsvermögen angeblich hingestellt hat – um dann das Niveau des Kunstwerks und dessen Erschließung so weit zu senken, dass man sich als Texterausgeber oder als Lehrer ungefähr ähnlich situiert. Klassische Texte, auf diese Weise vereinfacht geboten, fordern nicht ihre angemessene Rezeption, sondern verhindern sie förmlich. Mag ein Jugendlicher kein Interesse an 'Tell' oder der 'Judenbuche' haben, für solche Versionen dürfte er sich schon gar nicht begeistern können. Man kann nur hoffen und wünschen, dass sich die Reihe 'einfach klassisch' nicht an den Schulen etabliert – die Ergebnisse einer nächsten Pisa-Studie würden sich sonst noch dramatisch verschlechtern."

Man liest doch

Eine repräsentative Umfrage des Münchener Instituts für Jugendforschung unter 13 bis 22jährigen kommt zu dem Ergebnis, dass sich 80% der 1012 Befragten in der Lage sehen, eine Buchempfehlung abzugeben, am häufigsten genannt Fantasy-Autoren. Beim Kauf von Büchern hat der traditionelle Buchhandel noch klar Vorrang, aber mindestens jeder zehnte männliche Jugendliche benutzt das Internet zum Büchereinkauf (FAZ, 22.03.2004). Allerdings verliert das Buch zugunsten der neuen Medien insgesamt an Bedeutung (WELT, 26.03.2004).

Bis zur 5. Klasse

Der Kinder- und Jugendbuchmarkt hat sich zunehmend zu einer Stütze des Buchmarktes entwickelt. Der Anteil dieses Segments am Gesamtumsatz des Buchhandels lag im Februar 2004 bei 11,6% (inkl. der kindertauglichen Hörbücher). Dazu die FAZ vom 27.03.2004: "Trotz erfreulicher Verkaufszahlen auch eine ernüchternde Bilanz": Eltern, Lehrer, Didaktik wirkten "maximal bis zur 5. Klasse, dann zählt nur noch der Rat der Gleichaltrigen. Es kommt also wie immer darauf an, die richtigen Freunde zu haben."

Leipziger Buchmesse: Rekord

Die Leipziger Buchmesse vom 25. bis 28. März 2004 hat mit einem neuen Ausstellerrekord aufgewartet: Mehr als 2000 Teilnehmer aus 29 Ländern, das bedeutet einen Zuwachs von 5% gegenüber 2003 (WELT, 05.03.2004); ein Rückblick u.a. in der FAS vom 28. März 2004: "Gefühlte Skandale"; RhM vom 1. April 2004: "Blütenstrauß mit Dornen".

Nicht nur weniger Geld

Im internationalen Vergleich erhalten deutsche Bibliotheken weniger Geld, werden seltener von den Bürgern besucht und der Bestand stößt auf mäßige Wertschätzung. Das hat eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesverbands Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) ergeben ("Bibliothek 2007"). Englische Bürger nutzen die Bibliotheken dreimal so oft wie die deutschen. In Deutschland wird pro Jahr etwa 1 Euro pro Kopf

für Bücher investiert. In Vergleichsländern das drei- bis neunfache (WELT, 16.03.2004).

Rücktritt

Im Dezember 2003 ist der Stiftungsrat des Suhrkamp-Verlages mit Hans Magnus Enzensberger, Jürgen Habermas, Alexander Kluge, Adolf Muschg, Wolf Singer geschlossen zurückgetreten. Damit geht die Krise um den Suhrkamp Verlag und um dessen Leitung weiter (WELT, 04. 12.2003). Zu den Vorgängen im Suhrkamp Verlag äußert sich der Kommentar der FAZ vom 23. Dezember 2003: "Der unabhängige verlegergeführte Verlag mittlerer Größe, wie ihn das Haus Suhrkamp über Jahrzehnte verkörperte, ist in der Tat zur Ausnahmeerscheinung geworden. Aber die deutschen Verlage haben wenig Anlass sich etwas einzubilden auf jene Art der Normalität, die sie in der Mehrzahl verkörpern. Erst wenn es unabhängige Verlage wie Suhrkamp, Wagenbach, Hanser, C:H: Beck oder Diogenes (...) nicht mehr gibt, wird die deutsche Verlagsbranche endgültig "auf Normalmaß" geschrumpft sein. Dann wird sich auch die Bewunderung über eine ausufernde Berichterstattung erübrigen. Denn das Interesse an den deutschen Verlagen wird in eben jenem Maße abnehmen, indem sich die Kopfllosigkeit als Normalzustand unter ihnen durchsetzt."

An der Käsetheke

Unter der Überschrift "Schmökern an der Käsetheke" berichtet die SZ vom 11. November 2003 über die neuen Formen der Buchvermarktung über Super-

märkte oder billigere Parallelausgaben. Reaktion aus dem Buchhandel: "Wenn die Nebenmärkte an Bedeutung weiter zunehmen, wird der Hauptvertriebsweg irgendwann so gefährdet, dass er sich die Preisbindung gar nicht mehr leisten kann."

Allerdings stehen die Buchclubs selbst unter Druck, von 1998 bis 2002 ging der Umsatz um fast 8% zurück. Das Anwachsen der Nebenmärkte betrifft nicht nur die Buchhandlungen, auch die großen Häuser könnten ihr Sortiment ausplündern und nur noch auf leicht verkäufliche Ware setzen. Das hätte Konsequenzen für kleinere und mittlere Verlage, die aus finanziellen Gründen keine Bestsellerautoren an sich binden könnten: "Mit diesen Verlagen verschwänden aber auch viele Publikationsorte für Nischenthemen und anspruchsvolle, nur schwer verkäufliche Titel. Das literarische Angebot wäre nicht mehr das gleiche."

Bücherpreise fusionieren!

Die WELT vom 24. Dezember 2003 begrüßt, dass 2001 vom Börsenverein des deutschen Buchhandels ein deutscher Bücherpreis ausgerufen wurde, der während der Leipziger Buchmesse bei einer Gala vergeben wird, macht allerdings auch darauf aufmerksam, dass zugleich ein bayerischer Preis eingerichtet wurde (Corine-Preis), der dann ebenso glanzvoll in München vergeben werden soll.

Dazu die WELT ebd.: "Das Kernproblem liegt im falschen Konzept. In beiden Fällen zeich-

net man Bücher aus, die schon auf dem Markt reüssierten (...) wogegen bei den großen ausländischen Preisen die Werke durch die Reaktion der Leser auf die Preisvergabe zu Bestsellern werden. In Deutschland feiert sich eine Branche letztlich nur selbst. Das mag München genügen, wenn es sich als zweitgrößte Verlagsmetropole der Welt in Szene setzen will, für den Börsenverein jedoch ist das zu wenig (...) Münchens Fusion mit der Corine, ist notwendig – doch in anderer Form und Gestaltung." Immerhin hat der Präsident der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Dieter Schormann, mit dem Gedanken gespielt den Bücherpreis von Leipzig abzuziehen (WELT, 30.03.2004).

Schrumpfen oder wachsen

"Der Buchmarkt weiß nicht, wie es ihm geht" titelt die WELT vom 24. März 2004 und weist die gegenläufigen Statistiken hin, die über die Lage des Buchmarktes Auskunft geben; "düstere Aussichten bescheinigt hingegen Uwe Wittstock in der WELT vom 23. Januar 2004: nur das Internet könnte noch helfen.

Bildende Kunst

Aldi-Kunst

Zur Aktion "Kunst bei ALDI" mit Originalgrafiken für 12,99 Euro hier den Bericht in der FAS vom 07.12.2003. Dazu Künstler Felix Droese: "Kunst gehöre zur "Grundversorgung" – wie Milch, Zucker, Kartoffeln, endlich wird diese Gleichung wieder transportiert." (ebd.)

Denkmal

Bundesförderung

Deutsche Kulturdenkmäler werden in 2004 mit 15,6 Mio. Euro vom Bund gefördert. Darunter die Dome in Mainz, Speyer und Worms, die Nikolaikirche in Leipzig, der Hamburger Michel, der Anhalter Bahnhof in Berlin. Seit Bestehen des Denkmalpflegeprogramms 1950 wurden mit 234 Mio. Euro 489 Kulturdenkmäler bewahrt. Rund 2,6 Mio. Euro stehen für die Völklinger Hütte (Saarland) bereit (SZ, 26.03.2004).

Kein Luxus

Bundespräsident Rau hat Denkmalpflege nicht als Luxus sondern als "Investition in die Zukunft" bezeichnet: "Baudenkmäler (...) und neugeneigte Industriebauten tragen zur Urbanität und Lebensqualität in unseren Städten bei.", so Rau zum dreißigjährigen Bestehen des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (WELT, 09.12.2003).

Erinnerungskultur

Zur Diskussion um die Stiftung "Sächsische Gedenkstätten" (FAZ, 24.01.2004; WELT, 27.01.2004) und einen entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag s.S. 62

Denkmal für ermordete Homosexuelle

Mit den Stimmen der Koalition und der FDP hat der Kulturausschuss dem Antrag von SPD und Grünen zugestimmt, in Berlin ein Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Ho-

mosexuellen zu errichten und zwar am südöstlichen Rand des Tiergartens. Das Grundstück wird das Land Berlin zur Verfügung stellen. Die CDU/CSU-Fraktion hat ein Gesamtkonzept für die Gedenkstätten gefordert (FAZ, 14.11.2003).

NSDAP-Mitglieder

Nachdem sich die Aufregung der Feuilletons über die NSDAP Mitgliedschaft bedeutender Nachkriegsgrößen wie Walter Jens und Walter Höllerer gelegt hat, legt Hans Peter Hermann in der FR vom 20. Februar 2004 noch einmal nach: "Offenbar waren ihnen (den Betroffenen) die Verlässlichkeit ihrer Erinnerungen und ihr Selbstbild als moralische Persönlichkeit wichtiger als die Einsicht ihres politischen Bewusstseins in eine historische Wahrheit, die sie auf sich selbst nicht anwenden wollten.

So ist das Starren auf die private moralische Identität zu einem Hindernis geworden für einen sinnvollen Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Das passt zu dem Bedürfnis nach kollektiver Identität und 'Reinheit', das bis heute nicht weniger einsichtshemmend gewirkt hat."

Forschungsprojekt

Mit dem Arbeitstitel "Entartete Kunst" wird es künftig an der FU Berlin eine Forschungsstelle geben, die sich mit der nationalsozialistischen Kunst- und Kulturpolitik beschäftigt. Ziel des Forschungsprojektes sollen "Beschlagnahmung und Verwertung" verfehmter Kunst sein (FAZ, 18.02.2004).

Film

In Cannes vertreten

Zum ersten Mal seit sieben Jahren lief wieder ein deutscher Beitrag in Cannes: Hans Weingartners Film "Die fetten Jahre sind vorbei" (FAZ, 22.04.2004; große Hommage im Spiegel 20/2004).

An die Schulen

Die Präsidentin der Deutschen Filmakademie Senta Berger plädiert dafür, auch Filme als Teil der Kultur in den Schulen zu verankern (WELT, 31.10.2003).

Weiterhin zuschussfähig

Die Herstellungskosten europäischer Kinofilme dürfen weiter bis zur Hälfte mit öffentlichen Geldern bezuschusst werden. Damit hat die Europäische Kommission am 16. März 2004 die Regelung über nationale Beihilfen für den Film bis zum 30. Juni 2007 verlängert. Die 15 Mitgliedsländer der EU lassen sich zusammen genommen die Förderung von Kinofilmen jährlich 1 Milliarde Euro kosten. Frankreich steht aber mit 489 Mio. Euro an der Spitze. Laut EU-Kommission fließen in Deutschland pro Jahr 180 Mio. Euro von Bund und Ländern in die Filmförderung.

Besucherrückgang

In die deutschen Kinos kamen 2003 nur 149 Mio. Zuschauer, 9% weniger Kinobesucher als 2002. Der Umsatz sank um 110 Mio. auf 58 Mio. Euro, so die FFA am 4. Februar in Berlin. Deutsche Filme konnten allerdings ihren Marktanteil 2003 mit 17,5% im Vergleich zu knapp

12% in 2002 steigern. Die Zahl der Kinobesucher in den EU-Staaten ist in 2003 um durchschnittlich 5% gesunken. In Frankreich wurde ein Rückgang um 5,6%, in Großbritannien um knapp 5%, in Spanien um 3% und in Italien um fast 2% registriert (FAZ, 29.03.2004).

Gegen Filmförderungsgesetz

Nach Zustimmung des Bundesrates ist das neue Filmförderungsgesetz zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Finanziert wird es durch eine Aufstockung der Mittel der Filmförderungsanstalt von 46,2 Mio. auf 64,7 Mio. Euro. Dafür haben die Fernsehsender ihre Leistungen an die Anstalt auf 22,4 Mio. Euro verdoppelt. Außerdem wurden die Abgaben der Kino- und Videowirtschaft gestaffelt nach Umsatzgrenzen an die Filmförderungsanstalt (FFA) von 46,2 auf 63,8 Mio. Euro angehoben. Die Mitglieder des Hauptverbandes Deutscher Filmtheater (HDV) votierten dafür, die Erhöhung der Kinoabgabe durch das Verfassungsgericht zu prüfen. Die Filmtheater sehen sich durch die höheren Zahlungen an die Berliner Filmförderungsanstalt (FFA) in ihrer Existenz bedroht. Zu dieser Klage siehe den Bericht in der SZ vom 17.01.2004, die dazu bemerkt: "Die Situation ist freilich kritisch in diesem Moment und die Stimmung ist gereizt. Das Jahr 2003 hat erhebliche Umsatzrückgänge gebracht (...)

Ein grundsätzlicher Wandel scheint sich anzudeuten im Zuschauerverhalten, bedingt durch DVD und Internetraubkopien (...)

In dieser Atmosphäre ist die Hartnäckigkeit des HDF durchaus nachvollziehbar."; s. weiter FAZ vom 4. Februar 2004.

Filmpreis

Der Film "Goodbye Lenin" hat in 2003 den Europäischen Filmpreis erhalten (SZ, 08.12.2003).

Schwarzbrenner

Durch 27 Mio. schwarzgebrannter Filme in 2002 hat die Filmbranche einen Umsatzausfall von 800 Mio. Euro betroffen. Mittel dagegen wie bei der Kopie von CDs: Kontrollen und Strafverfolgung.

Dazu die ZEIT vom 04.12.2003: "Keine Rede ist dagegen von einer Änderung des Vertriebsmodells. Der Filmfreund wird mehr gegängelt als jeder andere Medienkonsument: Gemäß der heutigen Wertungskette hat der Kunde, der einen aktuellen Film sehen will, gefälligst erst einmal ins Kino zu gehen. Erst wenn der Film dort nichts mehr einspielt, kommt er in die Videotheken und Läden (...) Die Industrie muss (...) neue Ideen für den Vertrieb entwickeln mit dem sie auf die Bedürfnisse der eigentlich ehrlichen Cineasten eingeht." Dass es der deutschen Filmbranche schlecht geht, beschreibt auch ein Bericht in der WamS vom 18. April 2004: "Der letzte Vorhang"; zumal auch die Ausgaben in Deutschland "explodiert" sind. Die Senator-Film ist schon pleite.

Künstler

Soziale Lage

Aus einer Antwort der Bundes-

regierung auf eine große Anfrage der Union und der FDP-Fraktion im Bundestag geht hervor, dass sich die Zahl der arbeitslosen bildenden Künstler in nur 8 Jahren verdoppelt habe. Viele Künstler müssten zudem mit einer Minirente in Höhe von 400 Euro auskommen, das Durchschnittseinkommen liegt bei 11.100 Euro im Jahr, in der Künstlersozialkasse (KSK) sind etwa 29.000 selbständige Künstler versichert.

Dass die Not der Künstler ein Mythos sei, es sich vielmehr um ein statistisches und rechtliches Problem handle, behauptet hingegen die SZ vom 19. Januar 2004 ("Freiheit zur Armut"). Es gebe bisher in Deutschland keine einheitliche Statistik, die die soziale und wirtschaftliche Situation der Kunstschaaffenden wirklichkeitsgetreu abbilde.

Das bestätigte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Opposition im Bundestag zur Lage der Künstler und des Kulturbetriebs.

Dass es eine solche Statistik bisher nicht gegeben habe, begründe sich aus der grundgesetzlichen Zuständigkeit wie der kulturpolitischen Praxis in Deutschland, aber auch ein noch so detaillierter Kulturfinanzbericht kann nicht auflisten, was statistisch nun einmal nicht zu erfassen ist, was die Künstler wirklich verdienen, ließe sich seriös nicht einmal schätzen, so die SZ. Die Messzahl von 1.200 Euro, die von der Künstlersozialkasse ermittelt sei, sei ebenso eine Schätzung und könne von der KSK kaum auf Plausibilität ge-

prüft werden. So wartet man auf die Ergebnisse der im Sommer 2003 eingesetzten Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland", die bis zum Herbst 2005 entsprechende Ergebnisse und Handlungsvorschläge sammeln und vorlegen soll.

Der Geschäftsführer des Kulturrates Olaf Zimmermann wie auch Günter Nooke, Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien, nannten es enttäuschend, dass die Bundesregierung keine besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der selbständigen Künstler plane.

Kultur und Bildung

Kampf um globalen Bildungsmarkt

In einer Anhörung vor dem Bundestagskulturausschuss am 21. März 2004 formulierten führende Kulturinstitutionen die Mahnung, den knallharten Wettbewerb im "globalen Bildungsmarkt" nicht zu vernachlässigen.

Dazu DAAD-Präsident Max G. Huber: "Der Bildungsmarkt hätte enorme Auswirkungen auf die Außenpolitik, die Bildungs- und Wissenschaftspolitik und die Kulturpolitik. Das ist im angelsächsischen Raum schon längst erkannt worden, welche riesigen Zukunftschancen darin liegen." Grünenpolitikerin Caroline Roth formulierte: "Auswärtige Kulturpolitik ist nicht für Träumer und Romantiker, sondern knallharte Außenpolitik".

Kinder zum Olymp

Unter dem Motto "Kinder zum

Olymp" hat die Kulturstiftung der Länder am 17. Januar 2004 in Berlin eine Jugendkultur- und Bildungsinitiative gestartet. Ziel ist die Förderung der ästhetischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Im Handbuch "Kinder zum Olymp - Wege zur Kultur für Kinder und Jugendliche" werden 85 Projekte aus allen künstlerischen Sparten und durch alle Bundesländer vorgestellt mit Anregungen für Lehrer, Künstler und Kultureinrichtungen.

Am 29. und 30. Januar veranstaltete die Kulturstiftung zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Leipzig einen entsprechenden Kongress in Leipzig; Resümee in der SZ vom 4. Februar 2004: "So offenbarte die Tagung in Leipzig vor allem Ratlosigkeit."

Kultur und Grundgesetz

Kultur im GG verankern

Bundesvizepräsidentin Antje Vollmer hat sich dafür ausgesprochen, Kultur im Grundgesetz zu verankern und damit zur staatlichen Pflichtaufgabe werden zu lassen. "Es würde dann sehr viel leichter, die Ausgaben auch für die Kultur zu verteidigen in Zeiten, wo sie immer wieder in Konkurrenzkämpfe kommt, z.B. mit der Sozialpolitik oder der Infrastrukturpolitik" (WELT, 09.12.2003).

Kultur und Kirche **Keine Moscheen**

Die Vereinigte Evangelische lutherische Kirche Deutschlands

(VELKD / Hannover) hat ebenso wie die Deutsche Bischofskonferenz einen Verkauf von Kirchen etwa an Moscheevereine ausdrücklich abgelehnt.

Kultur und Medien

Nicht so schlecht

Nach einer Auswertung durch das IW (Köln) kommen Kultursendungen im Fernsehen nicht so schlecht weg, wie häufig behauptet: Im Tagesdurchschnitt würden rund 130 Minuten Kulturnachrichten gesendet, davon die Hälfte vor 23 Uhr (iwd, 15.04.2004).

Kulturhauptstadt

16 deutsche Städte

16 deutsche Städte haben sich für die Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010 beworben; s. dazu die großen Berichte von Johann Michael Möller in der WELT vom 30. März 2004 und von Michael Jeismann in der SZ vom 18. März 2004.

- Die noch ausstehende Entscheidung von NRW-Kulturminister Michael Vesper, welche Stadt in NRW europäische Kulturhauptstadt 2010 werden solle: Köln, Münster oder Essen bzw. Bochum, kommentiert die FAZ vom 15. Januar 2004: Weder Köln noch Münster kommen dafür ernsthaft in Frage, bleiben Essen und Bochum, eine mit der besten Oper, die andere Stadt mit dem besten Schauspiel in NRW.

Am 20. Mai 2004 fiel die Entscheidung für Essen.

Kulturstiftungen

Kulturstiftung der Länder

Der Bund wird sich Ende 2005 aus der Kulturstiftung der Länder zurückziehen und die Mittel für die Mitfinanzierung einstellen (FAZ, 22.12.2003). Der Etat der Kulturstiftung der Länder beträgt 16 Mio. Euro, dazu steuert der Bund die Hälfte bei. Acht Millionen fließen künftig in einen Haushalt der Kulturstaatsministerin Christina Weiss zurück, die damit selbst über die direkte Künstlerförderung entscheiden wird. Ein Sprecher erklärte, das Ausscheiden sei eine logische Konsequenz aus der gescheiterten Fusion von Bundeskulturstiftung und Kulturstiftung der Länder, die an Bayern gescheitert sei. Es sei noch ein Türspalt offen, der Schlüssel aber, so Christina Weiss, liege in München. Zuletzt hatte der Bund das Angebot vorgelegt, nach dem sechs Länder eine Entscheidung blockieren könnten und nicht nur ein Vetorecht für jedes einzelne Land bestehe, wie von Bayern gefordert. S. RhM vom 1. Januar 2004: "Das Flaggschiff von Bund und Ländern geht unter".

Medien

Keine Kulturquote

Mit ihrer Forderung nach regelmäßiger Kulturberichterstattung in den Fernsehnachrichten kam Kulturstaatsministerin Christina Weiss bei ARD und ZDF nicht gut an. Kulturberichterstattung sei ein Teil des Grundversorgungsauftrages. Eine Kulturquote "lehnen die öffentlich-

rechtlichen Sender ab" (FAZ, 03.11.2003).

Museum

Erhalten

Die vier Museen für Kommunikation in Frankfurt, Berlin, Hamburg und Nürnberg sollen mit gekürztem Budget erhalten bleiben. Aufgelöst wird jedoch die in Bonn ansässige Hauptverwaltung der Stiftung. Das jährliche Budget wird von rund 15 Mio. Euro auf künftig max. 12 Mio. Euro gekürzt (FR, 19.01.2004).

Musik

Immer weniger Orchester

Die Zahl der Orchester in Deutschland geht ständig zurück. Seit 1992 sank ihre Zahl von 168 auf gegenwärtig 137 Orchester, so die Deutsche Orchestervereinigung am 21.01.2004 in Berlin.

"German Sounds"

Verbände der Musikwirtschaft und der Deutsche Musikrat haben am 15.12.2003 die "German Sounds AG" als deutsches Musikexportbüro begründet, dessen Hauptaufgabe es ist, deutsche Musikproduktionen im Ausland effektiv zu vermarkten.

Der CDU-Abgeordnete Stefan Kampeter forderte die "mittelfristige Eigenwirtschaftlichkeit" des Exportbüros und verwies auf die "Große Anfrage" der CDU/CSU-Fraktion zur Lage der Rock- und Pop-Musik; durch die Gemeinschaftsinitiative von Politik und Wirtschaft sei ein wichtiges Signal gesetzt

worden: "Die Kreativwirtschaft muss ein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland bleiben."

Parlamentarische Anhörung

SPD und Grüne planen eine Parlamentarische Anhörung zur Lage der Musik in Deutschland, die während der Musikmesse PopKomm (29.09.–01.10.2004) im Kulturausschuss des Bundestages stattfinden soll.

"Hefe im Teig"

Am 1. April hat Bundespräsident Johannes Rau auf der Frankfurter Musikmesse den erstmals vergebenen Förderpreis "Innovatio 2004" für neue musikpädagogische Projekte verliehen. "Kunst und Kultur sind nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern sie sind die Hefe im Teig", so der Bundespräsident. Kulturarbeit müsse zu den Pflichtaufgaben der Gemeinden gehören. Der Preis ist mit insgesamt 25.000,- Euro dotiert und zeichnet Initiativen aus, die sich insbesondere für die musikalische Bildung einsetzen.

Mehr deutsche Musik

Julian Nida-Rümelin und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse haben sich dafür eingesetzt; bei der Eröffnung eines Generalsekretariats des Deutschen Musikrats in Berlin am 23.03.2004 trat auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss dafür ein, mehr deutsche Musikproduktionen in unseren Sendern zu bringen.

Ein neuer Gigant

In der globalen Musikindustrie entsteht ein neuer Branchengi-

gant. Die Medienkonzerne Bertelsmann und Sony beabsichtigen, ihre Musiksparten in einem gemeinsamen Unternehmen zu bündeln. Das Unternehmen würde einen weltweiten Anteil von rund 25% erreichen und dem Marktführer Universal Music die Topposition streitig machen (Berliner Morgenpost, 07.01.2003; siehe auch den Bericht in der FAZ vom 7. November 2003: "Was Bertelsmann und Sony dadurch gewinnen ist Zeit, um einen Ausweg aus der durch eigene Fehler und das Raubkopieren von Musik verursachten Krise zu finden (...) Doch deshalb ist das Fusionsvorhaben eben noch nicht die Rettung für die kranken Musikkonzerne. Denn auch der neue Plattenriese müsste einen Weg finden, die Erosion des Umsatzes zu stoppen. Gelingt dies nicht, sind die Kostenvorteile in wenigen Jahren aufgezehrt."

Einschrumpfen

Es wird zwar mehr Musik gehört als je zuvor, aber bereits in den beiden Vorjahren ging der Umsatz der deutschen Phonowirtschaft um jeweils 10% zurück, in 2003 beträgt der Einbruch sogar 20% (FAS, 28.03.2004). Im ersten Quartal 2004 hat der Bundesverband der Musikindustrie einen Umsatzrückgang um weitere 10% gemeldet; dazu s. auch den abwägenden Kommentar von Guido Heinen in der WELT vom 3. April 2004 ("Reaktionäre Aufgeregtheit") und die FAS vom 4. April 2004 (s. auch den Bericht in der FAZ vom 26. Januar 2004): "Schließlich konnte man schon 1994 absehen, dass sich

in 10 Jahren aufgrund der Digitalisierung von Musik der Umsatz halbieren werden. Doch nur eines kann man der Branche wirklich vorhalten: schon längst hätte sie versuchen sollen ihre Tonträgervertriebe zu zentralisieren und so die Vertriebskosten zu senken. Dafür ist es immer noch nicht zu spät." Die Wirtschaft macht dafür neben der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage und der Konkurrenz zu anderen Unterhaltungsangeboten massenhafte Musikkopien auf gebrannten CDs und illegale Musik, angeboten im Internet, für den Einbruch verantwortlich (WELT, 27. Dezember 2003).

Und natürlich wandeln sich die Zielgruppen: Die FAS vom 18. März 2004 macht darauf aufmerksam, 2002 seien 21 % der Pop-Hörer vierzig, nur noch 14 % Teenager; erstere könnten nicht mit MP3 umgehen und würden daher zu Käufern; auch die SZ vom 27. März entdeckt "die Alten" als neue Zielgruppe der Pop-Industrie.

Die Babyboomer fehlen

Nicht so sehr die Netzzaubzüge dürften ein Problem sein, nein vielmehr die demographische Entwicklung, die auch auf den Absatz von Kunstprodukten Einfluss habe. Darauf weist die FAZ vom 28. Januar 2004 hin. In den Babyboomer Jahren zwischen 1950 und 1964 kamen allein in den Vereinigten Staaten 80 Millionen Kinder zur Welt "um als Halbwüchsige in die Taschen ihrer Eltern zu greifen und heiße Musik zu kaufen" (...) Dabei hätte die Unterhaltungsindustrie mehr als jede andere

außer der Herstellung von Babykleidung und der Anti-Babypille ihr Augenmerk auf die demographische Entwicklung legen müssen."

Klassik schrumpft weiter

Nach einer Studie des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft waren im vergangenen Jahr nur 5% der Klassikkäufer unter dreißig Jahre, etwa 60% über fünfzig. Der Anteil der Klassik am Umsatz des Musikmarktes in Deutschland schrumpfte von 8,7% (1999) auf 7,2% (2002) (WELT, 12.11.2003). Die SZ vom 3. April 2004 ("Klassik ist geil") zieht ein Zwischenresümee: neben der Überalterung sind es die stark zurückgehende musikalische Motivation in der Familie, das Versagen der Schulen, das Repertoire, das moderne Musik ins "Nischendasein" abdrängt (s. auch USA).

Ob es da ein Ausweg ist, Klassik über TV und Mode als integralen Bestandteil modernen Lebens zu verkaufen oder - wie die WamS vom 18. April, 2004 titelte - "mit nackter Haut und Popp-Appeal", wird abzuwarten sein; die SZ scheint da durchaus optimistisch.

Klage

Erstmals will die Musikbranche gegen Anbieter in populären Internettauschbörsen auf Schadensersatz klagen. Mit der geplanten Klagewelle folgen die Musikkonzerne dem Vorbild Amerikas, wo die Konzerne seit dem vergangenen Jahr mehr als 1.000 Tauschbörsenbenutzer verklagt haben. Einige Betroffene mussten nach Medienbe-

richten Schadensersatz von bis zu 7.500 Dollar zahlen.

Weg vom Neben-Nebenfach

Auf der 6. Sitzung des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU haben dessen Vorsitzender Steffen Kampeter, MdB, und Hessens Kultusministerin Karin Wolff für eine deutliche Stärkung des Faches Musik an den Schulen plädiert.

Sprache

Mehr Sprachen

In einer gemeinsamen Erklärung vom 21.01.2004 haben Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Staatspräsident Jacques Chirac dafür geworben, dass mehr Franzosen in der Schule Deutsch und Deutsche Französisch lernen. Derzeit lernen nur 15 % Deutsch.

Deutsch gegen den Trend

Die FAS vom 14.03.2003 weist darauf hin, dass man sich zwar gegen den Trend Englisch als lingua franca zu nehmen nicht wehren könne, aber das Deutsche sich durch den desaströsen Einbruch des Russischen im Osten sich eine reelle Chance auf den zweiten Platz ausrechnen könne: "Diese vielleicht letzte unverdiente Chance für das Deutsche werden wir verpassen, wenn Fischers Kürzungskurs bleibt und die Sprachvermittlung im Ausland weiter zurück gefahren wird."

Mehr Latein

Erfreulich ist immerhin, dass der Vatikan für mehr Latein in Europa (Ad fontes) kämpft. Die

FAZ vom 6. Februar 2004 macht allerdings darauf aufmerksam, dass die katholische Kirche in Deutschland vor allem vor der eigenen Tür kehren und bei ihrem Augsburger Weltbildverlag auch einmal wieder Inhalte fördern solle. Dass die Zahl der Lateinschüler wieder insgesamt ansteigt, darauf macht Heike Schmoll in einem Bericht zum Altphilologenkongress in Köln in der FAZ vom 16. April 2004 aufmerksam: "Lebendiges Lernen".

Rechtschreibreform reformieren

Mit geringen Veränderungen soll die neue Rechtschreibung wie geplant zum 1. August 2005 verbindlich werden, nachdem deren Überwachung durch die KMK auf eine "Zwischenstaatliche Kommission für deutsche Rechtschreibung" übertragen wurde.

Scharfe Kritik in den Feuilletons: Heike Schmoll in der FAZ vom 3. Februar 2004: "Fehler werden, Varianten"; Theodor Ickler in der SZ vom 5. Februar 2004: "Wenn einer Pleite geht, dann grünlich blau"; Matthias Kamann in der WELT vom 4. Februar 2004: "Schreiben"; Dankwart Guratzsch in der WELT vom 29. Januar 2004: "Das wird uns noch leid tun". In einem offenen Brief an die KMK haben zehn deutsche Akademien einen sofortigen Eingriff in diese "Reform" gefordert, es bestehe "eine Gefahr für Bestand der deutschen Schriftsprache" (WELT, 21.02.2004); nach Kritikern ist der Umfang der geplanten Änderungen weitaus größer als die Kommission zugebe: so seien im Duden 4.000 Änderungen erfor-

derlich. Die Wissenschaftsakademien in Deutschland fordern ebenfalls zu einer Umkehr auf: In einem Brief an die Kultusminister der Länder, die Bundesbildungsminister in Deutschland und Österreich und an den Schweizer Bundespräsidenten werden die deutsche Kompromisslösung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung oder die Rückkehr zum Duden von 1991 vorgeschlagen (FAZ, 21.11.2003).

Auch fünfzig deutsche und schweizerische Rechtswissenschaftler (FAZ, 16.03.2004), und Prominente wie Siegfried Lenz, Rainer Kunze, Manfred Krug, Walter Scheel und Klaus von Dohnanyi haben sich für eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung ausgesprochen (FAZ, 24.04.2004).*

Anglizismen?

Dazu Christian Meier in der NZZ vom 8. Dezember 2003: "Sprache ist ja nicht nur ein System von Zeichen, das wir benutzen, sondern ein ganzes umfassendes Element, in dem wir uns bewegen und ausdrücken, fühlen, atmen, wittern, uns mit Andeutungen verständigen, nuancieren, spielen können; ein Raum voller Assoziationen (...) Schon gar nicht können die für die gesellschaftliche Orientierung so ungemein wichtigen Geisteswissenschaften darauf verzichten, in den Muttersprachen zu denken und zu sprechen. Da mag man sich über vieles auch auf Englisch verständigen können (und müssen), es wird in ihnen ohne das Verstehen des Eigenen wie des Fremden aus

den je besonderen Voraussetzungen nicht gehen, also nicht ohne Mehrsprachigkeit (denn man hat ja, je nachdem, auch Franzosen, Italiener, Spanier, Russen in ihren Sprachen zu verstehen). Sonst werden diese Wissenschaften, gerade auch international, um einige ihrer besten Elemente und größten Chancen gebracht (...)

Wie aber kann man erreichen, dass die deutsche Sprache in dieser Lage ihre ganze Breite und, zumal historische, Tiefe nicht nur erhält, sondern auch fortbildet, gerne mit einigen Anglizismen, wenn auch nicht mit dem abscheulich überhand nehmenden Mischmasch (...)

Das kann jedenfalls nicht Sache des Staates oder gar eines Sprachgesetzes sein. Um von allen andern Bedenken abzusehen: Der Staat hat sich in Sachen Sprache so radikal desavouiert, durch die sogenannte Rechtschreibreform nämlich, wie es nur denkbar ist. Dass die verantwortlichen Damen und Herren sich das Recht angemaßt haben (das in Deutschland außer dem NS-Minister Rust nie zuvor ein Minister beansprucht hat), der Sprachgemeinschaft willkürlich Schreibungen zu diktieren, die noch dazu teilweise im Widerspruch zu elementaren Regeln der deutschen Grammatik und Wortbildung stehen, und dass sich das Bundesverfassungsgericht zu ihrem Büttel gemacht hat, ist schlimm. Und die Arroganz der Macht, das obrigkeitstaatliche Gebaren, die geschönten Befunde, Betrug und Diffamierungen, die in dieser Ange-

legenheit vorherrschen, sind es auch. Auf den Staat wird man also in diesen Dingen nicht rechnen können. Wer aber könnte uns dann helfen? Nur wir selbst, die Gesellschaft.

Freilich wäre es falsch, sich Illusionen hinzugeben über unsere Möglichkeiten. Die Sache ist äußerst schwierig. Und Hoffnung erwächst eigentlich nur daraus, dass das Ausmaß der Probleme sich derart zu einer Herausforderung summieren oder kumulieren müsste, dass Antworten geradezu erzwungen werden (...)."

Sprachverwüstung

Dazu die FAZ vom 25.02.2004: "Es mischt sich (...) einiges, wenn man nach den Ursachen der neuesten Sprachmoden forscht, die man, je nach Standpunkt, auch als Sprachunsitten bezeichnen könnte: Politikerjargon, Agentur-Deutsch, Fernsehflüchtigkeit. Im Rundfunk sieht es ähnlich aus, und auch die meisten Zeitungen, die F.A.Z. nicht ausgenommen, lassen es immer wieder an der nötigen Sorgfalt im Umgang mit der Sprache fehlen. Dabei ist die Sprache doch so etwas wie das Handwerkszeug des Journalisten. Einige verstehen hervorragend damit umzugehen, andere weniger gut, viele nur unzureichend. Das ist so wie in jedem anderen Beruf. Oder doch nicht? Noch nie hat man jedenfalls etwas gehört von Sanktionen gegen Journalisten, die mit der Sprache partout nicht zurechtkommen. Ob Schreiner, Metzger, Heizungstechniker oder Automechaniker, sie alle würden schnell scheitern, wenn

sie ihr Handwerk nicht verstünden, wenn sie schlechte Arbeit abliefern. Nur in "den Medien" gelten offenbar andere Maßstäbe, waltet vielfach Gleichgültigkeit, was die Form der abgelieferten Arbeit angeht."

Tanz

An die Schulen

Teilnehmer eines Expertensymposiums in Düsseldorf haben einheitlich die Einrichtung eines Schulfaches Tanz gefordert. Es müsse fest in den Lehrplan mit aufgenommen werden. Tanz gehöre zur "ganzheitlichen Ausbildung der Schüler". Jedenfalls erwarten die Tanzexperten von Öffentlichkeit und Politik ein "grundsätzliches Bekenntnis" zum Tanz als eigenständiger Kunstform (FAZ, 06.02.2004).

Theater

"Bündnis für Theater"

Einen Blick auf das von Bundespräsident Johannes Rau initiierte "Bündnis für Theater" wirft die SZ vom 17. November 2003; zu einem entsprechenden Kongress in Berlin kommentiert sie: "Am Ende der Konsens: Wir brauchen das Theater! Und – ganz ganz wichtig: Das Publikum muss das Theater wollen. Na so was."; s. auch den Bericht in der WELT vom 17.11.2003: "Der Konsens im Disput um den rechten Weg aus dem Reformstaat: Ein jedes Theater müsse seinen eigenen Stil finden; Grundregel: Zuerst die Kunst, dann die Struktur und immer das Publikum fest im Auge. Denn

nichts ist weniger sexy als das Gefühl, von den Leuten auf der Bühne für dumm verkauft zu werden.“

Urheberrecht

Negative Auswirkungen

Zu den negativen Auswirkungen des neuen Urhebervertragsgesetzes siehe den Beitrag von Martin Vogel in der FAZ vom 17. Januar 2004 (“Verwertung ist Macht, übles Spiel mit dem Urhebervertragsgesetz”).

Keine Kontrollen

Nach einem Urteil des BGH sind Kontrollen von Betrieben durch Gema oder VG Wort nicht zulässig; sie können höchstens auf Auskunft verklagt werden (Spiegel 20/2004).

Kulturpolitik allgemein

Eine Bestandsaufnahme 2004 von Bernd Fesel, in der WELT vom 10. Januar 2004

“Schon jetzt steht fest, dass im Jahr 2004 die Ausgaben der Kommunen und Länder für Kultur um rund 250 Millionen Euro (-2,5 Prozent) fallen werden - zum zweiten Mal in Folge: Für rund 20.000 Künstler, etwa 1.000 Kunstmuseen und Ausstellungshäuser, Kunstverlage und Galerien sind dies schlechte Nachrichten, denn die öffentlichen Institute gelten als Meinungsmacher im Kunstmarkt.

Davon betroffen sind laut IFO-Institut München auch gut 8.600 Firmen und deren mehr als 24.000 Angestellte, die im Ein-

zelhandel mit Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten tätig sind. Die Rahmenbedingungen der Kunstwirtschaft - vom freiberuflichen Künstler bis zum Auktionshaus - sind jedoch weitgehend Bundesangelegenheit: Vom Sponsoring(-recht) bis zum Urheberrecht, vom europäischen Zolltarif über Abschreibungsregeln bis zur Wirtschaftsförderung: Das durchschnittliche Jahreseinkommen bildender Künstler liegt bei rund 9.000 Euro (im Jahr, wohl gemerkt), der Jahresgewinn von kommerziellen Kunstvermittlern wie Galerien bei ungefähr 35.000 Euro - in Deutschland.

Dagegen feiert die Kunstwelt im Ausland Erfolge, auch wegweisende Ausstellungen - wie ‘Sensations’ - kamen in den letzten Jahren aus London oder den USA. Die kulturpolitische Agenda 2004 tritt nicht an, diese Lage zu ändern. Sie verdient diesen Namen kaum und liegt irgendwo zwischen absoluter Untätigkeit und eher sinnlosen Aktivitäten.

Das Bundesjustizministerium plant, Ausstellungshonorare für Künstler im Urheberrecht gesetzlich zu verankern: Dann sollen zum Beispiel Museen, Kunstvereine, Hotels, Restaurants und Rechtsanwälte Honorare an den Künstler zahlen für das Recht, dessen Werke auszustellen. Dies würde eine Lücke im Urheberrecht schließen.

Doch anzunehmen, dass so die wirtschaftliche Lage der Künstler verbessert wird, ist fern jeder Sachkenntnis: Denn Museen oder Kunstvereine beispielsweise werden für diese Honora-

re keine zusätzlichen Mittel erhalten und müssten dies an anderer Stelle einsparen - etwa beim Kunstkauf oder der Katalogproduktion. Unter dem Strich erhalten Künstler nicht mehr. Damit ist diese gesetzliche Maßnahme wirtschaftlich mindestens nutzlos.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) möchte die Anwendung der sog. Ausländersteuer ausweiten: Bisher sind ausländische Künstler nur dann mit einem Pauschalsteuersatz belegt, wenn sie in Deutschland eine Aufführung oder Konzertveranstaltung haben. Das Prinzip lautet: Besteuert wird, wer als Ausländer eine Leistung in Deutschland erbringt. Die Steuer muss der Veranstalter vom Künstlerhonorar abziehen und dann an den deutschen Fiskus abführen. Die Finanzämter in Deutschland wiederum verrechnen dies mit der Steuerbehörde im Heimatland des Künstlers. Ein Verfahren, das Künstlern Einkommen entzieht und Deutschland für ausländische Künstler unattraktiv macht.

Die Mobilität von Künstlern zu fördern, ist zwar ein kürzlich beschlossenes Ziel der EU - mit der Stimme der Bundesregierung -, doch dies hindert die Bundesregierung überhaupt nicht daran, die Mobilitätsbremse ‘Ausländersteuer’ im Inland jetzt noch auszudehnen: Künftig sollen Künstler zahlen, die ein Kunstwerk im Ausland produziert haben - die also keine Leistung in Deutschland erbringen, sondern die das fertige Produkt importieren und es ‘nur’ in Deutschland (etwa in einer Ga-

lerie) verkaufen. Doch seitdem es dieses Gesetz gibt, wurde die 'Ausländersteuer' vom Finanzministerium auf den Verkauf von Werken nicht angewandt: Jetzt nimmt sich das Ministerium die Freiheit, den Wortlaut des eigenen Gesetzes nach vielen Jahren 'endlich richtig' zu interpretieren. Anscheinend konnte die Kulturverträglichkeitsprüfung durch Staatsministerin Weiss diesen realitätsfernen Unsinn auch nicht stoppen.

Im Bundestag und in den Landtagen befasst man sich damit erst gar nicht. Es sei keine Gesetzesänderung, sondern 'nur' eine Änderung der Ausführung, für die die Regierung zuständig sei. Und wann wird sich die Kulturpolitik für zuständig halten? Wenn das BMF erkannt hat, dass auch importierte Schuhe, Luxus-Mode, Designer-Möbel und Bücher künstlerisch produziert und gestaltet sind und Schuhimporteure, die Möbel- und Modeindustrie zur Abgabe heranzieht? Bedenkt man, dass sich Tausende von Betrieben durch einen Antrag von dieser Abgabe befreien können, beginnt man zu glauben, dass sich die Finanzverwaltung nur noch selbst verwaltet. Verwaltungsabbau steht aber nicht auf der kulturpolitischen Agenda 2004.

Immerhin ist man in der europäischen Kulturpolitik nicht untätig, doch dabei hat sich Deutschland den traurigen Ruf des kulturpolitischen Bremsers erarbeitet gerade auch beim kürzlich wieder entdeckten Partner Frankreich. Ganz offensichtlich wird die Auswärtige Kultur-

politik Deutschlands in wirtschaftlichen und steuerlichen Fragen nicht von Frau Staatsministerin Weiss, sondern nur vom Bundesfinanzminister Eichel bestimmt. Unter seiner Führung gilt das Bundesfinanzministerium im Ausland als rückständig: Selbst die Schweiz hat längst Foto-Kunst steuerlich als Kunst akzeptiert - wie es eine EU-Richtlinie vorgibt, nicht so das BMF. Die Folge ist, dass deutsche Fotografen im Ausland zu höchsten Preisen verkauft werden - für den deutschen Kulturstaat eine entlarvende Blamage, für den deutschen Fiskus finanziell ein Verlust. Doch auch dies steht nicht auf der Agenda 2004 - ebenso wenig wie eine Auswärtige Kulturpolitik, die über die Einladung von Künstlerfreunden zu Auslandsreisen nach China und anderswo hinausgeht. Vor zwei Jahren noch sollte auswärtige Kulturpolitik im Dialog zwischen Nationen eine größere Rolle erhalten. Stichwort: Konfliktprävention. Seitdem ist in Afghanistan oder im Kosovo kulturell wenig bis nichts von der Bundesregierung unternommen worden.

Dass im Auswärtigen Amt jetzt ein Grundsatzreferat für auswärtige Kulturpolitik geschaffen wurde, ist kein wirklicher Lichtblick. Das ist Basisarbeit, die schon vor Jahren überfällig war. Reformen in der Finanzpolitik, in der Gemeindefinanzierung und der Gewerbesteuer sowie in der Rentenpolitik standen zum Beispiel auf der Tagesordnung. Reformen für die Kunstwelt standen und stehen nicht auf der Agenda der Politik."

Finanzierung/ Sponsoring

Öffentliche Ausgaben für Kultur gesunken

Mit dem am 5. Mai veröffentlichten Kulturfinanzbericht 2003 geben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz (KMK), der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag nunmehr zum zweiten Mal umfassend Auskunft über die öffentliche Kulturfinanzierung, wie die KMK in Bonn mitteilte.

Erstmals hätten sich Bund, Länder und der Deutsche Städtetag auf eine gemeinsame Kulturdefinition verständigt, hieß es. Demnach werden dem Kulturbereich die Aufgabenkomplexe Theater, Musikpflege, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Bibliotheken und Museen, Denkmalschutz, auswärtige Kulturpolitik und sonstige Kulturpflege, Kunsthochschulen sowie die Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten zugeordnet. Diese Definition orientiere sich an den entsprechenden Regelungen der Europäischen Union und ermögliche auch künftige internationale Ausgabenvergleiche, so die KMK.

Der Kulturfinanzbericht enthält weitere Informationen zur Entwicklung und Verteilung der Kulturausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nach Ausgabearten sowie detaillierte Tabellen und Grafiken. Er ist in gedruckter Form von Mitte Mai

an im Buchhandel erhältlich.

Bund, Länder und Gemeinden haben seit 2001 ihre Kulturausgaben deutlich zurückgefahren. Seit 2001 sanken die öffentlichen Ausgaben für Kultur von 8,35 Milliarden Euro auf 8,2 Milliarden Euro im Jahr 2003. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 5. Mai berichtete, entsprach dies - nach vorläufigen Zahlen - wie in den Vorjahren einem Anteil von 0,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Zuvor waren die öffentlichen Kulturausgaben jahrelang angestiegen.

Deutlich verschoben hat sich von 1975 bis 2001 der Anteil von Bund, Ländern und Gemeinden an der Kulturfinanzierung: Während 1975 noch 18,9 Prozent vom Bund kamen, waren es 26 Jahre später nur noch 12,4 Prozent. Die Länder steigerten im Gegenzug ihren Anteil an den Ausgaben von 38,6 Prozent 1975 auf 43,0 Prozent in 2001. Die Kulturausgaben der Länder betragen 2001 insgesamt 7,32 Milliarden Euro, davon entfielen 3,72 Mrd. auf die Gemeindeebene. Gemessen am Ausgabenniveau von 1995 steigerten die Länder (einschließlich Gemeinden) ihre Kulturausgaben bis 2001 um 13 Prozent.

Auf die Einwohnerzahl umgerechnet, kletterten die Kulturausgaben der öffentlichen Hand von 29,00 Euro (1975) bis 2001 auf den Höchststand von 101,50 Euro. Dies entspricht zugleich 1,66 Prozent des Gesamtetats der öffentlichen Haushalte. Seitdem sanken die Ausgaben wie-

der auf 99,30 Euro im vergangenen Jahr. Die Angaben sind allerdings nicht preisbereinigt.

Mit Kulturaufwendungen von 207 Euro pro Kopf lag unter den Städten Frankfurt am Main 2001 an der Spitze. Die Landeshauptstadt Hannover gab dagegen nur ein Fünftel dessen für ihr kulturelles Angebot aus. Auch Köln kam nur auf die Hälfte der Frankfurter Investitionen. Dabei handelt es sich nur um Ausgaben der Kommunen. Hinzu kommen nach Angaben des Bundesamtes in den Großstädten in der Regel Zuschüsse von Bund, Ländern und privaten Einrichtungen. Aktuellere Zahlen waren nicht verfügbar.

Mehr als ein Drittel der Zahlungen (3,08 Mrd. Euro) ging 2001 bundesweit an Theater und Musikhäuser (36,9 Prozent). Auf Museen und Bibliotheken entfiel jeweils ein Anteil von rund 16,5 Prozent (1,38 Mrd.). Für die Finanzierung der Kunsthochschulen brachten die öffentlichen Mittelgeber weitere 435,7 Millionen Euro auf.

Gegen "Entflechtung"

Zu den aktuellen Überlegungen zur "Entflechtung" von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Kontext der Föderalismuskommission erklärte der Vorsitzende des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands, Dr. Norbert Lammert MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und zuvor kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, am 16. Februar 2004:

Der Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands hat sich

nachdrücklich gegen eine "Entflechtung" der gewachsenen Strukturen in der Kulturförderung von Kommunen, Ländern und Bund ausgesprochen und vor einer Aufnahme der Kulturförderung in den Themenkatalog der Föderalismuskommission gewarnt. Gesetzgebungskompetenzen - soweit vorhanden - seien im Kulturbereich zwischen Bund und Ländern ohnehin nicht streitig, vorhandene gemeinsame Finanzierungen von Kulturinstitutionen hätte sich bewährt und blieben unverzichtbar.

"Für die angestrebte 'Entflechtung' von Aufgaben zwischen Bund und Ländern besteht im Kulturbereich keinerlei Notwendigkeit.

Im Gegenteil sind gravierende Probleme unvermeidlich, wenn bewährte Kooperationsmodelle und damit verbundene wechselseitige Finanzierungszusagen durch eine unnötige Flurbereinigung aufgegeben werden müssten", so Lammert. "Es ist bemerkenswert, dass weder Vertreter des Bundes noch der Länder, am wenigsten aber die Repräsentanten der Kulturszene aus ihrer jeweiligen Sachkenntnis und Interessenlage einen Bedarf an 'Entflechtung' erkennen können."

Die Mitglieder des Gremiums haben dazu die folgende gemeinsame Erklärung verabschiedet:

1. Kunst- und Kulturförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen, Ländern und Bund. Diese Aufgabenteilung ist nicht nur historisch gewachsen, sie ist in dieser Verbindung auch die einzig sachgerechte Umsetzung des Selbstverständnisses

des Kulturstaates Deutschland unter den Bedingungen einer föderalistisch verfassten Ordnung. In diesem Sinne ist die Förderung von Kunst und Kultur eine "Pflichtaufgabe" von Bund, Ländern und Gemeinden.

2. Eine "Entflechtung" der gewachsenen Aufgabenverteilung im Kulturbereich würde die verfügbaren finanziellen Mittel nach allen Erfahrungen der Vergangenheit deutlich reduzieren und damit die Förderspielräume von Institutionen und Projekten erheblich verringern. Als Ergebnis einer solchen "Entflechtung" würden Kunst und Kultur nicht gestärkt, sondern geschwächt.

3. Die gemeinsame Aufgabewahrnehmung von Bund und Ländern liegt insbesondere, aber nicht nur bei national und international herausragenden Kulturinstitutionen und Projekten aus grundsätzlichen wie aus praktischen Gründen im vitalen Interesse des Bundes wie der Länder, vor allem aber der Träger, Akteure und Besucher der Kulturinstitutionen. Im Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands sind Kultur-Minister und -Dezernenten der unionsgeführten Länder und Städte, Kulturpolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Künstler und Repräsentanten wichtiger Kultureinrichtungen vertreten.

Kunst und Wirtschaft

Unter der Überschrift "Wahrnehmung von Kunst in der Wirtschaft" berichtet die FAZ vom 1. November 2003:

"Kunst wirkt subkutan: sie

geht unter die Haut", erklärt Christiane Zentgraf, Leiterin des Referats KulturKommunikation der BMW Group in München. Dabei gelte es, die Kunst zu achten, nicht, sie zu instrumentalisieren, erläutert die studierte Soziologin das Förderkonzept des Münchner Automobilbauers. Wenn Wirtschaftsunternehmen Kunst fördern, wissen sie genau, was sie von der Kunst und ihren Vermittlern erwarten. Bewerber tun gut daran, die wirtschaftlichen Argumentationen vorher genauestens zu studieren und sich zu überlegen, wie die Kunst wirkt und wie sie wirksam gemacht werden kann. Der Bewerber muss nicht immer BWL studiert haben, denn das veränderte Verhältnis von Kunst, Wirtschaft und Öffentlichkeit lässt sich ohnehin nur bedingt in ökonomischen Parametern erfassen.

Die traditionellen Sponsoringkategorien - der Tausch von Geld gegen geldwerte Leistungen - sind auf Kulturförderung nur bedingt übertragbar. Die Kulturabteilungen reflektieren dies, verdeutlicht Zentgraf den internen Nutzwert ihrer Abteilung: "Die BMW Group nimmt Kulturkommunikation nicht als bloßer Geldgeber wahr und nicht als distanzierter Gesprächspartner. Wenn wir uns hineinversetzen in künstlerische Prozesse, fremde Kulturen, Menschen und Institutionen, so bietet uns das einen Gewinn, der sich in Verkaufszahlen kurzfristig nicht messen lässt, der jedoch nachhaltig als Stärkung der positiven Reputation des Unternehmens zur Geltung kommt."

Mit der Kunst schiebt sich eine

intelligente Symbolebene zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Öffentlichkeit, die einen Zugriff auf wirtschaftsferne Fragestellungen und Wertediskussionen ermöglicht. Das Siemens Art Program definiert sich als "gesellschaftliche Forschungsabteilung". Mit fünf Kunstvermittlern für die Projektbereiche Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Musik, aber ohne eigene Unternehmenssammlung, gehört dieses Programm schon zu den personalintensivsten seiner Art.

"Wir sind Partner der Kultur. Im Dialog mit öffentlichen Institutionen und Künstlern entwickeln wir Konzepte und realisieren sie in gemeinsamer Abstimmung", beschreibt Angelika Nollert, Leiterin der Abteilung Bildende Kunst, die Grundidee des Förderprogramms: "Ich genieße die Freiheit, neue Themen der Kultur zusammen mit Wunschpartnern aufzuspüren, um diese in die aktuelle Debatte einbinden zu können." Gegenwärtig entwickelt auch die mittelständische Wirtschaft ein Interesse am Experiment mit der Kunst (...) - Ein Plädoyer für Mäzenatentum ("Geist ist geil") in der SZ vom 10. April 2004.

Nur 2 %

Auf einem Spendenkongress in Magdeburg (22./23. April 2004) wurde die Zahl von 2% genannt, die aus Milliarden Euro Spendengeldern 2003 in die Kultur geflossen sind; nur rund 300 bis 350 Millionen Euro investierten deutsche Unternehmen in die Kultur. Der größte Teil fließt nach wie vor in den Sport.

Museumsbesuch fördern

In einem Kommentar vom 2. März 2004 weist die WELT darauf hin, dass in Museen mit deutlich weniger als 500.000 Besuchern die Kassiererin mehr koste als sie kassiert. Daher haben die Magdeburger und die Braunschweiger Museen das Eintrittsgeld und die Kassiererin abgeschafft. Damit wird das englische Vorbild nachgeahmt, bei dem die Museumsbesuche in großen Häusern seit Ende 2001 nichts kosten und einige Museen seitdem 100% Besucher mehr verzeichnen können.

Streit über Vergütung

Die SZ vom 25. November 2003 berichtet über den Streit über die Vergütung für Orchestermusiker auf der einen Seite Kulturministerin Christina Weiß und Rolf Bolwin, Direktor des Deutschen Bühnenvereins, auf der anderen Seite die Orchester und die Deutsche Orchestervereinigung. Kulturstatsministerin Weiß hatte gefordert, der radikale Umbau verlange auch von den Musikern den Abschied von einer weltfremden Verwöhnlandschaft. Privilegien und geldwerte Vorteile müssten abgebaut werden. Das finanzielle Anspruchsdenken müsse zur wirtschaftlichen Lage eines Staates in einem gesunden Verhältnis stehen.

“Blanker Populismus” nannte das die Deutsche Orchestervereinigung. Privileg Nr. 1 das Dienstsysteem, Regelungen die dazu führen, dass den Musikern bei längeren Vorstellungen mehr Arbeitszeit angerechnet wird, als sie tatsächlich leisten und schließlich die reale Wochenar-

beitszeit weit unter 35 Stunden. Rolf Bolwin wies darauf hin, dass der Tarifvertrag für Kulturorchester (TVK) bislang von einer grundlegenden Reform verschont worden sei.

Dazu die SZ: “Es macht keinen Unterschied mehr, ob Jugendclubs, Krankenhäuser oder ein Orchester geschlossen werden. Eine defizitär agierende Gesellschaft, in der Zirkusartisten gleichzeitig auf der Straße stehen wie Polizisten, Feuerwehrleute, Bankangestellte, Lehrer oder Studenten finanzielle Einbußen zu beklagen, verlangen letztlich auch von denjenigen ein Opfer, die sich bislang auf St. Florian verlassen konnten. (...)

Dies sollten auch Deutschlands Orchester und Musiker bedenken, sonst hat der klassische Konzertbetrieb - und dies wohl möglich früher als von den schlimmsten Pessimisten befürchtet - schon bald keine Zukunft mehr.”; s. auch den Kommentar im RhM vom 6. November 2003: “Kulturministerin der Entwöhnung”.

Gemeinnützigkeit verschärft

Nach einer Meldung der WELT vom 3. Dezember 2003 hat das Finanzministerium die Regelungen für Kulturförderung verschärft. Bibliotheken, Theater, Orchester und andere Kultureinrichtungen müssen von Mitte 2004 an dem Finanzamt nachweisen, dass sie gemeinnützig sind. Bisher war das Finanzamt davon ausgegangen, dass alle öffentlichen Kulturangebote gemeinnützig sind (WELT, 03.12.2003).

Weimarer Kunstfest gesichert, Klassik vor Finanzierungsproblem

Das Weimarer Kunstfest, das vom 20. August bis 19. September 2004 stattfindet, ist finanziell gesichert: Der Bund habe kurzfristig und einmalig seine Zuwendung auf eine ½ Mio. Euro verdoppelt, so dass nun insgesamt 1,4 Mio. Euro an öffentlichen Geldern zur Verfügung stünden (WELT, 02.04.2004); hingegen fehlen bei der Stiftung Weimarer Klassik in 2005 2,5 Mio.; nun will man sich auf Klassik und Moderne mit Bauhaus konzentrieren (WELT, 24.04.2004; FAZ, 30.04.2004). An Weimar lasse sich studieren, dass der Aufbau Ost gescheitert sei, behauptet Johann Michel Möller in der WELT vom 15. April 2004: “Und ewig tropft die Gießkanne”.

Finanzierung à la NRW

Kulturminister Michael Vesper hat zwar behauptet: “Die Einrichtungen für die das Land zuständig ist, bleiben unangetastet.” Aber wie bekannt wurde, greift der Minister der Kunstsammlung NRW, also den beiden Düsseldorfer Museen K20 und K21, tief in die Tasche, während bei dem Budget für den Erwerb von Kunstwerken um 200.000 Euro für 2004 und 2005 reduziert wird. Das sind rund 10% des Etats (Wams, 26.10.2003).

Ausbildungsabgabe Nonsens

Die von der Bundesregierung geplante “Ausbildungsabgaben” ist nach Ansicht des deutschen Bühnenvereins für Theater nicht zu finanzieren. Rolf Bolwin, Direktor des Bühnenvereins, rechnet

mit einer "Ausbildungsabgabe" von insgesamt 6 Mio. Euro für die öffentlich getragenen Theater. An Staats- und Landestheatern gibt es derzeit wohl 39.000 Arbeitsplätze. Etwa 900 Personen werden in diesen Betrieben ausgebildet. Auch die Privattheater müssten laut Bolwin mit erheblichen Belastungen rechnen, sofern sie mehr als 10 Mitarbeiter beschäftigen. Der Bühnenverein spricht sich dafür aus, bei der Berechnung der Ausbildungsabgabe Beschäftigungsverhältnisse auszunehmen, für die es gar keinen betrieblichen Ausbildungsweg gibt. Das sei bei den meisten künstlerischen Berufen der Fall (FR, 03.04./FAZ, 06.04.2004).

Sparen in Dresden

Über die Sparmaßnahmen in Dresden berichtet die FAZ vom 06.03.2003. Nach derzeitigen Plänen sollen bis 2007 der Dresdener Kultur 7,1 Mio. Euro gekürzt werden. Unter anderem sollen die Musikfestspiele "auf Null gesetzt" werden, die Operette soll 1,5 Mio. Euro, die Philharmonie 1 Mio. Euro sparen, das "Theater Junge Generation" 1,2 Mio. Euro verlieren, den Bibliotheken sollen 500.000 und dem Kulturamt 400.000 Euro gestrichen werden (FAZ, 06.03.2004).

Geld in Frankfurt

Der Förderverein der Alten Oper bekam 2002 541.000 Euro zusammen.

Verstoß

Nach Meinung des Verbandes der Deutschen Konzertdirektion verstoßen viele deutsche Finanz-

ämter gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Bis 2003 galten in Deutschland musizierende Ensembles als umsatzsteuerfrei, Dirigenten hingegen mussten zahlen. Nach einem Urteil des EUGH sind Solisten Musikerkollektive gleichermaßen "ausübende Künstler". Deshalb sind beide von der Umsatzsteuer befreit. Diesen Grundsatz lassen deutsche Finanzämter allerdings nicht für Orchesterleiter gelten. In einem Brief an Bundesfinanzminister Eichel haben die Konzertdirektionen dagegen protestiert (Spiegel 12/2004).

Kulturpolitik im Bund

Unterstützung

Die Kulturenquetekommission des Bundestages erhält vom Kunstrat im Deutschen Kulturrat (Berlin) Unterstützung. Gemeinsam erarbeitet werden soll ein "Leistungskatalog zur Grundversorgung im Bereich der bildenden Kunst". Der Kunstrat ist der Zusammenschluss von 320 Verbänden der bildenden Kunst. Betroffen sind unter anderem der Schutz der Kulturberufe, die steuerliche Anerkennung freiberuflicher künstlerischer Tätigkeit und die Berufsausbildung der Branche. Überdies will man sich zur Kunstförderung und -vermittlung bei Kindern und Jugendlichen äußern (FAZ, 20.03.2004).

Streichungen

Nach Auffassung des kulturpolitischen Sprechers der CDU/

CSU Fraktion im Deutschen Bundestag Günter Nooke werden in diesem Jahr mehr als 3,2 Millionen im Etat von Kulturstatsministerin Christina Weiss gestrichen. Die Bundeskulturstiftung übernimmt in Zukunft die Förderung der Kunst und Documenta in Kassel sowie verschiedene Kulturfonds für Literatur und darstellende Künste, so dass die freiwerdenden Mittel im Weiss-Etat für andere Projekte verwendet werden können. Weitere 3, 2 Millionen dürften dazukommen, wenn der Bund Ende 2005 aus der Kulturstiftung der Länder aussteigen wird (WELT, 14.02.2004).

Für Bundeskultur

Norbert Lammert, MdB, Vizepräsident des Bundestages und zuvor kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, hat sich nach einem möglichen Sieg der Union bei der nächsten Bundestagswahl einen Minister für Kultur ausgesprochen. Neben der derzeitigen Lösung eines Staatsministers im Kanzleramt kann sich Lammert auch ein eigenständiges Ministerium für Kultur und Städtebau oder ein Ressort für Bildung, Wissenschaft und Kultur vorstellen. Begrüßt wurde die Ankündigung vom Deutschen Kulturrat.

Auswärtige Kulturpolitik

Weniger Kürzungen

Am 24. März 2004 teilten der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages und der Deutsche

Kulturrat mit, dass die auswärtige Kulturpolitik von zusätzlichen Etatkürzungen verschont bliebe. Die Kultur- und Haushaltspolitiker des Bundes haben sich darauf verständigt, die auswärtige Kulturpolitik aus dem sogenannten Koch-Steinbrück-Papier heraus zu nehmen. Damit bleibe für das Auswärtige Amt nur die für alle Ressorts verbindliche globale Minderausgabe von 2,5 %. Die zusätzlichen Kürzungen hätten noch einmal einen Umfang von 6 Mio. Euro gehabt (s. FAZ, 17.03.2004; 25.03.2004).

Damit dürfte der ursprüngliche Plan von Außenminister Fischer vom Tisch sein, die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik in den nächsten 3 Jahren um mehr als ein Drittel zu kürzen. Damit wären die Kürzungen bis zum Jahre 2007 auf bis zu 38% des heutigen Etats gestiegen (FAZ, 05.03.2004); nach den ursprünglichen Plänen sollte der Beitrag des Bundes um 6% in 2004, um 8% in 2005 und je 12% in 2006 und 2007 gekürzt werden. Neben dem Goethe-Institut wären auch der DAAD, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und das Institut für Auslandsbeziehungen gefährdet gewesen (WELT, 06.03.2004).

Der CDU-Abgeordnete Günter Nooke hatte darauf hingewiesen, dass die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mit 0,22% im Bundeshaushalt einen "deprimierenden Tiefstand" erreicht habe. In einem Interview der FAZ vom 06.03.2004 hatte Goethe-Generalsekretär Andreas Schlüter darauf verwiesen, dass in anderen Ländern die Kultur-

ausgaben für die auswärtige Kulturarbeit steigen: "In Großbritannien z.B. hat die auswärtige Kulturpolitik trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation einen viel höheren Stellenwert, als sie in Deutschland zu sein scheint. Das British Council kann deshalb deutliche Zuwachsraten vorweisen."

Zu den Kürzungsplänen s. auch den Kommentar in der WELT vom 6. März 2004: "Das kommt dabei heraus, wenn man die Dinge verwechselt und Subvention nennt, was eine Investition ist. Denn daran, dass die der auswärtigen Kulturpolitik zugewiesenen Gelder eine Investition darstellen, eine höchst rentierliche zudem (...), kann kein Zweifel bestehen. Die Präsidenten der geschröpften Institutionen, Jutta Limbach, Wolfgang Frühwald und Theodor Berchem, haben recht, wenn sie von einem Kategorienfehler sprechen. Abstriche bei der auswärtigen Kulturpolitik unter dem Motto ‚Subventionsabbau‘ zu verkaufen, zeugt in der Tat von totalem Missverständnis (...)

Das ist außenpolitisch verheerend, weil bei diesen Häusern in den letzten Jahren schon heftig gekürzt wurde und weil Deutschland gerade jetzt, wo es eine aktivere Rolle auf der Weltbühne spielt, auf die Mittel der Kulturpolitik dringend angewiesen ist." Allerdings: "In Zeiten von Kürzungen muss jeder mit harten Bandagen kämpfen, doch die Empörung wäre noch überzeugender, wenn die Institutionen selbst klarere Akzente in ihrer Arbeit setzten (...) Bei allem

berechtigten Protest: Manche Häuser müssen auch den Nachweis erbringen, dass sie selbst die Zeichen der Zeit erkannt haben."

Deutsche Welle: Neues Gesetz

Am 24. März 2004 stimmte das Bundeskabinett einem Gesetzesentwurf zur Zukunft der Deutschen Welle zu, der ihr ein modernes Aufgabenprofil beschreiben soll. Damit wird der Austausch der Kulturen noch stärker festgeschrieben. Es gehe darum, ein "Bild Deutschlands als welt-offene unverkrampfte europäische Kulturnation und als demokratischer Verfassungsstaat zu zeichnen", also nicht nur weltweit über Deutschland informieren, sondern das Land "in seiner kulturellen Vielfalt präsentieren".

Dafür soll der Sender von 2006 an unabhängig einen 4 Jahre umfassenden Aufgabenplan erarbeiten und diesen Bundesregierung und Bundestag vorlegen. Der Plan soll zudem veröffentlicht werden. Diese Form der Selbstregulierung ist neu. Die Zusammenarbeit mit ARD und ZDF sowie mit anderen Auslandssendern soll verstärkt werden. Bei regional ausgestrahlten Sendungen hat die Deutsche Welle überdies einen gewissen Sendeanteil für Werbung. Der Etat für 2004 liegt bei 265 Mio. Euro. Für 2005 bei 261 Mio. Euro. Die Deutsche Welle beschäftigt derzeit rund 1.500 Mitarbeiter (FAZ 25.03.2004). Zur Diskussion um das Gesetz. Im Bundestag s. den Bericht in der FAZ vom 6. Mai 2004 ("Wertevermittlung").

Goethe-Institut

Mehr nach Osten

Das Goetheinstitut will angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung einen deutlichen Schwerpunkt auf Projekte in Mittel- und Osteuropäischen Ländern legen. Dafür soll weniger Geld in die Goethezentren der westlichen Welt investiert werden. Lesesäle werden eröffnet in Pjöngjang und in Ulan-Bator (WELT, 04.12.2003).

Kritik

Auf Kritik ist die Satzungsänderung des Goetheinstituts gestoßen, im Ausland nicht mehr für die deutsche Kultur, sondern für Kultur in Deutschland zu werden. Dazu die Berliner Morgenpost vom 26. Januar 2004: "Was immer das bedeuten mag. Wir müssen nur aufpassen nicht in die Zeit Karls V. zurückzufallen, der im Gebet spanisch, mit Frauen italienisch und mit den anderen französisch und nur mit seinen Pferden deutsch gesprochen haben soll."

Laibach, Riga, Ägypten

Zum Goetheinstitut in Riga siehe den Bericht in der FAZ vom 14.11.2003; am 22. April 2004 wurde ein Institut in Slowenien eröffnet, am 19. April ein erster "Dialogpunkt" in Assiut.

Zusammenarbeit mit British Council

Goethe-Institut und British Council haben in London eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Zwischen den Zentralen in München und London wird abgestimmt und verstärkt Personalaustausch und Ressourcenbil-

dung betrieben – was in der Praxis ausdrücklich auf die Einrichtung gemeinsamer Kultureinrichtungen hinauslaufen soll (FAZ, 28.02.2004).

Positive Bilanz

Eine positive Bilanz hat die Frankfurter Rundschau vom 10. April 2004 über die ersten 100 Tage von Generalsekretär Andreas Schlüter und dessen Stellvertreter Wolfgang Bader gezogen. Angekündigt wurde, dass sich die "Goethe-Geographie" zugunsten der EU-Beitrittsländer sowie der GUS-Staaten verändern werde, man zur Budgetierung übergehen, dass ein großer Personal Schub durch Pensionierungen zu erwarten sei. Das Goethe-Institut will mit seiner "Kulturarbeit als Krisenprävention" weltweit in die Offensive gehen. Insbesondere, so der stellvertretende Generalsekretär Wolfgang Bader am 7. April 2004, sei China eindeutig ein "Wachstumsmarkt". 150.000 Schüler nehmen weltweit an Sprachkursen teil, in Deutschland kommen noch einmal 25.000 dazu. Insgesamt lernen weltweit 20 Mio. Menschen Deutsch.

Neues Online-Magazin

Mit dem neuen Online-Magazin "Litrix.de-German Literature online" will das Goethe-Institut die Verbreitung deutscher Literatur im Ausland fördern, die es trotz steigender Lizenzverkäufe immer noch schwer hat, auch weil sie als schwer verständlich gilt. Das Magazin soll etwa dreißig aktuelle Titel in Probeübersetzungen aus den Bereichen Belletristik, Sachbuch sowie Kinder- und Jugendbuch vorstellen. Hin-

zu kommen Hintergrundinformationen zu Autoren, Titeln und Verlagen, mit einem umfangreichen Linkverzeichnis zu Rezensionen (FAZ, 27.01.2004).

ifa: Kulturdialog

Über den "Report" "Der Westen und die islamische Welt" des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart (ifa) mit Stellungnahmen muslimischer Wissenschaftler und Journalisten s. den positiven Bericht in der FAZ vom 7. April 2004 (abzurufen unter: www.ifa.de).

Beutekunst

Rückgabe gefordert

Die Bundesregierung hat bei ihren Gesprächen in Moskau mit dem neuen russischen Kulturminister Alexander Sokolow ihren Anspruch auf die Rückgabe sogenannter Beutekunst bekräftigt. Kulturstaatsministerin Weiss kündigte an, sie werde Sokolow die deutsche Sicht des russischen Beutekunstgesetzes erläutern, das von der letzten Duma verabschiedete Gesetz hatte die von russischen Soldaten am Ende des 2. Weltkrieges in ihre Heimat gebrachten Kulturgüter zu russischem Eigentum erklärt. Das Gesetz erlaubt allerdings die Rückgabe.

Kulturminister Sokolow hat sich selbst dafür ausgesprochen, die Frage juristisch neu aufzurollen (FAZ, 08.04.2004). Die stellvertretende russische Kulturministerin Natalja Demenjtjewa hat sich für die Rückgabe von Beutekunst an Deutschland im Rahmen der russischen Gesetze ausgesprochen.

Kulturpolitik in den Ländern

Ministerpräsidenten gegen Bundeskultur

Nach einem Bericht der FAZ vom 10. Mai 2004 wollen die Ministerpräsidenten der Länder offenbar die Kompetenzen des Bundes zur Förderung der Kultur stark einengen. Das gehe aus einem Positionspapier der Regierungschefs zur Föderalismusreform hervor. Darin heiße es, die Kulturhoheit liege bei den Ländern, der Bund habe nur dort Aufgaben und Befugnisse, wo das Grundgesetz entsprechende Regelungen treffe oder wenigstens zulasse. "Ungeschriebene Kompetenzen des Bundes" wollen die Länder künftig nur noch "in engen Grenzen" anerkennen. Besonders brisant sei der Satz:

"Weder die Überregionalität noch die gesamtstaatliche oder nationale Bedeutung einer Aufgabe kann allein eine Bundeskompetenz begründen." Damit werden die auslegungsbedürftigen, aber bisher unstrittigen Kriterien für eine mögliche Zuständigkeitszuweisung an den Bund in Frage gestellt. Stark betroffen von dieser Auslegung könnte das Berlin-Engagement des Bundes sein. Die anstehende Beschäftigung des Bundesrates mit dem Gesetz zur Errichtung einer Bundesstiftung für die Berliner Akademie der Künste könnte ein erster Vorschein des heraufziehenden Streites werden. Versöhnlicher zeigten sich die Ministerpräsidenten im Streit um die Fusion von Bundeskulturstiftung und Kulturstiftung der Länder. Sie seien zur Zusam-

menführung bereit, Voraussetzung dafür sei aber eine "einvernehmliche Systematisierung und kompetenzrechtliche Zuordnung der generellen Förderkompetenzen und der Einzelfälle der bisherigen Bundesförderung" sowie eine "Vereinbarung von Finanzierungsgrundsätzen für künftige Förderungen des Bundes in den Ländern". "Ob es für derlei Lösungen Hoffnung gibt, ist angesichts der schwierigen Beratungen der Föderalismuskommission mehr als ungewiss", so die FAZ.

Baden-Württemberg

ZKM Flaggschiff

Kulturstaatssekretär Michael Sieber hat öffentliche Überlegungen über die Zukunft des Karlsruher Zentrums für Bundes- und Medientechnik (ZKM) "ganz und gar abwegig" genannt. Niemand erwäge strukturelle Einschränkungen oder gar einen Rückzug bei international renommierten Kultureinrichtungen. Das ZKM sei Flaggschiff der Kultur im Land.

Überblick

Ein Überblick über die aktuelle Baden-Württembergische Kunst- und Museumspolitik in der FAZ vom 29.11.2003: "Wie es euch zerfällt".

Zielvereinbarungen

Die 10 staatlichen Museen sollen mittelfristig eigene Etats erhalten und über Ziel- und Leistungsvereinbarungen Profilbildung die Kooperation untereinander verbessern. Ausgewertet werden sollen die Erfahrungen

des Badischen Landesmuseums als Landesbetrieb seit 2003.

Bayern

Abgesang

Einen Abgesang auf die bayerische Kulturförderung liefert die SZ vom 20. Dezember 2003 ("Verblühende Landschaften"). Eine Zahl von 5% Absenkung in 2004 ließe das Ausmaß der Folgen für die bayerische Kulturlandschaft kaum erahnen. Am härtesten seien die nichtstaatlichen, also die kommunalen Kultureinrichtungen, nur partiell vom Land unterstützt, von den Einsparungen betroffen, denn man könne von den Kommunen nicht den "Heroismus" erwarten, ein von Staatswegen aufgegebenes Institut aus eigener Kraft am Leben zu erhalten, mit Verweis auf die Theater in Würzburg, Augsburg, Regensburg, Coburg und Hof. Die SZ registriert, dass sich kaum Widerstand regt, es fehlt insbesondere die Lobby, daher sind die Einsparungen politisch recht ungefährlich, kulturell jedoch nicht folgenlos. Es drohe, so die SZ weiter, ein massives Sterben unter den Musikschulen. Für nichtstaatliche Orchester bedeutet die Einsparung schlicht das Ende. Die SZ kommt zu dem Schluss: "Die bayerische Kulturlandschaft hat sich bisher durch ihre regionale Vielfalt ausgezeichnet, sie nach der Verödung wieder zu begründen würde Jahrzehnte dauern und Kosten verursachen, die zu den jetzt eingesparten in keinem Verhältnis stünden (...)

Sparmaßnahmen auf kulturellem Sektor sind ein kleiner

Schritt auf dem Weg der wirtschaftlichen Gesundung eines Landes, aber ein großer schwerwiegender Schritt für die Betroffenen (...)

Man muss den Künsten die Möglichkeit geben in angemessener Zeit auf die Zwänge zu reagieren. Wer eine wunderbar vielfältige Kulturlandschaft auf Dauer pflegen will, muss auf den Rasenmäher verzichten."

München - Bewertet

Zur Münchener Kulturpolitik s. den großen Bericht in der SZ vom 25. Februar 2004: "München dümmert's".

Berlin – "Hauptstadtkultur"

Würdigung

Eine gemischte Würdigung der Kulturpolitik von Senator Flierl in der FAZ vom 1. April 2004; vgl. auch WELT vom 2. April 2004: "Senator in der Krise".

Preußischer Kulturbesitz noch "preußisch"?

Auf Kritik der FAZ vom 3. Februar 2004 ist der Vorschlag von Stiftungspräsident Klaus-Dieter Naumann gestoßen, das Wort Preußen zu streichen und dafür eine Stiftung mit dem Namen Kunstbesitz zu wählen: "Worum es jetzt geht, ist nicht die Frage, ob man Preußen mag oder nicht, lediglich die Frage, ob es wieder sein wird (...). Es geht, was der Stiftungspräsident Naumann wissen müsste, nicht um die Frage was wir uns aussuchen und unter neuem Namen ausstellen können, es geht eigentlich darum wie wir mit unserem Erbe

umgehen, um die Frage also ob wir Geschichte umlügen (...)

Preußen hat das nicht verdient, unsere Nachkommen aber auch nicht, sonst beginnt in einiger Zeit die deutsche Geschichte mit dem ‚Wunder von Bern‘". Als Folge der Kritik hat Naumann den Namen "Nationalstiftung preußischer Kulturbesitz" ins Spiel gebracht (FR, 14.02.2004).

Zum letzteren Vorschlag kommentiert die FAZ vom 16. Februar 2004: "Man wird Lehmann kaum vorwerfen können, er sei dem politischen Waschzwang verfallen, so wie 1999 Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der den 'Reichstag' in 'Deutscher Bundestag. Plenargebäude' umbenennen wollte, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Die Kulturstiftung stand bisher für das Beste, was uns Preußen hinterlassen hat. Mit seiner rätselhaften Namensformulierung setzt Lehmann aber genau das aufs Spiel und gibt die Erinnerung an eine einzigartige Epoche endgültig dem Vergessen preis."

Topographie des Terrors: ein Rücktritt*

Nach neuesten Ankündigungen soll der geplante Bau des NS-Dokumentationszentrums "Topographie des Terrors" frühestens 2007 fertig sein. Ursprünglich war 1998 vorgesehen.

Die Baufirma für den Rohbau der Ausstellung "Topografie des Terrors" ist insolvent. Es wird neu ausgeschrieben, wobei die Topographie nicht einen Cent mehr als die vorgegebenen knapp 39 Mio. Euro kosten soll; Architekt Peter Zumthor soll eine weitere Vereinfachung vornehmen. Berlins vormaliger

Bausenator Strieder erklärte, die Topografie werde im nächsten Jahr zu den geplanten Kosten errichtet werden oder gar nicht (FAZ, 05.11.2003). Kulturstaatsministerin Christina Weiss hatte im November darauf hingewiesen, der Bund werde die Hälfte der Kosten nur übernehmen, wenn die Obergrenze von 39 Mio. Euro nicht überschritten wird.

Zermürbt vom Dauerstreit ist Topographie-Direktor Reinhard Rürup zum 30. April 2004 zurückgetreten. In einem Interview mit der SZ vom 27. März 2004 erklärte er: "... bei der Topographie des Terrors (...) wird in der Theorie von keinem bestritten, dass in Berlin eine solche Einrichtung nötig ist. In der Praxis aber sieht das dann ganz anders aus." Zu seinem Rücktritt s. auch der Kommentar in der WELT vom 27. März 2004: "Es war ein typisches Berliner Projekt: der große Anspruch, über den ruinierten Resten der SS-Zentrale einen Ort der Dokumentation und Erforschung der Täter zu schaffen, der großartige Entwurf des Schweizer Architekten Peter Zumthor, die ins Gigantische laufenden Kosten. Und schließlich die banale Erkenntnis, dass ein unkalkulierbares im Subventionsreichtum erdachtes Unternehmen in Zeiten des Bankrotts nicht mehr zu finanzieren ist (...)

Tragisch aber sind wieder einmal die Folgen für die Forscher. Hätte die Topographie doch wenigstens einem der mittlerweile nach Hunderten zählenden Zeit-historiker ein Auskommen sichern können. Sie haben dafür gesorgt, dass wir mittlerweile wissen, was wiederum in Hei-

drichs Amt geschah. Nun müssen immer mehr Forscher erkennen, dass ihre Leistung eine brotlose Kunst gewesen ist." Eine Entscheidung sei "überfällig", befindet die FAZ vom 6. Mai 2004 ("Virus des Scheiterns").

Museumsinsel

Baumaßnahmen auf der Museumsinsel und Staatsbibliothek unter den Linden können seit der Übernahme der Kosten durch den Bund vorangehen. Eine erfreuliche Zukunftsperspektive konnte Stiftungspräsident Klaus Dieter Lehmann bei einer Bilanz 2003 der Öffentlichkeit präsentieren. (FAZ, 28.02.2004); eine Zwischenbilanz zieht auch die ZEIT vom 14. April 2004 ("Schatzkammern der Bildung").

Schlossplatz - Schloss

Zu den Diskussionen um Berlins Stadtzentrum s. den ausführlichen Bericht in der FAZ vom 14. November 2003 und die Schlussfolgerung: "Dieses Stadtzentrum, dessen Mitte der Schlossplatz einmal war, ist größer als Londons City von Trafalgar Square bis Covent Garden, als Wien zwischen Hofburg und Stephansdom oder Roms Altstadt zwischen Piazza Navona und Piazza Varese. Es wird nicht wiederzubeleben sein, wenn man es immer wieder nur als Ansammlung kleinerer und größerer Inseln betrachtet, über deren Geschichte man zur Not Gras wachsen lässt."

Nachdem der Bundestag beschlossen hat, den Palast der Republik in Berlins Mitte abzureißen, entsteht wieder neue Hoffnung für das Stadtschloss,

für das die WELT in einem großen Artikel vom 8. Dezember 2003 wieder einmal kämpft. Daher solle man wohl auch auf die Idee verzichten, das Gelände zwischenzeitlich zu einem Park zu gestalten, der von den Berlinern dann so genutzt würde, dass sie nicht mehr auf ihn verzichten wollten "dann wäre es um den Schlossausbau geschehen".

Holocaustdenkmal

Der Streit um die Firma Degussa und ihre Tochterfirma und deren Beteiligung an der Fertigstellung des Holocaustdenkmals im November 2003 ist überwunden. Dass sich damit zugleich wieder eine Diskussion um Realisierung und Widmung des Denkmals verbunden hat, war zu erwarten. So hat sich Rafael Seligmann erneut dafür ausgesprochen, die Arbeiten endgültig einzustellen (s. WELT, 30.10.2003), der allerdings auch dafür argumentiert, das Mahnmal allen Opfergruppen zu widmen (WamS, 21.03.2004).

Zu den Vorgängen um einen verfehlten Witz von Peter Eisenman und die Zukunft des Holocaustdenkmals siehe die Berichterstattung WELT vom 9. März 2004 und FAZ vom 12. März 2004: "Der Architekt hat sich öffentlich entschuldigt, ist bereit, mit der Berliner Gemeinde zu reden. Was mehr könnte er tun und könnten wir wollen?"

Berliner Symphoniker gestrichen

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 18. März 2004 beschlossen, die Zuwendungen von 3,3

Mio. Euro an die Berliner Symphoniker zu streichen.

Dazu die WELT vom 20. März 2004: "Für die kleinen rühmig als Eingetragener Verein operierenden Symphoniker war jetzt keine namhafte Lobby zu finden. Das schwächste der 8 Orchester wurde als Bauernopfer auserwählt, wo bei anderen mehr zu holen gewesen wäre (...) Berlin muss sparen, das ist richtig. Die Kultur kann davon nicht ausgenommen werden. Nur trifft es im Falle der Symphoniker die Faltschen. Das zweifellos preiswerte Orchester war ein Vorbild für bürgerliches Engagement (...)

Das Signal bleibt missverständlich."

Der Bund übernimmt

Im Dezember 2003 wurde der Hauptstadtkulturvertrag unterzeichnet, der bis zuletzt verhindert werden sollte. In dem Vertrag verpflichtet sich der Bund, 70 Mio. jährlich für die hauptstädtische Kultur zu bezahlen, also 22 Mio. mehr als bisher, als Beitrag für die Opernstiftung. Streitpunkt war der Hauptstadtkulturfond, in den der Bund bis zum Jahre 2007 rund 10 Mio. Euro jährlich einzahlen will, aber dann soll neu verhandelt werden. Berlin aber wollte, dass diese Summe, am besten bis zum Ende aller Tage, garantiert ist. Der Hauptstadtkulturvertrag sieht zudem die Übernahme der Stiftung Deutsche Kinemathek sowie des Berliner Beitrages zu den Betriebskosten zu dem Hamburger Bahnhofs durch den Bund vor.

Insgesamt unterstützt der Bund die Berliner Kultur mit 407 Mio. Euro (FAZ, 02.04.2004).

Übernahme abgelehnt

Außerdem wollte der Bund die Berliner Akademie der Künste übernehmen; das Bundeskabinett hatte am 31. März den von Kulturstatsministerin Christina Weiss vorgelegten Gesetzentwurf zur Umwandlung der Berliner Akademie der Künste in eine Bundeseinrichtung beschlossen. Die Akademie erhält in diesem Jahr einen Zuschuss von mehr als 18 Mio. Euro. Das Vorhaben ist im Bundesrat allerdings schon rasch auf Kritik gestoßen und wurde am 14. Mai 2004 abgelehnt (FR, 15.05.2004).

Opernstiftung

Am 12. Dezember 2003 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der SPD-PDS-Regierungskoalition die Gründung der Stiftung "Oper in Berlin" zum 1. Januar 2004 beschlossen. Zentraler Punkt der Stiftung ist die Zuschussabsenkung in den nächsten Jahren. Als Gegenleistung bietet Kulturse-nator Flierl Planungssicherheit für die Häuser, die fünfjährige Zuwendungsverträge bekommen und dann wissen, wie viel Geld sie bis 2008 zur Verfügung haben. Momentan läßt sich das Land Berlin seine drei Musiktheater jährlich gut 113 Mio. Euro kosten. Bis 2009 sollen von diesem Betrag 16,8 Mio. Euro eingespart werden. 96,8 Mio. Euro blieben für die Stiftung übrig. Insgesamt sollen 220 Stellen wegfallen. Parallel dazu muss der Kultursenat die Frage der Entschuldung klären. So haben sich bei der Deutschen Oper Verbindlichkeiten in Höhe von knapp 8 Mio. Euro angesammelt, und die Schulden der Ko-

mischen Oper belaufen sich auf 650.000 Euro. In der FAZ vom 16. Dezember 2003 hatte Christina Weiss gegen eine Staatsoper in Bundesregie argumentiert: Der Bund bleibe im Berliner Reformprozess ein aufmerksamer Zaungast, er zahle zwar eine Anschubfinanzierung, halte sich aber ansonsten heraus: "Wenn der Bund die Lindenoper übernommen hätte, welche Gründe hätte es dann gegeben, wenn Hannover, Hamburg oder Dresden oder in München dem Bund ihre ‚Staatsoper‘ offeriert hätten." Zudem hätte der Bund für die Lindenoper im Jahr etwa 45 Mio. Euro aufbringen müssen, was nur durch Rückzug aus anderen Einrichtungen zu kompensieren wäre. "Insofern bleibt die beste, vor allem bezahlbare Lösung die, eine Opernstiftung zu gründen."

Kritik hatte Günter Nooke, MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, geäußert. Er habe tiefes Misstrauen gegen die von der rot-grünen Bundesregierung wie auch vom rot-grünen Senat favorisierte Stiftung, die alle drei Berliner Opern unter einem Dach vereinigen soll: "Dann sollte Berlin auch den Mut haben zu sagen, dass man dabei ist eine Oper mit drei Spielflächen zu schaffen, was anders ausgedrückt heißt: Berlin schließt zwei Opern" (Berliner Morgenpost, 15.11.2003).

Begrüßt hat hingegen die WELT vom 13. Dezember 2003 die Opernstiftung und weist darauf hin, man solle die "symbolische Kraft dieser Entscheidung

nicht gering schätzen": "Der Bund hat sich (...) zu seinem kulturellen Berlinengagement bekannt." Der kommissarische Koordinator der Opernstiftung Georg Vierthaler wies in einem Interview mit dem Spiegel (11/2004) darauf hin, dass die Stiftung spätestens 2007 vor einer Finanzierungslücke von 7,2 Mio. Euro stehen werde. Man müsse den Refinanzierungsgrad von jetzt 13 Prozent auf rund 20 Prozent steigern. Das entspreche dem Niveau der Hamburger Staatsoper.

Machtkampf im Hauptstadtkulturfonds

Kuratorin Adrienne Göhler soll ihre Stimme (eine von fünf) im Kuratorium des Hauptstadtkulturfonds (über 10 Mio. Euro p.a.) verlieren; damit soll eine Trennung zwischen politischer Führung und Fachjury erreicht werden; darüber tobt seit Wochen Streit (FAZ, 12.05.2004): "Staatskunst" wird unterstellt.

Festwochen ade

In einer Bewertung der Berliner Festwochen 2003 kommt die FAZ vom 3. November 2003 zu folgendem Schluss: "Christina Weiss hat kürzlich versichert, der Bund habe kein Interesse daran, sich (...) ein Opernhaus zu halten. Die Frage ist näherliegend, was sie von der Finanzierung eines Hauptstadtfestivals hält, das kulinarische Opernproduktionen einlädt, die überall anders auf der Welt, und sogar in Baden-Baden, schon zu erleben waren (...). Statt der traditionellen Berliner Festwochen soll es von November bis Januar künftig "spielzeiteuropa" und

theoretisch ein europäisches Theaterfestival mit bis zu 15 Produktionen geben (s. Bericht in der WELT, 26.01.2004).

Brandenburg

“Größenwahn”?

Der Grundstein für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche soll in 2005 gelegt werden. Die Kosten werden auf bis zu 50 Mio. Euro veranschlagt. (WELT, 17.01.2004). Als “Größenwahn” hat die FAZ vom 23. Januar 2004 den Wiederaufbau bezeichnet: “Ergebnis eines Rotweinabends”.

Bühnenverbund

Die Bedingungen für den Theater- und Konzertverbund in Brandenburg werden verändert. Durch den Verbund zwischen den Städten Potsdam, Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel (1999 gegründet) sind Kosteneinsparungen möglich, so die Prüfung des Potsdamer Kulturministeriums. Die Einsparungen betragen 6 Mio. Euro. Allerdings habe es kaum ein Austausch der jeweiligen Produktionen gegeben. Der Verbund soll 2004 besser organisiert werden. Gedacht ist etwa an Prämien, wenn der gegenseitige Austausch der Verbundpartner reger würde, etwa durch eine gemeinsame Konzertreihe in allen drei Häusern. Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) kann sich auch ein Landestheater samt Generalintendanten vorstellen, falls der Verbund nicht recht zusammenarbeiten würde (FAZ, 14.11.2003).

Hessen

Kulturwirtschaftsbericht

Am 17. Dezember 2003 wurde in Frankfurt der erste Hessische Kulturwirtschaftsbericht vorgelegt. Danach stellt die hessische Kulturwirtschaft mit ihren 120.000 Beschäftigten einen bedeutenden Arbeitsmarktfaktor dar. Die rund 22.000 Unternehmen erwirtschaften der Untersuchung zufolge einen Jahresumsatz von 19 Milliarden Euro (gleich 5 Prozent an allen hessischen Umsätzen).

Mecklenburg-Vorpommern

Fördermittel gekürzt

Das Land will in 2004 etwa die Hälfte seiner bislang 1,2 Mio. Euro für Film- und Medienförderung einsparen. Betroffen sind neben Filmproduktionen das Landesfilmarchiv sowie eine geplante Drehbuchwerkstatt (FAZ, 12.05.2004).

Nordrhein-Westfalen

Steinbrück in Wuppertal*

“Statt beherzt für die Kultur Partei zu ergreifen oder, das zumindest, eine Position zu ihr zu beziehen, ordnete der Sozialdemokrat sie - irgendwo zwischen ÖPNV und Breitensportförderung - ein in das breite Spektrum der Politikfelder, die es zu beakern gilt, und ließ dabei eine Verbundenheit in der Sache spüren, wie sie ihm auch bei einem Plädoyer für die Erneuerung des Abwassersystems zugetraut werden darf. Womit der ver-

meintliche Humorist auch bewies, wie schnell er in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass den Leuten das Lachen wieder vergehen kann. Denn die Verantwortlichen in den Kultureinrichtungen dürften sich - so mußten sie sich von dem Mann, dessen in der Rekordhöhe von hundert Milliarden Euro verschuldeter Landeshaushalt einen Kulturanteil von gerade mal 0,27 Prozent (sieben Euro pro Einwohner) enthält, sagen lassen - nicht von den überall grassierenden ,Phänomenen der Besitzstandswahrung und des Strukturkonservatismus anstecken lassen”.

Ein paar Gemeinplätze, wie sie abgestandener auch seine Vorgänger Johannes Rau und Wolfgang Clement nicht beansprucht hätten, genügten, um den intellektuellen Horizont des Ministerpräsidenten auszuschreiten: ‘Kunst und Kultur sind keine Inseln, auch sie sind betroffen von Zumutungen’, übte er sich im Ungefähren und setzte noch eins darauf: ‘Das Abendland ist nicht gleich in Gefahr, wenn ein gewisser Prozentsatz eingespart werden muß.’ Das Titanengebahren, das sich in diesem Kernsatz regt, mag erst durch seine Umkehrung ganz hervortreten, denn einen Kahlschlag werde es, wie Steinbrück versicherte, in Nordrhein-Westfalen ‘natürlich’ nicht geben. Noch seine Hochpreisung des ‘Highlights’ RuhrTriennale, die ‘in die Champions League der internationalen Kulturfestivals aufgerückt’ sei, lief auf deren Abwertung zu einem Instrument des Standortmarketing hinaus, denn deren ‘Öffentlichkeitswir-

kung', so Steinbrück, ,übersteigt die verfügbaren Etats für Öffentlichkeitsarbeit um ein Vielfaches'. Hugh, der ehemalige Finanzminister hatte gesprochen" (FAZ, 30.03.2004 zu Steinbrücks Kulturrede).

Castrop-Rauxel: Zuschuss verdoppelt

Castrop-Rauxel hat den Zuschuss für das Westfälische Landestheater (WELT) auf 332.000 Euro verdoppelt, um auf diese Weise ein Signal für andere Orte und gegen die Kürzungspläne des Kulturministeriums zu setzen (FAZ 01.11.2003).

Köln: Kunst oder Karneval

Mit der Überschrift "Es ist kurz vor Elf" warnt die SZ vom 27.12.2003 vor der Alternative "Kunst oder Karneval": "Wie Köln seinen Ruf als Kulturstadt aufs Spiel setzt". "Ihr Verein aber verliert so häufig, dass wohl nur ein Wunder ihn vor dem Abstieg retten wird. Der Kultur und der Stadt geht es aber ganz ähnlich. Der Wunderglaube, dass alles gut gehen wird hat in Köln noch jede Krise überdauert (...).

Was, wenn es doch nicht gut geht? Dann bleibt wenigstens der Karneval." Jedenfalls schrumpft der Kulturetat bis Ende 2004 um 15%, dass heißt nur noch 2% des Gesamtbudgets wird in Köln für Kultur ausgegeben. Die Museumslandschaft hat eine neue Ordnung, kritische Bühnen hingegen seien aus dem Bewusstsein der Menschen endgültig verschwunden, Kunstthale und Kunstverein habe man verkommen lassen (...).

"Was bleibt? Der Rhein. Die

Kirchen. Der Wunderglaube. Und der verdammte Karneval."

Weniger Kürzungen als befürchtet

Nach einem Bericht der FAZ vom 27. Januar 2004 fallen die geplanten Kürzungen (für 2004 ursprünglich 11,8 Mio. Euro) geringer aus; weiterhin existenzgefährdet sind allerdings die Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh (2003: 3 Mio. Euro; 2005: 1 Mio. Euro).

Rheinland-Pfalz

Kulturerklärung

Zur Regierungserklärung zur Kulturpolitik durch Kulturminister Jürgen Zöllner s. den Bericht in der FAZ vom 18. März 2004: "Der Sparzwang schafft Effizienz".

Sachsen

Fusionen

Das Land Sachsen plant mehrere Theater zu fusionieren, in Dresden das Staatsschauspiel, die Staatsoperette und das Dresdener Schauspiel "Junge Generation", die ab Sommer 2005 als "Vereinte Bühnen Dresden" fungieren sollen (150 der 664 Stellen abgebaut). Vorgesehen ist die Fusion für die Landesbühnen Sachsen in Radebeul und die Mittelsächsische Theater- und Philharmonie GmbH Freiberg/Döbeln (110 von 490 Planstellen abgebaut), auch die Elbland Philharmonie (Risa/Pirna) soll in diese Fusion eingebunden werden. Als Gegenleistung erhalten die Häuser eine Planungssicherheit bis zum Jahre 2010. In die-

ser Zeit werden die Zuschüsse vom Bund, Kommunen und Land nicht gekürzt. Es handelt sich aber um eine reale Etat-kürzung durch Steigerung bei Tarifen und Sachkosten (FAZ, 05.11.2003). Zu den Dresdner Plänen für eine "Residenz der Künste" s. den großen Bericht in der FAZ vom 13. April 2004.

Dresden – Frauenkirche

Die Summe der Baukosten für die Frauenkirche ist auf 128 Mio. Euro veranschlagt. Es fehlen bis zum Tag der Weihe am 30. Oktober 2005 noch 8-9 Mio. Euro. 2003 hatte die Fördergesellschaft mehr als 2,8 Mio. Euro Spenden gesammelt (FAZ, 05.11.2003).

Sachsen-Anhalt

Landeskulturstiftung

Die Landeskulturstiftung soll künftig zeitgenössische Kunst und junge Künstler in Sachsen-Anhalt fördern. Das beschloss die Landesregierung am 16. März in einem entsprechenden Gesetzentwurf. Ausgestattet werden soll sie zunächst mit 8,4 Mio. Euro. Geld, das aus dem Landesanteil an der früheren Stiftung Kulturfonds stammt, aus der Sachsen-Anhalt 2003 ausgetreten war.

Thüringen

Sachsen-Meiningen

Die Kulturstiftung Meiningen und das Herzogliche Haus Sachsen-Meiningen haben sich auf den Verbleib des größten Teils des Familienbesitzes in Thüringen verständigt. Als Gegenlei-

stung für den Verzicht verpflichtet sich die Kulturstiftung, etliche Kunstgegenstände an die Erben zur privaten Nutzung herauszugeben. Der Staatssekretär im Wissenschafts- und Kulturministerium Jürgen Aretz sagte, ohne eine Einigung hätten die Erben einen Großteil der Meiningener Museen und deren Depots räumen lassen können (FAZ, 25.02.2004).

Kulturstiftung Thüringen

Thüringen wird Ende 2004 aus der Stiftung Kulturfonds aussteigen und eine eigene Landeskulturstiftung gründen; aus dem Fondsvermögen stehen Thüringen etwa 7,6 Millionen Euro zu; damit kann die neue Stiftung mit 320.000 Euro jährlich unterstützt werden; Bericht über die Landtagsdebatte in der "Thüringer Allgemeinen" vom 5. März 2004.

Kommunen

Kulturdezernat abgeschafft

Auf heftige Kritik ist die Entscheidung des Deutschen Städtetages getroffen, sein Kulturdezernat ab 1. Mai 2004 nicht wieder zu besetzen. Der Geschäftsführer des Kulturrates Olaf Zimmermann betonte, die Entscheidung des Städtetages hätte, wenn es dabei bliebe, für die Städte ganz unmittelbar negative Auswirkungen. Die Kommunen seien der wichtigste Träger der Kultur in Deutschland (FAZ, 09.02.2004; 13.02.2004).

Kulturpolitik im Ausland

UNESCO

Wissenschaftliche Betreuung

Die Universität Paderborn soll künftig im Auftrag der UNESCO Deutschlands Weltkulturerbe wissenschaftlich betreuen. Auf diese Weise soll sowohl die wissenschaftliche Begleitung als auch die didaktische Vermittlung und neue Bewerbungen abgestimmt werden. Derzeit zählen 27 Kulturdenkmäler und Landschaften zum anerkannten Welterbe Deutschlands.

EU

Konferenz

Vom 26. bis 28. November 2004 ist in Berlin eine internationale "Berliner Konferenz für europäische Kulturpolitik" geplant. Hauptanliegen soll es sein, die Kultur bei der EU-Erweiterung zu stärken, die bisher nur eine marginale Rolle gespielt habe.

Verfassung

Über positive Konsequenzen des Scheiterns des EU-Verfassungsentwurfs im Dezember 2003 für die Kultur berichtet die SZ vom 24. Januar 2004: "... nicht nur viele europäische Kulturpolitiker, sondern insbesondere die Kulturpolitik in den deutschen Bundesländern dürfte aufgetaumelt haben. Dennoch kann von Entwarnung keine Rede sein.

Was vielen nicht bekannt war: Die neue EU-Verfassung hätte

die Kulturpolitik und Kultur in Europa zentralisiert, insofern sich die Vorstellung des EU-Konventspräsidenten und letztgekrünten Europa-Karlspreis-Trägers, Valéry Giscard d'Estaing, der dem Verfassung gebenden EU-Konvent vorsteht, durchsetzen sollte. Und dies hieße nach guter alter französischer Art und entgegen bisheriger EU-Gepflogenheiten: zentralistisch und nicht wie bisher mit Rücksprache und einvernehmlicher Zustimmung der Nationalstaaten. Die kulturelle Vielfalt Europas, die Kreativität und Förderung des kulturellen Humus bliebe schon sehr bald auf der Strecke gegen die große globale Konkurrenz.

Warum? Vor allem außereuropäische Kultureinrichtungen - man denke an Amerikas Guggenheim-Museum - könnten bei der Installation entsprechender Museums-Dependancen in Europa auf Niederlassungsrecht und Brüsseler Fördermaßnahmen bestehen, völlig gleichberechtigt etwa mit manch städtischem Kunstmuseum, abseits des Mainstreams und der Kommerz-Schiene. Der europäische Filmmarkt würde noch weiter ins Abseits geraten, EU-Fördergelder werden für die amerikanische Film- und Medienindustrie zukünftig beantragbar, insofern dies in den EU-Außenhandelsabkommen zukünftig vorgesehen würde: Nicht mehr Einvernehmlichkeit ist gefragt, sondern die bloße Mehrheit reicht. So etwas würde zukünftig im EU-Rat kurz und diskussionslos, vor dem Hintergrund eines geöffneten Kultur-Marktes, entschieden werden können. Frag-

los eine Schwächung europäischer Produktionen und deutscher Kulturinstitute.“

Neues Institut

Die EU-Staaten und ihre arabischen Partner im Mittelmeerraum wollen ein gemeinsames Kulturinstitut an der Universität von Alexandria errichten; dafür stehen zunächst 10 Mio. Euro zur Verfügung (SZ, 08.05.2004).

Kulturhauptstädte

2009 bis 2018 sollen jährlich zwei Länder eine europäische Kulturhauptstadt stellen, 2010 Deutschland und Ungarn.

Staatsministerin Christina Weiss ist für eine neue Verteilung der jährlich wechselnden europäischen Kulturhauptstädte eingetreten. Sie schlägt ein Tandemverfahren vor, nach dem ab 2009 für jedes Jahr eine Partnerstadt aus einem Beitrittsland benannt wird. Frankreich unterstützt den deutschen Vorschlag (SZ, 25.11.2003).

“Blaubuch”

Ein “Blaubuch” für die kulturellen Reichtümer der neu in die EU eingetreten 10 mittelosteuropäischen Staaten hat Kulturministerin Christina Weiss angeregt (FAZ, 11.05.2004).

Belgien

- Gus Van Sants‘ Film “Elephant” über das Highschool Massaker in Littleton, der in diesem Jahr in Cannes die Goldenen Palme gewann, darf belgischen Schülern unter 16 Jahren nicht gezeigt werden. In Deutschland soll der Film im März 2004 anlaufen, eine Altersvergabe

durch die FSK steht noch aus (FAZ, 14.11.2003).

Frankreich

- Lille, Kulturhauptstadt 2004, dazu der Bericht in der FAZ vom 1. April 2004 (R 9).

- Der Nachfolger von Kulturminister Aillagon ist Renaud Donnedieu de Vabres. Dazu der Bericht in der FAZ vom 10. April 2004.

- In Frankreich leben derzeit 25.000 ausländische Kulturschaffende im Land. Die Formalitäten für sie sollen vereinfacht und die französischen Bildungsanstalten für Kandidaten aus dem Ausland attraktiver gemacht werden. Eine sinnvolle Ergänzung zu diesen Programmen ist das neue Zentrum für ausländische Künstler und Wissenschaftler, das in Paris eröffnet wurde (FAZ, 10.03.2004).

Großbritannien

- Heftigen Streit zwischen Schriftstellern und Verlegern hat der Plan hervorgerufen, empfohlene Richtpreise vom Umschlag eines Buches zu entfernen. Angesichts der Rabattschlachten bei der Büchervermarktung fürchten die Autoren, die beliebige Entfernung des Richtpreises auf dem Umschlag würde unweigerlich dazu führen, dass die Berechnung der Tantiemen nicht wie bisher auf einen Prozentsatz vom Richtpreis basieren könnte, sondern nach dem Nettoertrag des Buches berechnet werden müsste (FAZ, 05.03.2004). Zum Kampf um den Buchpreis

in England siehe auch den Bericht in der FAZ vom 9. März 2004.

Irak

- Einen aktuellen Überblick über die verlorenen oder zerstörten Kunstschatze im Irak (“Im Irak geht das Plündern weiter”) liefert die FAZ vom 18. März 2004. 4.000 Objekte sind bereits zurück gekommen. Für den Wiederaufbau stehen über die UNESCO in den Jahren 2004 und 2005 Mittel in Höhe von 3,5 Mio. Dollar bereit; ein Rückblick (“15.000 Kunstschatze”) auch in der WELT vom 30. März 2004.

Iran

- Die iranische Regierung hat das “Deutsche Sprachinstitut” in Teheran geschlossen. Vermutet werden politische Motive (FAZ, 26.04.2004).

Italien

- Italien wird den 1937 nach Rom verbrachten Axum-Obelisken an Äthiopien zurückgeben (WELT, 11.12.2003).

- Genua als Kulturhauptstadt Europas s. den Bericht in der FAZ vom 10. Januar 2004.

- Zum neuen italienischen Denkmalsgesetz s. den großen Bericht in der FAZ vom 29. April 2004.

Russland

- Zur Lage der Kultur s. den Bericht in der NZZ vom 11. Fe-

bruar 2004: "Am Ende der Aufklärung. Russlands Kultur und der neu Autoritarismus".

Schweiz

- Zum Streit um die Einführung einer Buchpreisbindung s. den Bericht in der FAZ vom 12. Mai 2004 ("Röstigraben").

Ungarn

- Aus Protest gegen antisemitische Äußerungen eines führenden Mitgliedes des ungarischen Schriftstellerverbandes sind ca. 160 namhafte ungarische Schriftsteller aus dem Verband ausgetreten, darunter auch der frühere Präsident der Berliner Akademie der Künste György Konrád (WELT, 12.03.2004; 03.04.2004).

USA

- Zur amerikanischen Stiftingskultur ("Wer reich stirbt, stirbt in Schande") siehe den großen Bericht in der FAZ vom 3.01.2004.

- Die im März 2004 publizierte Statistik der American Symphony Orchestra League weist aus, dass von den fast 10.000 Aufführungen nur ein knappes Zehntel auf Musik entfällt, die in den letzten 25 Jahren komponiert wurde. Darunter 109 Uraufführungen. Über ein Drittel der Programme werden von nur 10 Komponisten bestimmt, unangefochten an der Spitze Beethoven und Mozart (SZ, 06.03.2004).

Aus kulturpolitischen Beiträgen

Die Zeitschrift "kulturpolitik", herausgegeben vom Bundesverband bildender Künstlerinnen und Künstler, kritisiert die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Opposition: Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der künstlerischen Berufe und des Kunstbetriebs in Deutschland und die Diskussion im Deutschen Bundestag (Nr. 1/März 2004), auf Seite 14 bis 15 ein Bericht über den Kongress "Kinder zum Olymp" über die Notwendigkeit ästhetischer Erziehung in Leipzig: "Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur bildet die Seele, befreit von der Angst sich Ungewohntem zu öffnen und ist Lust und Freude. All dies ist kein Luxus und gehört zum mündigen Leben, insofern geht's mit der Bildung der Sinne um ein menschliches Grundrecht, das es in der zivilisierten Gesellschaft bewusst umzusetzen gilt. In welchem Maße das gelingt, entscheidet die Lobby, die es dafür gibt. Deshalb ist der Punkt: Jugendarbeit und ästhetische Bildung der Jugend gehe meist unspektakulär vor sich und interessiert deshalb die Medien kaum. Engagement auf diesem Gebiet braucht Begeisterung, Ehrlichkeit, Leidenschaft, Geld, vor allem aber politische und mediale Unterstützung." Die Lobby für dieses Anliegen zu stärken war Ziel des Kongresses.

- Einen sehr informativen Artikel über die CDU Kulturpolitik in der ehemaligen DDR hat

Günter Wirth in dem Sammelband "Befremdlich anders. Leben in der DDR" hrsg. von Evemarie Badstübner, Berlin, 2000, 472ff veröffentlicht. Wirth kommt zu dem Schluss, dass "der Einfluß unserer Partei im Staatsapparat und in den staatlichen Leitungen kultureller Einrichtungen relativ gering war", daher habe auch ihre unmittelbare Hilfe nur gering sein können.

- Die Zeitschrift "politik und kultur", hrsg. vom Deutschen Kulturrat, widmet sich 1/2004 u.a. den Themen "Daseinsvorsorge" und Bildungsreform", 2/2004 u.a. der "Sozialen Lage" der Künstler und der Frage "Kultur als Pflichtaufgabe".

Personalien

- Der Direktor der Berliner Staatsoper Georg Vierthaler ist "kommissarischer Koordinator" der neuen Opernstiftung in Berlin. Möglicherweise dauert diese Interimszeit bis zum Ende des Jahres 2004. Übernehmen will Vierthaler das Amt nicht. (WELT, 21.02.2004). Kandidaten wie Mortier, Ruzicka und zuletzt Weingarten hatten abgelehnt (FAZ, 21.02.2004).

- Der Frankfurter Kulturdezernent Hans-Bernhard Nordhoff ist wiedergewählt worden. Es ist Teil der Koalitionsabsprachen, dass die SPD das Alleinvor-

schlagsrecht für den Kulturdezernenten hat. Gegen diese Verfahren hatten über hundert Frankfurter Kulturschaffende, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Verleger und Wissenschaftler in einem offenen Brief protestiert. Dazu Nordhoff: "Schwachsinn, selten so gelacht!" Zu Nordhoff ("Premienschläfer") die FAZ vom 13. Februar 2004) und ebenfalls kritisch ("Frankfurts Kultur leuchtet, nur das Kulturdezernat nicht") die FAZ vom 07.02.2004.

- Der Deutsche Hans-Heinrich Wrede wurde für die nächsten beiden Jahren in den UNESCO Exekutivrat bestellt (SZ, 21.10.2003).

- Die Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder Karin von Welck ist Nachfolgerin der glücklosen Dana Horakova als Hamburger Kultursenatorin (FAS, 14.03.2004).

- Frankreichs ehemaliger Staatspräsident Giscard d'Estaing ist Mitglied der Académie française (dazu den Beitrag in der FAZ vom 11.12.2003).

- Der Sprachwissenschaftler Theodor Ickler, der durch seinen Kampf gegen die unsinnige Rechtschreibreform bundesweit bekannt geworden ist, hat am 07.04.2004 seinen 60. Geburtstag gefeiert, dazu die Würdigung in der FAZ vom 7. April 2004.

- Andreas Schlüter, vormals Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung, wurde am 16. Januar 2004 als neuer Generalsekretär des Goetheinstituts ein-

geführt. Er folgt Horst Hanischfeger, der das Goetheinstitut kommissarisch seit April 2003 geleitet hat.

Zitate

- *Ich kann keine Partei wählen, deren Bundeskanzler zum vierten Mal verheiratet ist. Das beweist doch, dass er mit seinem eigenen Leben nicht zurechtkommt. Wie will so einer das Land regieren. Dass er das nicht kann, beweist er ja jeden Tag aufs Neue.*

Autor Walter Kempowski lt. BamS vom 25. April 2004.

- *„Ich weiß heute, dass es töricht ist, sich zu distanzieren, man muss bereit sein, sich zu bekennen, seine Meinung zu sagen.“*

Nobelpreisträger Imre Kértesz beim Budapester Buchfestival lt. FAZ vom 24. April 2004.

- *Es sind unsere kulturellen Leistungen, durch die wir in die Erinnerung der Nachwelt eingehen werden; und sie werden den Erben dieses ‚vergänglichen Hauses‘ unserer Gesellschaft zu Gute kommen, noch lange, nachdem die ausbalancierten Gewinn- und Verlustrechnungen unserer Tage zu Staub zerfallen sind.“*

Aus der Dankrede von Sir Peter Jonas zur Verleihung des kulturellen Ehrenpreises München lt. SZ vom 24. Januar 2004.

- *Unser Theater hat sich über Jahrhunderte hinweg definiert*

als tolle Schule, als Anreger, als Unterhalter der Nation. Wenn dies die politisch Verantwortlichen nicht mehr für nötig hielten, sollten sie sich dazu bekennen. Sollten sie öffentlich sagen: Ich will, dass meine Enkel keinen Hamlet, keinen Giovanni, überhaupt die größten literarischen und ästhetischen Errungenschaften nicht mehr sehen.“ Jürgen Flimm lt. WELT vom 29. Dezember 2003.

- *„Kunst ist ja in gewisser Weise eine Therapie in einer Zeit, wo sonst wirklich fast nichts mehr mit der Wahrheit des Menschen zu tun hat.“*

Regisseur Peter Konwitschny lt. WELT vom 3. April 2004.

- *„Das Lesen von bedrohlichen und unheimlichen Szenen kann sich auf die Psyche von Kindern auswirken und diese unter Umständen sehr überfordern“.*

Bayerns Familienministerin Christa Stewens zur Harry-Potter-Lektüre lt. WELT vom 7. November 2003.

- *„Ich kann mir keinen anderen Lösungsweg denken als Bildung und Kultur, um die Welt zum Guten zu verändern.“*

Schauspieler Peter Sodann lt. WamS vom 1. Februar 2004.

- *„Noch immer wollen einzelne nichts lieber als die Deutsche Oper zu schließen und trotzdem das Reformgeld einzustreichen.“* Kulturstaatsministerin Christina Weiss lt. SZ vom 4. Dezember 2003.

„Die Künste sind nicht das Gute,

Schöne, Wahre, sie sind nicht nur Genuss, nicht nur Besserung der Menschheit. Die Auseinandersetzung mit den Künsten ist ein komplexer Prozess, nicht ein bestätigender, sondern einer, der den, der ihn durchläuft, verändert und wachrüttelt."

Kulturstaatsministerin Christina Weiss lt. RhM vom 4. Dezember 2003.

- *"Eine Kirche wird nicht dadurch modern, dass sie Nackte im Gotteshaus auftreten lässt."* Die Hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann zum Bremer Theaterstreit um die Aufführung des Stückes "Die Zehn Gebote" in einer Kirche lt. SZ vom 17. Januar 2004.

- *"Es ist doch idiotisch – eine Kommission, die keiner kennt und die sich hinsetzt und sagt was Sprache ist! Wie kommt die Bürokratie denn dazu mit ihrer üblichen Anmaßung auch noch Sprache kontrollieren zu wollen?"* Monika Maron zur Rechtsschreibreform lt. FAZ vom 30. Januar 2004.

- *"Dazu wäre ich zu wenig kompromissbereit, mir fehlt die umfassende Bildung, die dafür notwendig ist."* Marius Müller Westernhagen zur Frage, warum er nicht in die Politik gehe lt. WamS vom 22. Februar 2004.

- *"Das sieht dann ja alles ein bisschen lächerlich aus, dieses ganze Krisengejammer, das relativiert sich ja sehr schnell. Man wundert sich ein bisschen, die Deutschen reisen ja viel auch in außereuropäische Länder und*

dass die dann nicht eine gewisse Proportion reinkriegen, dass man nicht sagt, schauen wir raus, wie es anderen Leuten geht, dann kann doch diese Gejammer nicht euer Ernst sein."

Hans Magnus-Enzensberger zum deutschen Krisengerede lt. FR vom 11. November 2003.

- *"Vor unseren heutigen Kultfiguren kommt es mir so vor, als wenn das Alltägliche sich nur feiere – ein bisschen schräger und ein bisschen anders als der Normalbürger, auf keinen Fall aber wird ein Ideal gefeiert, das moralische oder ethische Orientierung gäbe."*

Bundespräsident Johannes Rau über den Rummel um Pop- und Medienstars lt. FR vom 11. November 2003.

- *"In Zeiten, in denen wir die Pisa-Studie analysieren und bewerten, dürfen wir nicht glauben, dass der Mensch nur aus technischem Intellekt besteht. Der Mensch ist mehr. Daher bin ich für Musik als Pflichtfach."* Bundespräsident Johannes Rau lt. WELT vom 28. Oktober 2003.

"Der gehört genau so zur Zivilisation wie eine neue Autobahn." Martin Walser über Dieter Bohlen lt. WELT vom 27. November 2003.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

1. Hans-Jörg Clement (Hg.), "Kultur-Lesebuch. "Szene Berlin"

(Bostelmann & Siebenhaar, Berlin 2003, 272 Seiten, 19,80 Euro).

Erst kürzlich erteilte eine französische Studie der deutschen Hauptstadt den Ritterschlag in Sachen High Hipness: Während Paris die Stadt der Selbstvergewisserung sei und London das Mekka der Internationalität, gelte Berlin als Metropole der Kreativen.

Mit dieser Gewissheit hätte ein Buch über die Berliner KulturSzene aus dem Vollen schöpfen können. Doch zwischen Fremd- und Eigenwahrnehmung klaffen gewaltige Lücken: Die Aufbruchstimmung der Wendejahre ist verflogen, die Kassen leer, der Kultursektor im Würgegriff der Sanierer. Vierzehn Jahre nach der Wende herrschen Umbruchstimmung und Angst vor einer Normalität, die man sich so auch nicht vorgestellt hat. In die Gemengelage platzt nun ein "Kultur-Lesebuch" von Hans-Jörg Clement, dessen Titel „Szene Berlin“ (...) mindestens irreführend ist.

Als Leiter der Kulturabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung reduziert Clement den SzeneBegriff nicht auf das hektische Gedränge, Gewürge und Sein-Wollen einer selbst ernannten In-Crowd. Clement sucht das Beständige, die Meso- und

Makrozyklen des kulturellen Lebens, und er findet zu einer stimmigen Konzeption, die gekonnt den Bogen von Klassik zu Eventkultur und Ethno schlägt. Kein aufgekratzter Offstage-Ton, keine Feiertagsrhetorik von Kulturpolitikern. Clement gibt den Gestaltern selbst das Wort. Die Essays sind inspirierend geschrieben und zeugen von einer Euphorie, die der Schriftsteller Gaston Salvatore in die Worte fasst: "Irgendeinem Kult dient sie, die Stadt, aber sie wirft keine Sätze aus." Immerhin reicht es aber für drei Thesen.

Erstens: Die kulturelle Topographie Berlins macht sich kaum noch an regionalen Knotenpunkten fest. Nicht mehr ausgerangerte Szenebezirke wie Prenzlauer Berg und Friedrichshain geben den Takt des Kulturlebens vor, sondern frei diffundierende Individuen.

Zweitens: Noch immer zieht Berlin Künstler, Designer und Kulturmacher oder solche, die es werden wollen, magnetisch an. Zwar versanden viele Ideen, da sie keine institutionellen Förderstrukturen finden, doch entgehen die realisierten Projekte auch der Gefahr, von einer arrivierten Kulturschickeria vereinnahmt zu werden. Berlin bleibt eine Stadt der Subkultur. In der internationalen Wahrnehmung schneidet es damit - womit wir bei drittens wären - wesentlich besser ab als aus deutscher Sicht (...).

Thomas Thiel (Tagesspiegel vom 16. Januar 2004).

Information: Dr. Hans-Jörg Clement, Begabtenförderung und Kultur; e-mail: hans-joerg.clement@kas.de

2. Günter Buchstab (Hg.), Zur Gedenkstättenproblematik

Konrad-Adenauer-Stiftung 2004

(Mit Beiträgen von Günter Buchstab, Günter Nooke, Peter Maser, Matthias Röbler)

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre gibt es in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder Debatten um unsere Vergangenheit sowie symbolträchtige Handlungen, die das Konfliktpotential zwischen disparaten Gedächtnisformen, Erinnerungsaufgaben und Erinnerungsperspektiven deutlich machen. Erinnerung sei nur an den sog. Historikerstreit, die Kontroversen um Goldhagens "Hitlers willige Verbrecher" oder die Wehrmachtsausstellung. In der jüngsten Auseinandersetzung um das sächsische Gedenkstättenkonzept und um den Antrag "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen", den die CDU/CSU-Fraktion am 4. November 2003 in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, ist die Sorge laut geworden, daß politische Verbrechen in der SBZ/DDR in ein Analogieschema zu den Verbrechen der NS-Zeit gepresst und die Opfer gegeneinander aufgerechnet oder ausgespielt werden. Der Zentralrat der Juden, der deutschen Sinti und Roma, die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz sowie die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes haben ihre Mitarbeit in der sächsischen Ge-

denkstätten-Stiftung niedergelegt, weil sie einen "erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel" befürchten. Andererseits artikulieren die Opfer des Stalinismus und die DDR-Bürgerrechtler die Sorge, ihre Opferrolle könnte in der gesamtdeutschen Geschichte marginalisiert werden. Ob die jeweiligen Sorgen und Befürchtungen zu Recht oder zu Unrecht bestehen, es gilt an dem Grundsatz festzuhalten, der wohl von keiner Seite bestritten wird: "Die NS-Verbrechen dürfen nicht durch den Hinweis auf das Nachkriegsgeschehen relativiert, das Nachkriegsgeschehen aber darf auch nicht unter Berufung auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden." Und dies bedeutet, daß das Besondere jedes Opfers und jeder Opfergruppe in der Gedenkstätten-Konzeption zu berücksichtigen ist.

Die in diesem Heft enthaltenen Beiträge beruhen auf einer Veranstaltung, die am 30. Januar 2004 in Berlin zum Thema "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen" stattgefunden hat. Im weitesten Sinne ging es dabei um das Thema "Vergangenheitsbewältigung" und konkret um die Gedenkstättenproblematik, die immer wieder kontrovers diskutiert wird. Für diese Diskussion wollte die Adenauer-Stiftung ein offenes Forum bieten.

Information: Dr. Günter Buchstab, Wissenschaftliche Dienste; e-mail: guenter.buchstab@kas.de

3. "Begegnung mit dem Nachbarn" Französische Gegenwartsliteratur

In der Reihe "Begegnung mit dem Nachbarn", die 2002 unter dem Thema "Österreichische Gegenwartsliteratur" eröffnet und 2003 mit der Niederländischen Literatur fortgesetzt wurde, fand vom 9. bis zum 11. Mai 2004 im Bildungszentrum Schloß Eichholz in Zusammenarbeit mit der Französischen Botschaft eine Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung mit französischen und deutschen Wissenschaftlern, Autoren, Lehrern und Studenten über die französische Gegenwartsliteratur statt. Die Tagungsreihe verfolgt die Ziele, über die Brücke der Nachbarliteratur kulturelle und politische Erfahrungen auszutauschen, die wechselseitige Kenntnis über die europäischen Nachbarn zu vertiefen und Vorurteile abzubauen.

Die von Dr. Günther Rüter und Prof. Dr. Birgit Lermen (Universität zu Köln) geleitete Tagung hatte u.a. folgende Schwerpunkte: Deutschland und Frankreich heute (Prof. Dr. Jérôme Vaillant, Université Lille), Wertorientierung in der französischen Gegenwartsliteratur (Prof. Dr. Jean-Marie Valentin, Sorbonne, Präsident der Internationalen Vereinigung der Germanisten), Aspekte der gegenwärtigen Literaturszene in Frankreich (Prof. Dr. Wolfgang Asholt, Universität Osnabrück).

Außerdem standen die wechselseitigen literarischen Bilder vom Nachbarn im Mittelpunkt der Konferenz. Im Rahmen der Tagung las am Montag, den 10.

Mai, der 1928 in Reinbek geborene, 1938 vor den Nationalsozialisten nach Italien und Frankreich geflohene Schriftsteller Georges-Arthur Goldschmidt im Bonner Wissenschaftszentrum aus seinen autobiographischen Werken (Über die Flüsse, 2002). Grußworte sprachen der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher, und ein Vertreter der Französischen Botschaft.

Information: PD Dr. Michael Braun, Begabtenförderung und Kultur; e-mail: michael.braun@kas.de

4. Dritte Musikfachtagung in der KAS

Zu ihrer jährlichen Musikfachtagung lud die Konrad-Adenauer-Stiftung nun zum dritten Mal ein. Mit Experten aus der Tonträger- und Produktionswirtschaft, mit Veranstaltern und Clubbetreibern widmete am 4. Mai 2004 sich die Diskussion unter dem Titel "Patient Musikwirtschaft – zwischen Depression und Innovation" der aktuellen Lage der Musikbranche in Deutschland. Es sprachen Michael Baur, Mitglied des Vorstands, Edel Music AG; Raik Hölzel, Geschäftsführer, Kitty-Yo; Prof. Dr. Michael Hutter, Universität Witten/Herdecke; L. Thomas M. Stein, Unternehmensberater und Publizist; Klaus Bönisch, Boenisch Consulting, KBK – Konzert- und Künstleragentur; Dr. Hans-Herwig Geyer, Leiter Kommunikation, GEMA; Ipek Ipekcioglu, Eventmanagerin, Sounddesignerin, Autorin; Olaf Kretschmer, Pressesprecher, Clubcommis-

sion Berlin; Matt Lehitka, Musikmanager, street voice music academy.

Information: Dr. Hans-Jörg Clement, Begabtenförderung und Kultur; e-mail: hans-joerg.clement@kas.de

5. "Die Ära Kohl im Gespräch" – Thema: Kulturpolitik

Am 7. Mai 2004 fand in Sankt Augustin die 5. Veranstaltung der Reihe "Die Ära Kohl im Gespräch" statt, die in diesem Jahr dem Thema "Kulturpolitik" gewidmet war. Nach einer Einführung von Norbert Lammert, MdB, sprachen Prof. Dr. Matthias Theodor Voigt (Institut für Kulturelle Infrastruktur Sachsen), Bundesminister a.D. Oscar Schneider, Staatsminister a.D. Anton Pfeifer und der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Christoph Stölzl; ein Bericht über die Tagung in der FAZ vom 10. Mai; ein ausführlicher Bericht erscheint im "Deutschland-Archiv", die einzelnen Beiträge werden im Jahrbuch "Historisch-politische Mitteilungen" 2004 publiziert.

Information: Dr. Günter Buchstab, Wissenschaftliche Dienste; e-mail: guenter.buchstab@kas.de

6. Interkulturelle Stadtpolitik als Motor europäischer Integration

KAS-Forum im museum kunstpalast in Düsseldorf

Die kulturelle Vielfalt wird künftig mehr denn je im globalen Wettbewerb der Standorte eine

wichtige Rolle als geistige und wirtschaftliche Ressource spielen. Auch deshalb ist es im Interesse einer qualifizierten Stadtentwicklung, interkulturelle Initiativen und Veranstaltungen zu fördern und den Austausch von Künstlern aus unterschiedlichsten Kulturkreisen zu ermöglichen. (Kongress der Gemeinden und Regionen Europas; 2003).

Trotz oder auch gerade angesichts aller politischen Auseinandersetzungen um ein modernes Zuwanderungsgesetz rückt immer klarer ins Bewusstsein, dass Migration kein vorübergehendes Phänomen ist. Mit der Verstärkung von wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen werden auch die weltweiten Wanderungsbewegungen zunehmen. Vor allem in den großen Städten wird der Internationalisierungsgrad der Bevölkerung mit allen damit verbundenen Chancen und Problemen steigen. Schon heute verzeichnen Städte wie Köln, Frankfurt und Stuttgart Ausländeranteile von über 20 Prozent. Berlin wurde jüngst sogar als größte türkische Stadt außerhalb der Türkei charakterisiert. Höchststrangig politische Bedeutung wurde der Eröffnung der Türkisch-deutschen Industrie- und Handelskammer im April in Köln beigemessen. Es geht also nicht mehr um das "ob" sondern um das "wie" einer Erörterung von Integrationsaufgaben kommunaler Verwaltungen auch angesichts der aktuellen EU-Erweiterung. Gründe genug für ein paar wichtige Fragen:

Welche Rolle übernehmen die Städte in einem erweiterten Europa?

Was kann interkulturelle Arbeit vor allem in großen Städten bewirken?

Ist Interkultur ein Standortfaktor im Wettbewerb der europäischen Städte?

Kann über die Kultur eine Annäherung an eine europäische Identität geschehen?

Die Abteilung Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet ein kommunalpolitisches Forum zum Thema interkulturelle Stadtpolitik am Freitag, **16. Juli 2004** im museum kunstpalast in Düsseldorf. Experten aus kommunaler Kulturpolitik und Migrationsforschung referieren und diskutieren mit dem Ziel, den sperrigen Begriff der Interkultur auf der lokalen Handlungsebene zu konkretisieren. Es sprechen und diskutieren Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Stadtdirektor und Kulturdezernent der Landeshauptstadt Düsseldorf, Prof. Dr. Dieter Filsinger, Rektor der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit in Saarbrücken, Dr. Iris Magdowski, Kulturbürgermeisterin in Stuttgart und Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft, Dr. Georg W. Költzsch/Kommunalverband Ruhrgebiet, Markus Müller/Münster, Roderich Stumm/Köln, Ulf Großmann, Bürgermeister in Görlitz, Sabine Bornemann, Cultural Contact Point Germany/Bonn.

*Information: Monika Gründler,
HA Politische Bildung und
Kommunalpolitik;
e-mail: monika.gruendler@kas.de*

Rezensionen

Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/2003: Thema: Interkultur

(Hg. für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft von Thomas Rübke und Bernd Wagner. Klartext Verlag, Essen 2003; 491 S., 19.90 Euro)

Das nun zum dritten Mal erschienene "Jahrbuch für Kulturpolitik" ist bereits zu einem unentbehrlichen "Zentralorgan" der Reflexion geworden. Die Ziele, die bei der Einrichtung des Kompendiums formuliert wurden - unter anderem jeweils ein bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion als Schwerpunkt aufzugreifen, fundierte Politikberatung vorzunehmen, wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres zu dokumentieren sowie relevante Veröffentlichungen aufzulisten -, wurden Jahr um Jahr auf hervorragende Weise erreicht. Die Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2002 etwa umfasst 43 eng bedruckte Seiten, was deutlich macht, dass der Diskurs in Blüte steht. Die gewonnenen Erkenntnisse können freilich, vor allem wegen der sehr knapp gewordenen kommunalen Ressourcen, immer weniger vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(...)

Der diesjährige Schwerpunkt "Interkultur" fasst schon im Begriff zusammen, welche große Aufgabe uns gestellt ist - näm-

lich zu einer Integration pluraler Identitäten zu gelangen, ohne Verleugnung oder Verdrängung der jeweils eigenen angestammten Identität. Das bedeutet eine Auseinandersetzung mit Heimat, Fremdsein und Nationalstaat und die Suche nach einem eigenen realistischen (realisierbaren) Standort innerhalb einer globalisierten Welt (...).

In der Bundesrepublik sieht sich das "Bürgerrecht Kultur - Kultur für alle" konfrontiert mit einer Gesellschaft, in der rund sieben Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft leben. Hoffnung auf Heimat bedeutet, Babylon als Heimat zu begreifen. Damit jedoch Diffusion und Konfusion nicht den Zerfall eines friedlichen Miteinander bewirken, bedarf es großer kulturpolitischer Anstrengungen, im Besonderen eines kommunikativen Denkens und Handelns, um einen für alle verbindlichen Wertekanon zu erreichen. Fundamentalismus, ganz gleich welcher Provenienz, stellt die größte Gefährdung einer auf der Verinnerlichung von Grundwerten, Grundrechten und Grundpflichten beruhenden, vom Prinzip Verantwortung und Solidarität getragenen Bürgergesellschaft dar (...).

Wie sich im "Jahrbuch" Philosophen und Politiker, Parteivertreter und Angehörige unterschiedlicher Ethnien, Generationen, Disziplinen und Arbeitsbereiche unter der geschickten Moderation der Herausgeber zu einem inspirierenden Workshop zusammenfinden, macht in Zeiten, da man allenthalben antizipatorische Vernunft und die Vernunft der Synthesis vermisst,

große Hoffnung. Zugleich werden die Widerstände benannt, die den vernünftigen Weg zur interkulturellen Gesellschaft blockieren. In Deutschland, so Wolfgang Thierse, gehe es um die kulturelle Auseinandersetzung zwischen dem durch die Personalisierung der Massenmedien begünstigten Gestus autoritärer Führung und den Werten einer demokratischen, offenen und toleranten Gesellschaft.

Kulturelle Stichworte unserer Politik müssten sein: Die Akzeptanz des Andersseins, das Eintreten gegen jede Form von Rassismus, die Begründung nationalen Bewusstseins im europäischen Kontext sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch dadurch, dass sich Minderheiten mehr als bislang in Kunst und Alltagskultur wiederfinden können (...)

Hermann Glaser (Das Parlament vom 29. März 2004).

Norbert Lammert, (Hg.)

Alles nur Theater?

(Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft, DuMont-Verlag, Köln 2004)

An Literatur zur Kulturpolitik ist eigentlich kein Mangel, das zeigt schon die Bibliographie des „Jahrbuchs für Kulturpolitik“ 2002/3 mit immerhin über 40 engbedruckten Seiten. Was ist daher die Besonderheit dieses Sammelbandes? Und was hat Herausgeber und Mitautor Norbert Lammert, Vorsitzender des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, und seine Co-Autoren dazu bewogen, sich hier gemeinsam zu Wort zu melden? Schon ein Blick ins Inhaltsverzeichnis belehrt darüber, dass der Band drei Eigenheiten hat, die sich in dieser Synthese sonst so nicht finden: das Buch vereint Künstler *und* Politiker, die üblicherweise eher für sich bleiben, das Buch ist überparteilich konzipiert, Kultur ist das Anliegen, nicht Parteiprogrammatik (so wünschenswert es wäre, dass sich die Parteien vieles zu eigen machen), und schließlich: das Buch berücksichtigt alle künstlerischen Sparten und ihre je eigenen Konturen und Probleme.

Kein Zweifel: Es gibt nur wenige Staaten in der Welt, die für Kunst und Kultur absolut und relativ so viele öffentliche Mittel einsetzen wie Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland.

Kulturförderung gilt hier immer noch als öffentliche Aufgabe. 90% der Kulturausgaben werden hierzulande aus staatlichen Haushalten aufgebracht, davon 43% durch die Gemeinden, 47% durch die Länder und etwa 10% durch den Bund. Deutschland verfügt über eine einzigartig dichte kulturelle Infrastruktur. 630.000 Arbeitsplätze sind im öffentlichen Kultursektor angesiedelt. Dennoch, so die SZ vom 2. Januar 2004: „Wer dem Greinen der Kultursachverwalter zuhört, der weiß: das Ende ist nahe. Und danach wird alles noch schlimmer. Man kann es nicht hören.“

Daher diagnostiziert Norbert Lammert, gleich eingangs zwei weitverbreitete Eindrücke, denen das Buch gegensteuern will: einerseits den Eindruck, die derzeit immer stärker und rasanter sich abzeichnenden Einsparungen in öffentlichen Haushalten träfen vor allem den Kultursektor. Da auf dem Feld von Kunst und Kultur sich zumeist Personen bewegen, die des Wortes mächtig sind, wirkt die Klage-mauer umso überzeugender; vergleichbares ließe sich auch für den Bildungsbereich feststellen. Parallel dazu konstatiert Lammert aber auch die verbreitete Vermutung, hier werde Geld zum Fenster herausgeworfen; diese Vermutung dürfte bei einem Publikum überwiegen, das Kunst und Kultur eher für eine elitäre Angelegenheit hält, an medialen Trash-Konsum mehr gewöhnt ist als an Installationen oder Regietheater und das eher an ausgebauten Autobahnen als an Opernhäusern Freude findet; da es sich da sicher um eine deut-

liche Mehrheit handelt, können sich auch die Finanzverwalter legitimiert wissen. Lammert hält beide Vermutungen „als Verallgemeinerungen“ für falsch. Er arbeitet die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Einzelnen wie für Politik und Gesellschaft heraus, das Buch will zur Debatte über den Stellenwert von Kunst und Kultur in dieser Republik animieren und einen grundsätzlichen Beitrag zur Frage, wie sich Politik und Kunst und Kultur zueinander verhalten oder zueinander verhalten sollten, leisten.

Was leisten Kunst und Kultur für Staat und Gesellschaft?, das ist der Grundtenor, der das ganze Buch durchzieht, und dafür wird eine Fülle namhafter Repräsentanten der deutschen Politik und Kulturszene aufgeboten, wie Adolf Muschg, Burkhard Spinnen oder Siegfried Matthus. Dem Verhältnis zwischen Kulturstaat, der sich als ein solcher verstehen will und muss, und der Bürgergesellschaft wird ein weiter Kulturbegriff zugrundegelegt, der auch Geschichte, Nation, Sprache, Wissenschaft, Religion mit einbezieht und damit auch die Debatte über die Verteilung kulturpolitischer Verantwortung zwischen Gemeinden, Ländern, Bund bis hin zur europäischen Ebene (Stichwort: „Entflechtung“) verbindet. Daher werden mit Angela Merkel das Thema „Kulturnation“, mit Bernhard Vogel das Thema „Kultur föderalismus“, mit Viviane Reding das Thema „Europa und die Kultur“ und mit Gitta Conne-mann schließlich die aktuelle

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ebenso berücksichtigt wie übergreifende Kontexte: Geschichte und Kultur (Hermann Schäfer), Literatur und Kultur (Adolf Muschg), Religion und Kultur (Hans Langendörfer). Konkrete Themen der Kulturförderung werden im dritten Abschnitt abgehandelt, insbesondere hervorzuheben ist der Artikel von Annette Schavan über kulturelle Bildung, mit dem sie eindringlich die notwendige allgemeinbildende und kulturelle Aufgabe von Schule unterstreicht. Aber auch die Bereiche Auslandsschulen (Ludwig Georg Braun), auswärtige Kulturpolitik (Hilmar Hoffmann), Kulturförderung in den neuen Ländern (Johanna Wanka), Kulturförderung durch Rundfunk und Fernsehen (Ernst Elitz) und die Perspektiven der privaten Kulturförderung (Susanne Litzel) finden hier Raum; gewünscht hätte man sich noch einen Beitrag zur grenzüberschreitenden Kulturarbeit nach § 96 BVFG.

Die einzelnen Sparten und Formen von Kunst und Kultur sind in Abschnitt IV angesiedelt, so Rolf Bolwin zur Situation des Schauspiels, Udo Zimmermann zur Oper oder Martin Puttke zur Lage des Tanzes. Dass auch der betriebswirtschaftliche Aspekt nicht ausgelassen wird und Franz Xaver Ohnesorg Anregungen zur zeitgemäßen Führung von Kulturbetrieben formuliert, trägt zum Realitätsbezug des Buches bei.

Das Credo des Buches hat Norbert Lammert in seinem einleitenden Beitrag über „Kultur-

staat und Bürgergesellschaft“ wie folgt formuliert: „Zu den staatlichen Aufgaben zählt auch die Verantwortung für Kunst und Kultur. Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat hat im Einigungsvertrag (...) erstmals ausdrücklich seinen verfassungsrelevanten Ausdruck gefunden (...) Der Staat ist nicht für Kunst und Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfinden (...) Die wichtigste Aufgabe des Staates gegenüber Kunst und Kultur ist allen Erwartungen zum Trotz nicht die finanzielle Förderung, sondern die Sicherung freier Entfaltung- und Gestaltungschancen (...) Welche Gedichte und Romane geschrieben, wie Theater und Oper inszeniert, Bilder gemalt und Ausstellungen konzipiert werden, geht die Politik nichts an. Sie hat mit Urheberrecht zu tun, nicht mit Literatur, mit Künstlersozialversicherung, nicht mit bildender Kunst. Der Zweck der Kulturpolitik ist Kultur, nicht Politik (...) Welche Kunst wir brauchen, ist jedenfalls nicht hoheitlich zu beantworten, aber dass wir Kultur brauchen, der Staat und die Gesellschaft, und, dass sie jeweils ihre eigene Verantwortung haben, und dass wir nur dann ein Kulturstaat sind, wenn wir als Bürgergesellschaft diese Verantwortung wahrnehmen, daran gibt es keinen Zweifel.“

Kunst und Kultur nicht nur als Standortfaktoren, sondern auch als Orientierungsressourcen einer Zeit zu begreifen, in der immer mehr Sicherheiten schwinden, ist das Grundanliegen des

Buches. Persönlichkeit ganzheitlich zu erschließen und zur kreativen Entfaltung anzuregen, ist Wert an sich, kommt zugleich aber auch Gesellschaft und Politik zugute. Leisten können dies letztlich nur Kunst und Kultur. Damit haben Kunst und Kultur eine Bildungsaufgabe, die sich allerdings nur durch das Zusammenspiel verschiedener Bildungsträger realisieren lässt: durch die Familie, die anregt, durch die Schulen, die zur ästhetischen Bildung beitragen, auch durch Wissensvermittlung, durch die Kirchen, deren Überlieferung immer auch zugleich eine kulturelle war und ist (Religionsunterricht!), durch die Medien und schließlich durch die professionellen Kultureinrichtungen selbst. Nur wenn es gelingt, dem allgemeinen Trend der Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse entgegen zu wirken und immer wieder deutlich zu machen, dass der Mensch nicht auf den homo oeconomicus reduziert werden darf, lässt sich dem Anliegen des Buches breiten Raum verschaffen, nämlich Kunst und Kultur und damit auch deren öffentliche Förderung als unabdingbar für die humane Zukunft unserer Gesellschaft zu verstehen.

Jörg-Dieter Gauger

Dokumentation

1. „Geschichte als Falle? - Deutschland und die jüdische Welt

Professor Dr. Michael Wolffsohn, Universität der Bundeswehr München

(aus der Rede gehalten am 27. Januar 2004 im Sächsischen Landtag; weitere Reden im Internet unter CDU-Landtagsfraktion Sachsen)

„Jitgadal vejitkadasch sch`mei rabah“ – so beginnt das jüdische Totengebet, das Gebet, das der Toten gedenkt. Es ist eine Lobpreisung Gottes, seiner Herrlichkeit, seiner Stärke, seiner Macht und seiner Hilfe. Angesichts des Todes wird im Totengebet, im Kaddisch, so in der jüdischen Welt seit Tausenden von Jahren der Toten gedacht. Trotz dieser Verherrlichung stellt sich natürlich jeder Jude, der das Totengebet spricht, die Frage: Warum? Warum er oder sie, eine Frage, die natürlich jeder Nicht-Jude ebenfalls stellt. Aber die jüdische Gemeinschaft als Gemeinschaft, als Kollektiv, erweitert dieses Warum. Warum wir? Warum wir so oft? Warum so viele von uns und immer wieder? Nicht nur, wenn dieses schreckliche Wort erlaubt sei, nicht nur im Holocaust, den schrecklichsten 12 Jahren, die die jüdische Gemeinschaft erleben musste und die Welt, sondern Jahrtausende lang (...) Je-

der der nur oberflächlich das Alte Testament kennt, erinnert sich an die Sklaverei der Juden in Ägypten, mehr als 3.000 Jahre her. Eine Abfolge von Verfolgung, Ermordung, Vernichtung. Aus einer solch schrecklichen Geschichte zieht natürlich eine Gemeinschaft, jede Gemeinschaft, ihre Lehren. Und damit wollen wir uns heute, angesichts der Befreiung des schrecklichsten Vernichtungslagers, der anderen schrecklichen Vernichtungslager, also der Befreiung von Auschwitz, nicht nur erinnern, sondern fragen, sind sich jenseits des schrecklichen Grabens zwischen Deutschen und Juden und Nichtjuden und Juden ganz allgemein die Nachfahren der Opfer und die Nachfahren der Täter nicht doch näher gekommen?

Gewiss, beide Seiten haben aus der selben Geschichte ihre Lehren gezogen, jede Seite die aus ihrer Sicht richtigen Lehren, und gerade deshalb sind sie einander nicht wirklich innerlich näher gekommen. Wechselseitige Ängste, Sorgen, Unsicherheiten kennzeichnen die Situation. Es ist ein wunderbares Zeichen, dass wir heute zusammen an diesem Ort der schrecklichen Verbrechen gedenken können. Die Nachfahren der Opfer und die Nachfahren der Täter gleichermaßen. Ein großartiges Zeichen, wer hätte das im Jahre 1945 gedacht – und trotzdem diese Unsicherheit oder auch Distanz. Denn zur jüdischen Welt gehören eben nicht nur die vielen, ja die Millionen ermordeten Juden, sondern auch die lebenden, die es den Nachfahren der Täter und anderer Nichtjuden scheinbar so

schwer machen. Und wie schwer die Wahrnehmung und auch Beurteilung eines Teils der jüdischen Welt ist, nämlich des israelisch-jüdischen Teils, (lässt eine Umfrage der Europäischen Union erkennen): 65 Prozent der Bürger der Europäischen Union und 59 Prozent der Bundesbürger halten, Fragestellung hin oder her, den jüdischen Staat für die größte Gefahr des Weltfriedens.

Die jüdische Welt, das ist auch Israel, das ist mehr als ein Drittel aller in der Welt lebenden Juden, und das sind die zwei Drittel Diaspora-Juden. So unterschiedlich die Interessenlage und die Lebenssituation der Juden in Israel und der Juden in der Diaspora ist, so verbindet sie doch die Schicksalsgemeinschaft historisch ebenso wie grundlegende Wahrnehmungen von Geschichte und Politik. Und diese die Juden verbindenden Wahrnehmungen und Lehren aus der Geschichte sind es, die zu der Entfernung zwischen beiden Seiten geführt hat, die wir nicht zuletzt und vor allem an dieser aktuellen Umfrage erkennen können. Sind wir, und das ist die Frage und zugleich die These, also besten Willens auf beiden Seiten das Schreckliche der Vergangenheit verhindern wollend in die Falle der Geschichte getappt?

Ich fürchte ja! Und wenn wir tatsächlich den neuen Graben überwinden wollen, müssen wir uns über die Bewusstseinslage beider Seiten klar werden, ohne vorschnell zu be- oder gar zu verurteilen. Diese Distanz, abgeleitet aus der intensiven Beschäftigung mit der Geschichte, die

direkt in die Geschichtsfalle geführt hat, lässt sich an vier Begriffen verdeutlichen.

Erstens, dem Begriff der Gewalt: der Gewalt als Mittel der Politik.

Zweitens, am Begriff Volk, damit zusammenhängend Nation und Staat.

Drittens, das Verhältnis, die Wahrnehmung, die Einstellung der beiden Seiten, abgeleitet aus der Geschichte und vor allem der Geschichte des Holocaust zu dem Begriff Land. Land als Faktor der Politik.

Und Viertens, schließlich der Begriff der Religion und die Einschätzung der Religion in der Politik. Erstens also der Begriff der Gewalt und die daraus abgeleiteten politisch-psychologischen Konsequenzen. Wir erinnern noch einmal: Mehr als 3000 Jahre Verfolgung der jüdischen Gemeinschaft, des jüdischen Volkes. Die jüdische Geschichtssicht konzentriert sich nicht nur – nur in Führungszeichen – auf den Holocaust, welcher zweifellos die schlimmste aller schlimmsten aller Judenverfolgungen war, sondern auf mehr als 3.000 Jahre Verfolgungen von Juden. Und die daraus abgeleitete Schlussfolgerung nach dem Holocaust, nach dem Schlimmsten des Schlimmen lautete: nie wieder Opfer! Nie wieder Opfer! Die deutsche Seite und viele Europäer, die ja durchaus aktiv beteiligt waren an dem millionen-

fachen Judenmord, den wir alle heute Holocaust nennen, haben die Schlussfolgerung gezogen: nie wieder Täter (...) Unabhängig von den parteipolitischen Orientierungen in Sachsen, Deutschland und in ganz Europa ist die Schlussfolgerung der Nachfahren der Täter: nie wieder Täter. Und daraus abgeleitet: nie wieder aktiv Gewalt einsetzen, wenn, wo und sofern es überhaupt zu vermeiden ist. Und wenn Gewalt, dann, wenn überhaupt, dann als Reaktion. Nein, sagt die jüdische Seite. Reagieren ist zu spät. Nicht Reaktion, sondern ggf. und notfalls auch Prävention. Schon sind wir von der Geschichte und der Geschichtspolitik in die Gegenwartspolitik und den Nahostkonflikt geglitten, aber beides hängt miteinander zusammen und auch die Unterstützung der jüdischen Diaspora, unabhängig davon, wer in Israel die Regierung bildet. Die Lehre aus 3.000 Jahren jüdischer Leidensgeschichte, deren negativer Gipfelpunkt der Holocaust war, lautet eben gegebenenfalls: Prävention. Und das Unverständnis, nicht nur von Deutschen, sondern von Europäern erkennt man an dieser Umfrage der Europäischen Union.

Ja gewiss war die Frage nicht glücklich formuliert, aber sie zeigt durchaus, dass fundamentale elementare Distanz zwischen beiden Seiten vorhanden ist. Hier geht es um mehr als um schlecht formulierte Fragen, hier geht es um Lebenssichten, um Geschichtseinschätzung, um Strategien, nicht nur politisch, auch notfalls militärisch. Das muss verstehen, wer uns Juden heute beurteilen oder gebe-

nenfalls verurteilen möchte. Natürlich können wir darüber streiten, ob die fast vorbehaltlose Unterstützung der jüdischen Diaspora für eine solche Politik im Nahostkonflikt nicht selbst problematisch ist. Gewiss, das sind aber taktische, das heißt abgeleitete Einzelfragen.

Wer aber das Grundsätzliche der beiden Seiten verstehen will, muss eben wissen, dass im besten Willen die beiden Seiten von unterschiedlichen Positionen aufeinander zugegangen sind und sich gleichermaßen wieder entfernt haben über den Abgrund der Geschichte hinweg. Mit bestem Willen aufeinander zugegangen und psychologisch, politisch so weit weg voneinander wie eh und je; ohne natürlich und das ist der große und erfreuliche Unterschied, dass es zu ähnlichen Verbrechen wie in der Zeit des Dritten Reiches oder gar zu Zeiten anderer Judenvernichtung kommen kann und wird.

Gewiss Avi Primor hat Recht, wir Juden leben heute als gleichberechtigte Bürger - nicht zuletzt dem Grundgesetz sei Dank in der Bundesrepublik Deutschland -, aber unsere inneren Befindlichkeiten sind voneinander noch weit entfernt. Und ein Gedenken an den Holocaust ist ein guter Anlass über die Gründe nachzudenken und aufeinander zuzukommen, bevor man einzelne Aktionen verurteilt. Beim zweiten Begriff erkennen wir ähnliche Distanzen. Der Begriff Volk – machen wir uns nichts vor – hat in Deutschland aus nahe liegenden Gründen einen negativen Beigeschmack. Ich muss es weder den Erwachse-

nen, noch den erfreulich zahlreichen Schülern erklären, weshalb. Mit dem Begriff Volk ist in Deutschland in schlimmster Zeit Schindluder getrieben worden. Er hat etwas Biologistisches, also letztlich Rassistisches, scheint es.

Ähnlich der Begriff der Nation. Denn der Begriff der Nation aus dem Lateinischen stammend von Natus Sum – Nation – ich bin hineingeboren. Natus. In die Nation. Also Nation als eine Familie, eine Art Familie und jede Familie ist auch blutsverwandt. Dieses Familiengefühl einer quasi Blutsverwandtschaft hat aus nahe liegenden Gründen die deutsche Welt nicht mehr. Wir Juden haben sie, aus nahe liegenden Gründen. Denn auf wen konnten wir uns verlassen, wenn nicht auf unsere Familie im übertragenen Sinne. Die Familie des – jawohl – jüdischen Volkes. Natürlich sind wir loyale Staatsbürger in Deutschland, Frankreich, Amerika, Australien, Fid-schi-Inseln, sofern es da einige Juden gibt. Aber wir sind zugleich eine große Familie. Das verunsichert die Außenwelt. Und wurde oft polemisch kommentiert. Lange vor dem Holocaust gab es einen namhaften und auch heute noch verehrten ganz schrecklichen Historiker namens Treitschke, einer der - zumindest in der Fachwelt - immer noch am meisten beachteten Historiker, der von der Doppelloyalität der Juden gesprochen hat. Nein. Wir sind loyale Staatsbürger, nicht doppelloyal, erst recht loyale Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland.

Aber zugleich haben auch alle anderen Juden, egal ob religiös

oder nicht, eine ganz starke familiär gesamttypische Bindung, die natürlich den Staat Israel einschließt. Die Sharons kommen und gehen, aber der jüdische Staat bleibt. Hoffentlich! Und das ist Grundannahme des jüdischen Seins heute. Die jüdische Großfamilie tut alles, damit es eben diesen Staat, dieses Land gibt und das Land, das Sicherheit garantiert. Und die Unsicherheit, die Verfolgungen der letzten 2000 Jahre, denken Sie mit mir gemeinsam darüber nach, es stimmt. Diese nicht vorhandene Existenz eines jüdischen Landes, eines jüdischen Staates war die Rahmenbedingung, die zu diesen schrecklichen Verbrechen führen konnte.

Und auch die Megilat, Megilat Esther, findet außerhalb des jüdischen Landes statt, im persischen Großreich. Also was liegt nicht näher als die jüdische Annahme, abgeleitet aus der Geschichte, dass man dieses Land braucht, nicht, weil es ideologisch überhöht wird als Blut und Boden, sondern weil Land Sicherheit bedeutet. Und wenn Land Sicherheit bedeutet, dann bedeutet dies auch, dass die uns allen sofort einleuchtende Formel, die in der Tagespolitik gefordert wird: „Land für Frieden“, nicht nur aus der israelischen Sicht, sondern aus der gesamtjüdischen Sicht eine ganz andere Dimension bekommt. Denn wer Land weggibt, so die - bei allen Verallgemeinerungen, die immer problematisch sind - jüdische Sicht, gibt Sicherheit weg, gibt ein Stück Lebensgarantie weg. Nun können Sie natürlich zu Recht argumentieren und sagen, muss es so viel Land

sein, dieses Stück Land, jenes Stück Land? Gewiss, völlig legitime Fragen, aber das sind abgeleitete Fragen.

Und wir, heute, angesichts des Schreckens der Geschichte, stellen die grundsätzlichen Fragen. Mit denen müssen wir uns beschäftigen und erklären, warum der Faktor Land für die jüdische Welt, bestehend aus Israel und der Diaspora, trotz aller Gegensätze so gesehen wird. Land als Faktor der Politik in Deutschland? Sie bekommen alle natürlich und hoffentlich Gänsehaut! Denn Land bzw. Boden in der deutschen Geschichte und Politik, das ist „Blut und Boden“, das ist schlimmster nationalsozialistischer Rassismus, Expansionismus, Völkermord. Wer hat Recht? Juden? Deutsche? Beide gleichermaßen natürlich! Denn jede Seite hat die aus ihrer Sicht völlig richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Und auch hier: man kam sich näher, aneinander vorbei und ist so weit entfernt wie je zuvor. 65 Prozent der Bundesbürger halten die aus der eben entwickelten Grundannahme abgeleitete Politik für die Gefahr des Weltfriedens schlechthin.

Und die jüdische Welt ist schockiert, dass ihre Sichtweise nicht verstanden wird. Wir reden viel, es ist nicht die einzige Feierstunde und nicht die erste und hoffentlich nicht die letzte. Die Geschichtsbücher sind voll. Die Medien beschäftigen sich intensiv mit dem Dritten Reich, mit Vergangenheitsbewältigung und wie die Vokabeln alle heißen - und doch verstehen wir einander nicht. Diese Fragen müssen

wir gemeinsam behandeln. Wie kommt es, dass wir so weit voneinander entfernt sind? Wir haben also die ersten drei Begriffe Gewalt, Volk, Nation und Land miteinander geklärt. Vielleicht haben wir Antworten – unzureichend gewiss - und deswegen müssen wir einen vierten und auch noch nicht vollständigen Faktor, aber den meines Erachtens mit entscheidenden Faktor berücksichtigen, und das ist die Religion. Natürlich ist die Distanz von der Religion in der jüdischen Welt kaum geringer als in der nichtjüdischen Welt. Wem sage ich es, in den neuen Bundesländern ist Religion noch mehr ein Fremdwort als in den alten Bundesländern.

Aber diese Unterschiede sind nicht so gravierend. Tatsächlich ist die deutsche, ist die europäische, ist die europäisch-westliche Gesellschaft eine von der Religion distanzierte – in der Fachsprache – säkularisierte Welt.

In der jüdischen Diaspora, also bei den außerhalb Israels lebenden Juden, ist es nicht viel anders. Welche Indikatoren auch immer Sie nehmen, stellen Sie fest, dass rund 90 Prozent der Juden in der Diaspora in die Synagoge ungefähr so häufig gehen wie Sie meine Damen und Herren, das darf ich mal voraussetzen, aufgrund der soziologisch-demoskopischen Befunde, also sehr selten, wenn überhaupt. Und das, was Ihr Kirchengang am Heiligen Abend ist, das ist bei den meisten Juden, der Herr Rabbiner wird es mir leidvoll bestätigen, der Gang an drei hohen, den höchsten Feiertagen in die Synagoge, zu Neujahr zweimal

und zum Versöhnungstag einmal. Und ab und zu verirrt sich auch ein Diaspora-Jude am Sabbat, also Freitagabend und Samstagvormittag, in die Synagoge.

Ganz anders in Israel. In Israel haben Sie heute je nachdem, welchen Befund Sie für die Befragung nach der Religiosität nehmen, 30 bis 40 Prozent von Israelis, die sich für religiös, traditionalistisch oder orthodox gar bezeichnen. Ausmaße, die Sie in Deutschland und Westeuropa einfach nicht mehr kennen, und von denen jeder Pfarrer träumen würde. Und die Tendenz steigt.

Und das wieder bedeutet, dass die säkularisierte, also von der Religion entfernte und entfremdete nichtjüdische Umwelt, mit dem jüdischen Staat doch mehr Probleme hat, als sie ohnehin schon gegen Gewalt, Volk bzw. Nation und Land hat. Weil sie verständnislos einer Gemeinschaft gegenübersteht, in der Religion eine so fundamentale, auch zentrale Rolle innerhalb und außerhalb, das heißt in der Innen- ebenso wie in der Außenpolitik spielt.

Nun werden Sie mich fragen, wie das denn zusammenkommt: 90 Prozent der Diaspora-Juden, die ähnlich säkularisiert sind wie – in Anführungszeichen – du und ich, und der so stark an der Religion orientierte Staat Israel. Nun, wenn Israel als jüdischer Staat weiter bestehen will, und das will er, muss natürlich die inhaltliche Bestimmung jüdisch erfolgen. Und wenn sie jüdisch erfolgen soll, kann man an der Religion als Inhaltsstifter und als Identitätsstifter einfach nicht vorbeikommen, sodass - program-

miert sozusagen - die Hinwendung der israelischen Gesellschaft zur Religion sich verstärken muss – Klammer auf:

Vielleicht dadurch auch die Distanz zu ihren nichtjüdischen Staatsbürgern, nämlich den muslimisch-arabischen Staatsbürgern, Klammer zu – was zu einer innerisraelischen Polarisierung führt, auch wiederum führen muss. Auf der anderen Seite ist aber aufgrund des vorhin Gesagten, der starken Bindung der jüdischen Diaspora an den jüdischen Staat, auch in der zunehmend nicht religiösen jüdischen Diaspora das Verständnis da, dass eben Israel, wenn es als jüdischer Staat bestehen will, die Religion stärker betonen muss. Und das wiederum führt umgekehrt, im Sinne eines Überschwappeffekts dazu, dass nun auch – man höre und staune – in der diaspora-jüdischen Welt eine allmählich, allmähliche, tröpfelnde, aber durchaus vorhandene Hinwendung zur Religion stattfindet. Und es ist daher keine Überraschung, abgesehen davon, dass gerade die orthodoxen Kreise auch außerhalb Israels, also in der Diaspora, eine sehr intensive Jugendarbeit betreiben, sich sehr gründlich um die Menschen kümmern, auch vor allem um die jungen Menschen, aber auch um die ältern, dass zunehmend junge Juden sich der Religion zuwenden. Das ist noch nicht eine Massenbewegung, aber sie ist (...) durchaus feststellbar. Und sie wird hoffentlich verständlich, so wie ich es Ihnen dargestellt habe.

Das wiederum bedeutet, wieder einmal „Geschichte als Fal-

le: Deutschland und die jüdische Welt“, dass wir also, wir Juden und wir Nicht-Juden, obwohl wir zusammen sind und die Bürger desselben Staates sind und bleiben wollen, bei aller Nähe, uns voneinander weg entwickeln.

Das ist so, in aller Kürze und mit allen oft unzulässigen Verallgemeinerungen - aber wir müssen über das Allgemeine sprechen und können dabei nicht jeden Einzelfall berücksichtigen - wie mir scheint, der Befund in der Gegenwart von Deutschland und der jüdischen Welt. Es war bis 1933 anders (...) Da hatte die jüdische Welt der Gewalt völlig abgesagt. Sie hatte keine Mittel dazu und sie lehnte sie grundsätzlich ab. Und die andere Seite meinte, Probleme mit Gewalt lösen zu können. Die Juden bis 1933 im Allgemeinen, und in Deutschland im Besonderen, haben sich vom jüdischen Volk als Gemeinschaft zunehmend abgewandt. Sie haben sich in Deutschland noch mehr als woanders auch von der Religion abgewandt. Sie haben in Deutschland noch mehr als woanders den Faktor Land als Bindemittel der Gemeinschaft und das Überlebensinstrument der eigenen Gemeinschaft noch mehr als andere, die in nationalistischen Orgien schwelgten, abgewandt. Nun haben wir uns hingewandt, als Reaktion auf die Geschichte.

Verstehen Sie uns, wir müssen uns unsererseits bemühen, Sie zu verstehen. Nicht mit wechselseitigen Vorwürfen, sondern gerade, weil wir nicht nur hier körperlich zusammengekommen sind und unser Wertvollstes ge-

ben, was wir haben: Zeit, nämlich Lebenszeit. Und diese Lebenszeit, die wir hier und heute verbracht haben und indem Sie mir dankenswerterweise zuhörten, hoffe ich, führt dazu, dass wir als Gemeinschaft, jenseits der individuellen Bemühungen, uns besser im Sinne von „Richtiger“ verstehen. Und wenn das erreicht ist, hat diese Gedenkstunde ihren Sinn erreicht.

2. „Zentrum gegen Vertreibungen“ in der deutschen Presse

Letzte Entwicklungen

Gegenüber der Debatte, die in 2003 geführt wurde, gibt es eigentlich keine neuen Akzente. Die gemeinsame „Danziger Erklärung“ von Staatspräsident Kwasniewski und Bundespräsident Rau vom 29. Oktober 2003 forderte dazu auf, das Geschehen „neu zu bewerten und zu dokumentieren“, das Ganze überdies als eine „europäische Dokumentation“, wobei zugleich vor jenen gewarnt wird, die Europa „erneut spalten könnten“ (den Vertriebenen?). Prag hält sich auch weithin und weithin aus der Diskussion heraus und lässt anklingen, man könne sich ein „Zentrum zur Erfassung der Gründe und Folgen von Kriegen“ denken (FAZ, 18.02.2004; s. weiter K.P. Schwarz, FAS vom 14. August 2004; R. Krüger, WELT vom 11. August 2003; s. auch das Interview mit Jan Sokol im GA vom 2. September 2003, WELT, 05.09.2003; L. Rakusan, Das große Tabu, RhM 37/2003; K.-P. Schwarz, FAZ,

07.03.2004), ehrt im übrigen Edvard Beneš.

In einem Interview mit der FAZ vom 12. Mai 2004 hat sich der heutige Bundespräsident Horst Köhler für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ unter Einschluss der Vertriebenen ausgesprochen, ließ allerdings den Sitz offen; Präsidentenkandidatin Gesine Schwan hat sich hingegen gegen das BdV-Konzept ausgesprochen (FAZ, 26.03.2004), wohingegen Angela Merkel klar für das BdV-Konzept und für Berlin eintrat (vgl. schon Interview, WELT, 22.08.2003; jüngst FAZ, 05.05.2004). Die JU hat sich für das Zentrum in Berlin ausgesprochen (WamS, 31.08.2004), Friedbert Pflüger plädierte für jeweils nationale Zentren, wobei sich das Berliner Zentrum „in erster Linie mit der Vertreibung der Deutschen beschäftigen“ werde (vgl. MUT 433/2003).

Am 11. April 2004 verständigten sich bei einem Treffen die Kulturminister aus Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Deutschland und Österreich auf ein europäisches „Netzwerk Zwangsemigration und Vertreibung“ zur Dokumentation und wissenschaftlichen Aufarbeitung, was die deutschen Verfechter des „Zentrums“ um BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Peter Glotz dazu nutzen, sich einzuklinken und was von Kulturstatsministerin Christina Weiss zuvor auch angeboten worden war; die FAS vom 2. Mai 2004 hebt jedoch hervor, dass dieses „Netzwerk“ letztlich dazu dienen sollte, „dem ungeliebten ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘

das Wasser abzugraben“ (vgl. schon die Einschätzung von St. Dietrich, Verfrühte Europäisierung, FAZ vom 16. Juli 2003).

Vorspiele: Zur Genese des Themas

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ und damit auch die Erinnerung an die vormals deutschen Provinzen im Osten sowie an die Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa und in der Sowjetunion war nach dem Kriege in Westdeutschland niemals ein Tabu (vgl. C. Seidl, Ich bin ein Vertriebener, FAS, 28.09.2004; G. Gnauck, Literarische WELT, 06.03.2004).

Allerdings hat sich die Wissenschaft nach dem großen „Schieder-Report“, der 1963 auf Veranlassung des damaligen Ministers Windelen (CDU) im Taschenbuch (dtv, allerdings ohne den abschließenden Band) verbreitet wurde, aus dem Thema weitestgehend verabschiedet (erinnert sei daran, dass es der Amerikaner Alfred de Zayas war, der das Thema „von außen“ immer wieder angestoßen hat), und es wurde in das Ghetto der Landsmannschaften und ihrer Kultureinrichtungen (OKR/Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen) abgedrängt. Dabei kam diesen Einrichtungen allerdings auch das Verdienst zu, sehr früh nach 1989/90 auch polnische und tschechische Wissenschaftler einbezogen zu haben, so dass schon in den 90er Jahren sich die ostdeutsche Kulturarbeit nach §96 des BVFG nicht mehr nur als eine rein innerdeutsche Sache darstellte, sondern der Brückenschlag nach Osten als Aufgabe auch der Landsmannschaft-

ten wahrgenommen wurde. Das wurde allerdings in der Öffentlichkeit ebenso wenig registriert wie die Tatsache, dass dort das einzig nennenswerte Potential vorhanden war, das sich für die Nachbarn im Osten sowohl interessierte wie auch entsprechende historische und kulturelle Kenntnisse besaß bzw. sich erwerben suchte. Das öffentliche Geschichtsbild in Deutschland war eindeutig westlich orientiert, man hat kein Verhältnis zu den Nachbarstaaten in Ostmitteleuropa, nicht nur auf Grund der historischen Belastung, sondern auch deswegen, weil sich alte Klischees und Vorurteile bis heute erhalten haben und etwa in den Medien (Harald Schmidt und die Polenwitze) auch weiterhin gepflegt werden.

Auch in der Literatur wurde das Thema sehr häufig behandelt, erinnert sei etwa an die Bücher von Arno Surminski, an die literarischen Collagen von Walter Kempowski, aber auch an Leonie Ossowski oder zuletzt Christoph Hein („Landnahme“); auch der deutsche Film ist daran nicht vorbeigegangen, der Film „Nacht fiel über Gotenhafen“ läuft noch ab und zu im Fernsehen. Die KAS selbst hat 1986 einen Forschungsbericht über „Flucht und Vertreibung“ in der Literatur nach 1945 vorgelegt. Es gibt auch Denkmäler, in Nürnberg etwa oder auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin Charlottenburg, die allerdings auch niemand zur Kenntnis genommen hat.

Seit 1995 begann unter Historikern und Intellektuellen auch eine intensive polnische Debat-

te, die das Thema aufarbeiteten, nachdem 1981 schon Jan Josef Lipski in seinem Beitrag über „Zwei Patriotismen“ (s. auch unser TB „Geschichtsbilder“) betont hatte, dass auch auf polnischer Seite diese Aufarbeitung erfolgen müsse. In Tschechien ist seit etwa 1999 eine intellektuellendiskussion (Bohumil Dolzal u.a.) zu beobachten. Darüber hinaus gibt es einzelne Initiativen (Brünn!), die in Tschechien sich dieses Themas angenommen haben. Allerdings ist in beiden Fällen die politische Führungselite davon weit entfernt.

Auch wenn grundsätzlich festzustellen war, dass das Thema sich wesentlich im Ghetto der Landsmannschaften gehalten hat, so wurde es doch von Zeit zu Zeit immer wieder virulent, wenn ein entsprechender Anlass vorlag (Leserbriefe in den überregionalen Tageszeitungen!) Resümiert man nur die Diskussion von 2001 und 2002, so war 2001 Guido Knopps Film über „Flucht und Vertreibung“ hervorzuheben, die polnische Diskussion über Kollaboration und Jedwabne, die Fremdarbeiterproblematik, die dann natürlich deutscherseits die Frage nach den Entschädigungen für nach Osten verschleppte deutsche Fremdarbeiter aufwarf; für 2002 war es die Diskussion über die Rückführung katholischer Kirchenbücher nach Polen oder die sehr vehement und wieder einmal aufflackernde Debatte mit Tschechien über die Wirksamkeit der Beneš-Dekrete, die bis heute anhält und weiter anhalten wird. Im Jahre 2003 war zu-

nächst nur eine Initiative Bayerns den 5. August, also die Erinnerung an die Charta der Vertriebenen, als Gedenktag festzulegen (SZ, 12.05.2003). Wieder in die Medien gelangte das Thema durch Günter Grass „Im Krebsgang“ und durch die Bombenkriegsdebatte, die Jörg Friedrichs entsprechendes Buch hervorgerufen hat (vgl. etwa WamS, 05.10.2003). Auch die Literatur hat sich des Themas wieder angenommen: etwa Olaf Müllers „Schlesisches Wetter“ (FAZ, 04.08.2003), Reinhard Jirgls „Die Unvollendeten“ (vgl. Literarische WELT, 02.08.2003) oder Tanja Dückers „Himmelskörper“.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“

1999 entstanden erste Pläne, im September 2000 wurde eine entsprechende Stiftung gegründet, die vom BdV ausging mit Erika Steinbach als Vorsitzende und Peter Glotz als ihr Stellvertreter. In der Zwischenzeit herrschte allerdings „Ruhe an der Front“, der einzige der sich schon 2001 zu Wort meldete, war der damalige Kulturstaatsminister Nidar Rümelin, der eine Beteiligung der Bundesregierung an diesem Zentrum ablehnte.

Die Konzeption des Zentrums gegen Vertreibungen (Plural!) ist im Internet auf der Leitseite der Homepage des BdV zu entnehmen, danach geht es im wesentlichen um ein Informations- und Ausstellungszentrum, Denkmal-Qualität hat nur eine Requiem-Rotunde, wobei die Vertreibung der ca. 14 Mio. Deutschen

sozusagen den Nukleus bildet, um den herum die anderen Vertreibungen eingebettet sein sollen, wobei Wechselausstellungen zu aktuellen und historischen Themen ergänzend hinzukommen. Dem BdV-Konzept fehlt mithin die europäische Perspektive keineswegs (vgl. P. Glotz, Wider den Nationalismus, FAZ vom 11. August 2003), aber es ist natürlich ein besonderer nationaler Focus (vgl. auch M. Kamann, WELT, 16.08.2003; J.M. Möller, Deutschlands blinde Flecken, WELT, 18.08.2003), weil verständlicherweise die Vertreibung der Deutschen einen besonderen Akzent setzt; Berlin wurde als Sitz des Zentrums vorgeschlagen.

Pressekampagne

Am 14. Juli 2003 brach eine Pressekampagne, initiiert von dem SPD-Abgeordneten Markus Meckel (vgl. WELT, 23.09.2003; 16.07.2003; SZ, 15.07.2003; WamS, 27.07.2003), über die Betreiber des Zentrums und das Zentrum selbst herein, nachdem der Deutsche Bundestag zuvor schon einer „Europäisierung“ das Wort gesprochen hatte und den Sitz des Zentrums offen lassen wollte. Dieser Initiative schlossen sich fast geschlossenen führende Vertreter aus Polen und Tschechien an. Auf der Seite der Steinbach-Glotz-Initiative fanden sich Unterstützer wie Ralf Giordano (FAZ, 13.07.2003), Daniel Cohn-Bendit, Otto Schily (vgl. SZ, 17.07.2004; 01.09.2003), György Konrad (SZ, 16.07.2003), Joachim Gauck, Rupert Neudeck (WELT, 24.11.2003); Unions-Ministerpräsidenten wie Erwin Teufel (FAZ,

08.09.2004) oder Edmund Stoiber gehören dazu. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats Olaf Zimmermann sprach sich für ein Zentrum in Berlin aus, unter Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Europa („keine Nabelschau“).

Die Debatte wurde hochemotionalisiert geführt, auch wenn Intellektuelle und Wissenschaftler auch auf polnischer wie auch tschechischer Seite das Gespräch und die Verständigung über dieses Thema eigentlich schon längst auf bestem Wege sahen (vgl. den Aufruf WELT vom 8. Oktober 2003; Bohumil Dolezal, FAZ vom 26. August 2003): „Das dünne Eis der Gemeinsamkeiten“, nannte Th. Schmidt in der WamS vom 12. Oktober 2003 den aktuellen Zustand. Die Presse ist geteilt, die WELT und FAZ sind beide geschlossen für Berlin (vgl. FAZ, 04.08.2003; WELT, 14.08.2003), die SZ ist gegen Berlin und warnt vor „Missverständnissen“ (vgl. G. Seibt, SZ, 18.07.2003), die FR scheint eher für Breslau zu optieren.

Auch Umfragen fehlen nicht: die SZ vom 29. August 2003: 57 Prozent der Polen sehen auch die Deutschen als „Opfer“, 22 Prozent seien für ein „Zentrum“ in Berlin; FAZ vom 23.10.2003: 57 Prozent der Polen: die Deutschen seien keine Opfer, 93,8 Prozent der Deutschen, sie seien es sehr wohl, 82,3 Prozent, dieses Leids solle gedacht werden. Und Kurioses fällt auf: Achatz Müller in der „Zeit“ vom 23. Oktober 2003: man brauche die deutsche Opfererzählung, um die Krise der Sozialsysteme (Stimulierung der Opferbereit-

schaft) zu meistern; oder Oskar Lafontaine, der die Parallele zum amerikanischen Anti-Terrorkampf mit „Kollateralschäden“ zieht, ersterer sei richtig, das zweite ein Verbrechen; oder wenn schließlich Peter Gauweiler darauf verweist, dass es sich bei „einigen“ polnischen und tschechischen Politikern um „ehemalig aktive Kommunisten“ handele (Bild, 03.11. 2003).

Die Regierung hat relativ rasch erklärt sie sei gegen ein Zentrum in Berlin. Außenminister Fischer beschwor das übliche Geschichtsbild mit den bekannten Mechanismen von Schuld und Sühne („relativiert man die historische Schuld“, s. Interview Zeit vom 28. August 2003); ähnlich äußerte sich Bundeskanzler Schröder (WELT, 14.08.2003): „Schröder misstraut seinem Volk“, kommentiert die FAZ vom 15. August 2003; „Flucht vor der Geschichte“ nennt das B. Kohler, FAS vom 17. August 2003.

Die Argumente pro und contra

waren auf polnischer Seite bei Wladyslaw Bartoszewski, Wider das selektive Erinnern, FAZ vom 6. August 2003, und von deutscher Seite bei Hans Maier, Unterdrückte Wahrheiten werden giftig, RhM 38/2003, schon im Grundsatz angelegt und werden nur mehr variiert.

Argumente der Gegner des „Zentrums gegen Vertreibungen“

Ortwechsel

Nach den Vorstellungen der

Steinbach-Glotz-Initiative soll Berlin Standort sein. Dagegen wurden andere Orte ins Spiel gebracht: Breslau, Görlitz, Straßburg, Sarajevo (vgl. FR, 23.09.2003; SZ, 01.09.2004).

BDV-Kritik:

Der Soupçon gegenüber dem BdV spielt in der ganzen Debatte immer wieder eine Rolle (vgl. SZ, 16.07.2004), variiert wird der Vorwurf erhoben, die Revision der bestehenden Grenzen oder doch zumindest die Revision der Eigentumsverhältnisse anzustreben. Dieses Revisionsargument spielt nicht nur in der polnischen und tschechischen, sondern auch in der deutschen Diskussion eine wichtige Rolle; vgl. Außenminister Joschka Fischer lt. WamS vom 31. August 2004: „Der BdV taugt nicht als Museumsdirektor.“; verbunden damit wurde, so in der Zeit vom 25. September 2003 die Forderung erhoben, man solle die Bundesförderung nach §96 BVFG einstellen; umgekehrt plädiert Richard Wagner in der WELT vom 31. Juli 2003 dafür, die in Deutschland vorhandenen Gedenkstätten und Museen ideal und finanziell wieder besser zu stellen statt in ein Zentrum zu investieren: „Kein weiteres knalliges Symbol“. Damit verband sich insbesondere in Polen der Angriff ad personam: Man greift die Person Erika Steinbach an (SS-Uniform!), geboren in Westpreußen, daher eigentlich keine Vertriebene.

Mobilisierung von Ängsten

Auf polnischer Seite werden immer wieder Ängste artikuliert, v.a. Ängste gegen mögliche Be-

sitzansprüche, wobei dann gegengerechnet wird, dass man eine Billion Dollar als Anspruch geltend machen könne, aber auch die Vermutung, Geschichte solle umgeschrieben, Täter und Opfer ausgetauscht werden (vgl. FR, 24.09.2003): „Lüge und Betrug“ vermutet die polnische Sejm-Abgeordnete Dorota Arciszewska-Mielewcyk hinter dem Zentrum (FAZ, 07.10.2003), berechtigtes „Misstrauen und Vorsicht“ auf polnischer Seite thematisiert der Leserbrief von A. M. Suszyki (WELT, 23.09.2003) angesichts der in Deutschland nicht angemessen gewürdigten Untaten gegenüber Polen; „Geschichtsklitterung“ oder eine „Renationalisierung“ des deutschen Geschichtsbildes (FR, 06.09.2003) wird ebenso vermutet wie eine „nationalistische, eine chauvinistische Affäre“ (M. Edelman, WELT, 14.08.2003), Revanchismus oder Revisionismus (WELT, 08.09.2003; FR, 23.09.2003; oder gar die „Wiederkehr des Hasses“ (B. Gerek, FAS, 21.09.2003).

Europäisierung

Der eher nationalen Perspektive des BDV-Konzepts wurde eine „Europäisierung“ gegenübergestellt, wobei der Begriff allerdings erhebliche Unklarheiten in sich barg: dies sei eine „Scheinelösung“, so U. Ackermann in der WELT vom 9. Oktober 2003, „die Ansiedlung der Erinnerung ins europäische Niemandsland“ (s. auch dies., Literarische WELT, 03.01.2004; Th. Schmid vermutet dahinter ein „Abschieben auf eine sehr lange Bank“ (FAS, 20.07.2004). Hingegen plädierte Christina Weiss in der Zeit

vom 1. Oktober 2003 für ein „Netz von Geschichtswerkstätten in ganz Europa“, das allerdings nicht nur Vertreibungen behandeln sollte; „Europäisierung“ meint dann (W. Eberhard, Leserbrief FAZ, 06.10.2003) Einbeziehen etwa auch der Armenier, der Sowjetvölker oder das ehemalige Jugoslawien; in eine solche „europäische Richtung“ geht auch U. Frevert, Die Rückkehr der Opfer im Land der Täter (NZZ, 30.08.2003).

Argumente der Befürworter

Ulrich Raulff weist in der SZ (30.10.2004) darauf hin, es gehe v.a. um „Emotionen“ und die Frage, wer die „richtigen Gefühle habe, jene gefühlskalte Linke in 68er Manier, die Georg Franzen im „Spiegel Nr. 44/2003“ als „geistiges Mitläufertum“ geißelt („Links wo kein Herz ist“) und der dagegen „ein eigenes Recht auf unsere Gefühle und Erinnerungen“ setzt. Es sind vor diesem Hintergrund im wesentlichen drei Argumente, die variiert immer wieder vorgetragen werden:

- auch die Deutschen haben das Recht auf Erinnerung und Trauer (vgl. Wams vom 31. August 2004: „Vertriebenen soll die Trauer verwehrt werden“; Leserbriefe ebd. 07.09.2004; H. Hupka, WELT, 21.07.2003; K. Ungvary, Vertreibung, Trauer und Europa, FAS, 16.05.2004; Leserbrief, FAZ, 01.09.2003: „Mißachtung der Opfer“; Leserbriefe, ebd. 19.08.2004), ohne das Andenken an die anderen Opfer zu schmälern (Leserbriefe

fe, FAZ, 16.08.2003; Leserbrief ebd., 19.08.2003: „Das Recht der Trauernden“; H. Hupka, „Tabuisierung der Erinnerung“, MUT 430/2003. Die Bild-„Zeitung“ (vgl. etwa 06./08.10.2003) lieferte dazu nicht nur harte entsprechend bildunterlegte Passagen aus Peter Glotz „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“ (s. Interview, SZ, 17.07.2003); Reaktionen s. E. Fuhr, Scharfe Thesen, Literarische WELT, 04.10.2003), sondern zuletzt zum Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Deportierten (z.B. 13. Oktober 2003)

- Unrecht rechtfertigt Unrecht nicht („unauslöschliches Menschheitsverbrechen“, Leserbrief, FAZ, 13.08.2003); vgl. auch C. Stephan, Wo Unrecht zu Recht wird ..., WELT, 24.09.2003)

Versöhnung ist nur über die Wahrheit möglich, die man lange verdrängt habe (Leserbrief ZEIT, 01.10.2004; Leserbriefe: K. Repgen, Leserbrief RhM 41/2003; J. Menzel, Leserbrief FAZ, 25.10.2004). Hinzukommen spezifische Argumente, etwa das vom stellvertretenden Opfer der Vertriebenen, das jetzt Gehör finden müsse (Leserbrief FAZ, 05.09.2003)

- man habe zwar die Ostgebiete verloren, wolle sich aber nicht deren Geschichte berauben lassen (Leserbriefe FAZ, 05.08./25.08.2003)

Tendenzen in der deutschen Diskussion

Übersehbar ist auf beiden Seiten der Trend, Geschichte aufzurechnen, auch wenn Johann Ge-

org Reißmüller zu Recht darauf hinweist (WELT, 31.10.2003), Geschichte sei keine Finanzbuchhaltung, bei der Soll und haben „aufgerechnet“ werden könnten oder M. Zimmermann gegen Aufrechnung als „absolute Verdrängung“, SZ vom 30. Juli 2003 argumentiert.

Genannt seien nur einige Geschichtsverarbeitungsmechanismen, die mit Argument und Gegenargument agieren:

Wladyslaw Bartoszewski regte die Errichtung eines Denkmals in Posen an, um v.a. die preußische Germanisierungspolitik nach den polnischen Teilungen 1772ff. zu dokumentieren. Gegenargument ist die konsequente Polnisierungspolitik in Posen/Westpreußen nach 1919 (Leserbriefe RhM 41/2003: 600.000 Deutsche ausgewandert bis 1926; FAZ, 03.09.2003; FAZ, 14.08.2003), die völkerrechtswidrige Abtrennung von Teilen Oberschlesiens und das Argument, man müsse an die Polnisierungspolitik gegen Ukrainern und Weißrussen in den 1919/20 eroberten neuen ostpolnischen Gebieten zurückdenken (Leserbrief, FAZ, 19.08.2003), die dann später zu polnischen Vertreibungsgebieten werden. Genannt wird in diesem Kontext auch das Argument des polnischen Antisemitismus (bis in die dreißiger Jahre 500.000 Juden nach Deutschland ausgewandert). An entsprechende Ausweisungs-Pläne in Polen und Tschechien seit dem 19. Jh. (Beneš im September 1938, LeserBrief FAZ, 30. September 2003) wird ebenso erinnert wie

an die Bismarcksche Germanisierungspolitik in Posen/Westpreußen nach 1871; der Verlust der 1919/20 (wieder)eroberten ostpolnischen Gebiete wird gerechnet zum Verlust von einem Drittel deutscher Reichsfläche, wobei von polnischerseits gerne darauf hingewiesen wird, es handle sich um einen höheren Flächenanteil, und deutscherseits gern damit argumentiert wird, hier stünden 9 Mio. gegen 2,1 Mio. Vertriebene aus zuvor weißrussischen bzw. ukrainischen Gebieten (vgl. Leserbriefe FAZ, 14.08.2003; Eigentliche „Vertreiber“ seien die „Alliierten“, allerdings auf Stalins „Lüge“ anlässlich des Potsdamer Abkommens hin, die Gebiete jenseits von Oder-Neiße seien bereits entvölkert, dabei lebten damals noch ca. 3,3 Mio. Deutsche dort, die dann später weitestgehend vertrieben wurden.

Gegen das Argument kommt prompt Gegenargument, warum denn auch Stettin dann eigentlich polnisch geworden sei, denn das schließe die dort markierte Linie nun gerade nicht ein. Dass die Vertreibung in einer „human and orderly manner“ vor sich gegangen sei, wird heute allerdings nur noch selten behauptet, auch wenn man das Wort „Vertreibung“ immer noch scheut, Transfer (vgl. Interview mit Vladimir Spidla, SZ, 01.09.2003; Leserbrief SZ, 26.09.2003), Umsiedlung, Zwangsumsiedlung bevorzugt.

3. Kultur in NRW

(Aus der Stellungnahme des Kulturrats NRW, März 2004)

Nordrhein-Westfalen ist eine der lebendigsten Kulturlandschaften weltweit. Die Frage ist, ob das so bleibt! Kaum ein anderes Bundesland gibt pro Kopf der Bevölkerung so wenig Geld für Kultur aus; der Kulturretat des Landes ist mittlerweile kleiner als der der Landeshauptstadt Düsseldorf. Angesichts der Tatsache, dass mittlerweile nur noch 0,27 Prozent des Haushalts für Kultur ausgegeben wird, fordert der Landeskulturrat einen Rechtsruck - beim Komma.

Vorschläge für eine neue Landeskulturpolitik NRW (...)

1.) An die Stelle der Projektförderung sollte eine Konzeptförderung durch abgesicherte Verträge treten, unbürokratische Finanzhilfen sollten die traditionellen Zuwendungen ersetzen. Zudem sollten vereinfachte Formen der Dokumentation und Rechenschaft entwickelt werden (siehe Papier des Kulturrat NRW, Juni 2003: Bedarfsgerecht fördern.).

2.) Der Kulturrat regt an, einen „Inlandsfonds Kultur“ zu schaffen, aus dem innovative Ansätze auch jenseits von kameralistischen Zwängen gefördert werden können. Diese zusätzlichen Gelder sollten von der Landesregierung und einem Expertenbeirat verteilt werden, wobei die kulturellen Mittleror-

ganisationen ein Vorschlagsrecht haben.

3.) Kultur hat Zukunft - aber nur, wenn auch die nachwachsende Generation an ihr partizipieren kann. Daher gehört kulturelle Bildung zu den wichtigsten Aufgaben von Kulturpolitik. Im Dienste dieser Aufgabe sind die Politikfelder Jugend, Schule und Kultur eng miteinander zu verzahnen. Für die Landesregierung bedeutet dies eine enge Abstimmung der Arbeit der beteiligten Ressorts (darüber hinaus ist auch eine Abstimmung der gesamten kulturpolitischen Entscheidungen, quer über sämtliche Ressortgrenzen, höchst wünschenswert).

4.) Kulturpolitik heißt auch, das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft zu stärken. Konkret bedeutet dies, die Bibliotheken, Archive und Museumsdepots im Land arbeitsfähig zu erhalten.

5.) Dringend benötigt wird außerdem ein Modernisierungsprogramm für Kulturbauten (Theater, Konzerthäuser, Kulturzentren und Kultureinrichtungen etc.).

6.) Jenseits der dringend nötigen verbesserten finanziellen Ausstattung der professionellen Kulturschaffenden und Kulturvermittler ist eine Stärkung der vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten notwendig. Das bürgerschaftliche Engagement sollte unterstützt werden, indem ehrenamtliche Tätigkeit rechtlich abgesichert, einkommenssteuerlich entlastend und sozialversicherungsrelevant wird.

Letzte Nachrichten

Neues zur Rechtschreibreform

Ein neuer Rat soll die deutsche Rechtschreibung in den nächsten fünf Jahren beobachten und dann gegebenenfalls Anpassungen an den aktuellen Sprachstand der Bevölkerung vorschlagen. Erich Thies, der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, sagte, er werde der deutschen Bundesregierung sowie Österreich und der Schweiz ein entsprechendes Gremium vorschlagen. Wer dem „Rat für deutsche Rechtschreibung“ angehören soll, sei noch völlig offen. In jedem Fall wäre die „Zwischenstaatliche Kommission für deutsche Rechtschreibung“ damit entmachtet (FAZ, 27.05.04).

In der FAZ vom 28. Mai 2004 hat Verleger Ernst Klett keine Probleme damit, zur alten Rechtschreibung zurückzukehren; die Kultusminister stünden jetzt vor dem Problem, „die Kuh vom Eis zu kriegen“: das „orthographische Chaos“ halte „auf Dauer“ „kein Deutscher aus, nicht einmal bei seiner Sprache.“

Gegen „Entflechtung“

Gegen eine „Entflechtung“ der gemeinsamen Kulturförderung von Bund und Ländern hat sich auch der scheidende Bundespräsident Rau ausgesprochen: wer das wolle, „muss die Frage beantworten, was es für viele kulturelle Einrichtungen gerade in den finanziell weniger leistungsfähigen Ländern bedeutete, wenn der Bund sich aus der Fi-

finanzierung zurückzöge“ (FAZ, 25.05.2004).

Berlin „Hauptstadtkultur“

Topographie des Terrors

Der Schweizer Architekt Peter Zumthor ist von dem Auftrag entbunden worden, die „Topographie“ zu vollenden („Rauswurf“), so Berlins Kultursenator Flierl und Kulturstaatsministerin Christina Weiss. Nun soll ein Alternativentwurf zum Zug kommen; eingeweiht werden soll jetzt 2008 (FAZ, 26.05.2004); „ein finanzielles, administratives, architektonisches und erinnerungspolitisches Fiasko“ nennt das Ganze die FAZ (ebd.).

EU

Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates e. V. zur Europawahl am 13. Juni 2003:

Beantwortung der Fragen am 21. Mai 2004 im Namen der CDU-CSU Abgeordneten im Europäischen Parlament durch Doris Pack MdEP, Ruth Hieronymi MdEP, Dr. Angelika Niebler MdEP (wir dokumentieren in der nächsten Ausgabe).

Information: e-Mail:
rhieronymi@europarl.eu.int
Internet: www.hieronymi.de

Nordrhein-Westfalen

Kein „Glaskinn“

Auf die negativen Reaktionen auf seine Wuppertaler Kultur-Rede (s.o. S. 55) hat NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück

in der WamS vom 23. Mai 2004 geantwortet: Niemand solle „ein Glaskinn haben, wenn die Politik Klartext redet (...) Es kann nicht alles so bleiben, wie es ist.“ 129 Millionen Euro Kulturhaushalt seien „ganz schön knackig“: „Hier werden doch nicht alle Zelte abgebrochen. Die Idee, dass Stillstand herrscht, ist Unsinn.“

Thüringen

Jena: Doch ein Denkmal

Nach heftigen Auseinandersetzungen hat Jena nun doch durch eine Bürgerinitiative ein Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur erhalten (FAZ, 22.05. 2004).

Personalien

- Dieter Schormann ist am 19. Mai 2004 mit knapper Mehrheit als Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels wiedergewählt worden (FAZ, 22.05.2004).

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.